

Forum
Empirische
Sozialforschung

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



Wirtschaft ist Heimat

Regionaler Strukturwandel in Biografien
und Erwartungen der Bevölkerung

Jochen Roose

www.kas.de

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin

Umschlagfoto: © Timon Studler/unsplash

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-670-0

Wirtschaft ist Heimat

**Regionaler Strukturwandel in Biografien
und Erwartungen der Bevölkerung**

Jochen Roose

Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie wird absehbar zu wirtschaftlichen Verwerfungen und Veränderungen führen, die das Leben vieler Menschen betreffen. Wie sie diese Veränderungen erleben, ist heute nur begrenzt absehbar. Hinweise gibt aber der Vergleich mit aktuellen und ehemaligen Kohleregionen in Deutschland, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch einen grundlegenden Strukturwandel gegangen sind.

Die Studie

In vier Kohleregionen bzw. ehemaligen Kohleregionen ist die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. mit einer repräsentativen, standardisierten Befragung und offenen Tiefeninterviews der Frage nachgegangen, wie Menschen von Strukturwandel betroffen sind und wie sie ihn erleben. In vier Regionen (Ruhrgebiet, Saarland, Region Chemnitz, Lausitz) wurden die Menschen befragt, wie ihre Berufsbiografie von Arbeitslosigkeit betroffen war, wie sie die wirtschaftliche Entwicklung beurteilen und welche Rolle sie der Politik dabei zuschreiben. Diese Fragen werden in einer repräsentativen Umfrage verglichen mit den übrigen Teilen Deutschlands. Die Studie basiert auf 3.817 repräsentativ ausgewählten Telefoninterviews und je 20 Tiefeninterviews pro Region.

Ergebnisse

Berufsbiografien in Strukturwandelregionen im Vergleich

Die Menschen in den betrachteten Regionen haben nach eigenen Angaben keine ungünstigeren Berufsverläufe als Menschen in anderen Regionen. Aber ein Ost-West-Unterschied wird deutlich.

Im Einzelnen:

- › Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. In den betrachteten Kohleregionen haben die Menschen nicht häufiger und länger Arbeitslosigkeit erlebt als in anderen Regionen des jeweiligen Landesteils (Ost- bzw. Westdeutschland).
- › Sorge um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes ist in den betrachteten Kohleregionen ähnlich häufig oder seltener als in dem jeweiligen Landesteil.
- › 42 Prozent empfinden ihren Arbeitsplatz nach einer Arbeitslosigkeit als Aufstieg (West 44 Prozent, Ost 35 Prozent). Die Anteile in den Kohleregionen sind ähnlich wie im jeweiligen Landesteil.
- › Der Verlust des Arbeitsplatzes wird als einschneidendes, negatives Ereignis erlebt. Dies betrifft nicht nur den Fortfall des Einkommens, sondern auch den Verlust an sozialer Einbindung und Sinnstiftung.

Heimatverbundenheit und regionale Wirtschaftsstruktur

Die Menschen sind zu hohen Anteilen der eigenen Heimat tief verbunden und fühlen sich wohl in ihrem Wohnumfeld. Die Eigenschaften der Heimatregion werden als (sehr) positiv beschrieben. Dazu gehört auch die Wirtschaftsstruktur. Die Veränderung der regionalen Wirtschaftsstruktur wird als schmerzlicher Verlust erlebt, unabhängig von einer wirtschaftlichen Betroffenheit.

Im Einzelnen:

- › Eine Mehrheit der Befragten (60 Prozent) wohnt in der Region, in der er/sie schon immer gewohnt hat. Dieser Anteil ist in den untersuchten Kohleregionen etwas höher.
- › Eine Mehrheit möchte nicht für einen attraktiveren Arbeitsplatz die Region verlassen. Der Anteil in den untersuchten Kohleregionen ist ähnlich.
- › Rund die Hälfte der Befragten ist mit dem Wohnumfeld sehr zufrieden und weitere ca. 40 Prozent sind zufrieden. Die Anteile sind in den Regionen ähnlich.
- › Zu den Charakteristika der Heimatregion gehört auch die regionale Wirtschaft. Der Verlust von prägenden Unternehmen und Wirtschaftszweigen wird als sehr schmerzlich empfunden.
- › Die Wohn- und Lebenszufriedenheit ist bei Befragten höher, die ihre regionale Wirtschaft als stark ansehen.

Strukturwandel und Politik

Neben den Unternehmen vor Ort wird vor allem von der Politik eine Unterstützung der regionalen Wirtschaft erwartet bzw. erhofft. Während die Befragten kaum konkrete Vorstellungen zu wünschenswerten Maßnahmen haben, erwarten Sie von der Politik ein Gesamtkonzept, in welche Richtung sich die regionale Wirtschaft entwickeln soll. Dies kann Teil einer neuen Heimatvorstellung werden.

Im Einzelnen:

- › Rund 40 Prozent der Befragten sind der Ansicht, die regionale Wirtschaft habe sich in den vergangenen zehn Jahren stark oder sehr stark verändert.
- › Rund ein Drittel der Befragten nimmt eher eine Verbesserung wahr. Dieser Anteil ist in der Region Chemnitz höher und im Ruhrgebiet deutlich niedriger.
- › Die Arbeit der Kohlekommission beschäftigt die Befragten in den Tiefeninterviews sehr. Dies gilt besonders für Menschen in der Lausitz und für Beschäftigte in der Montanindustrie. Die Ergebnisse der Kommission werden in den Regionen skeptisch beurteilt, und es gibt starke Zweifel an der Verlässlichkeit der Zusagen für die Regionen.
- › Etwas mehr Menschen sehen eine Verbesserung der regionalen Wirtschaft durch die Politik als eine Verschlechterung. In der Region Chemnitz erkennen deutlich mehr eine Verbesserung (55 Prozent) als eine Verschlechterung (29 Prozent).

- › Die Partei, die der Region bei ihrer wirtschaftlichen Situation am besten helfen kann, ist nach Ansicht der Befragten die CDU (je nach Region 20 bis 27 Prozent). Allerdings sehen ebenso viele keine Partei dazu in der Lage oder trauen sich keine Antwort zu (jeweils zwischen 22 und 29 Prozent). Lediglich im Ruhrgebiet wird zudem mit 16 Prozent die SPD genannt, ansonsten ist die SPD wie alle anderen Parteien im einstelligen Prozentbereich.
- › Die Menschen erwarten und vermissen meist ein „Gesamtkonzept“ für den Strukturwandel, also ein Leitbild für die wirtschaftliche Entwicklungsrichtung, das auch eine Identifikation erlaubt.

Die Studie zeigt die Tragweite von Strukturwandel. Nicht allein die wirtschaftlichen Veränderungen mit Arbeitsplatzwechseln sind ein Problem, sondern zusätzlich gehen Identitätsanker verloren. Die regionale Wirtschaft mit ihren prägenden Unternehmen und Industriezweigen gehört zur Heimat und ein Strukturwandel bedeutet einen Verlust an Heimat, der jenseits der wirtschaftlichen Verwerfungen betrauert wird. Wirtschaft ist Heimat und der Verlust der regionalen Wirtschaftsstruktur ist schmerzhaft. Zusätzlich zur Unterstützung des Strukturwandels muss Politik auch mit diesem Schmerz umgehen, beispielsweise durch museale Erinnerung, symbolische Anerkennung und einen erkennbaren Zukunftsplan, der auch als Identifikation eine Alternative bietet.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1. Einleitung	6
2. Die Studie: Vielfältige Vergleiche	9
3. Strukturwandelregionen im Vergleich	11
3.1 Ruhrgebiet	12
3.2 Saarland	13
3.3 Lausitz	14
3.4 Region Chemnitz	15
3.5 Regionale Wirtschaft: Sieben Regionen im Vergleich	16
4. Berufsbiografie im Strukturwandel	20
4.1 Arbeitslosigkeitserfahrung	20
4.2 Wege aus der Arbeitslosigkeit	23
4.3 Nach der Arbeitslosigkeit	25
4.4 Berufswege und Strukturwandel	28
5. Region und Heimat	32
5.1 Heimatverbundenheit	32
5.2 Leben in der Region	35
5.3 Wirtschaft in der Region	43
5.4 Die Bedeutung von Heimat	46
6. Strukturwandel	50
6.1 Wandel der Wirtschaftsstruktur	50
6.2 Gründe und Einflüsse auf Strukturwandel	55
6.3 Der Kohleausstieg und die Kohlekommission	60
6.4 Die Politik muss es richten	63
6.5 Politische Präferenzen und Strukturwandel	71
7. Fazit	82
8. Anhang: Zur Methode der Studie	84
Literatur	87
Der Autor	91



Einleitung

Die Corona-Pandemie setzt die Wirtschaft Deutschlands unter Druck in einer Weise und mit Folgen, die heute, im Mai 2020, noch nicht absehbar sind. Wir müssen aber davon ausgehen, dass manche Branchen mittel- oder langfristig in eine tiefe Krise geraten und sich grundlegend ändern werden. Auch wenn heute schwer absehbar ist, wie die Wirtschaft nach einem Ende der Pandemie aussehen wird, so zeichnet sich doch schon heute ab: Sie wird anders aussehen als noch vor wenigen Monaten. Was diese Veränderung für die Menschen bedeuten wird, ist ebenfalls heute noch nicht absehbar. Wie sich Berufsbiografien ändern, welche Brüche sie erleben, und wie die Menschen über diese Veränderungen und die Rolle der Politik dabei in der Zukunft einmal denken werden, lässt sich heute noch nicht sagen. Weil genau dies aber von großer Bedeutung ist, lohnt die Suche nach zumindest partiell ähnlichen Entwicklungen und Erfahrungen aus der Vergangenheit. Und so lässt die Corona-Pandemie mit ihren zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen auch die Studie zu dem Erleben von Strukturwandel in Kohleregionen und ehemaligen Kohleregionen in Deutschland in einem neuen Licht erscheinen.

Die vorliegende Untersuchung wurde nicht nur vor der Corona-Pandemie begonnen, sondern auch vor ihr abgeschlossen. Ein Großteil der Analysen ist vor der Pandemie entstanden. Die Motivation für diese Studie ist der Beschluss der Bundesregierung, aus der Kohleförderung und -verstromung in Deutschland auszusteigen. Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (kurz auch „Kohlekommission“ genannt) hat in ihrem Abschlussbericht nicht nur den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 vorgeschlagen, sondern macht auch vielfältige Vorschläge, betroffene Regionen zu unterstützen (BMWi 2019). Das Strukturstärkungsgesetz der Bundesregierung wird den Rechtsrahmen für die Unterstützung der Regionen bieten. Weitere Maßnahmen auf Länder- und kommunaler Ebene werden folgen.

Mit der Kommissionsarbeit und den anschließenden, derzeit in der Verabschiedung befindlichen Gesetzen und Finanzierungsinstrumenten beobachten wir einen politischen Prozess, der den Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen aktiv unterstützt. Anders als bei wirtschaftlichen oder technologischen Entwicklungen, die relativ kurzfristig und weniger vorhersagbar verlaufen, soll parallel zum Ausstieg aus der Kohleverstromung gezielt der Strukturwandel gestaltet werden.

Dies macht die betroffenen Regionen besonders interessant für diese Studie zum Umgang mit Strukturwandel und seiner Wahrnehmung in der Bevölkerung. Gleichzeitig beschränkt sich die Studie nicht auf den Wandel in den (ehemaligen) Kohleregionen. Die Wirtschaft unterliegt einem permanenten Veränderungsprozess. 2018 wurden in Deutschland rund 670.000 Gewerbebetriebe angemeldet und 640.000 abgemeldet (Quelle: Statistisches Bundesamt 2020). Hinter diesen Zahlen steht eine Vielzahl von Gründen und Entwicklungen, Innovationen und Verschiebungen der Wirtschaftsstruktur in allen Regionen Deutschlands.

Diese Veränderungen sind für den Einzelnen und die Einzelne¹ oftmals mit tiefen biografischen Einschnitten verbunden. Der Beginn an einer neuen Arbeitsstelle ist eine Lebensentscheidung, die vieles verändern kann. Ein Unternehmen zu gründen, kann ein Wagnis sein, das über den weiteren Lebensweg entscheidet. Genauso kann das Scheitern einer Selbstständigkeit einen tiefen Einschnitt im Leben bedeuten. Gleiches gilt für eine Arbeitslosigkeit. Im Lebenslauf der Menschen finden sich Verschiebungen der Wirtschaftsstruktur oftmals als dramatische Lebensereignisse wieder.

Betreffen diese Veränderungen nicht nur einzelne, sondern in geballter Form eine ganze Region, kommt eine weitere Dimension hinzu. Einzelne Branchen oder Unternehmen können ganze Regionen prägen. Entsprechend ist das Wohlergehen der Region maßgeblich abhängig von dem Schicksal der jeweiligen Branche. So mag eine lange Wirtschaftsstradition zu Ende gehen, ein einflussreiches Unternehmen zieht weg oder kommt in die Krise und eine wirtschaftliche Neuausrichtung der Region wird notwendig. Strukturwandel meint in der Regel eine solche regionale Umorientierung und schnell richten sich die Blicke auf die Politik, um den Strukturwandel zu unterstützen, je nach politischer Ausrichtung auch zu steuern und zu gewährleisten.

In der vorliegenden Studie geht die Konrad-Adenauer-Stiftung der Frage nach, wie Menschen mit regionalem Strukturwandel umgehen und wie sie ihn erleben. Dabei stehen vier Regionen im Mittelpunkt, die durch die Kohleförderung geprägt sind oder waren. Politische Entscheidungen haben mit Blick auf die Kohleförderung und die Montanindustrie über lange Zeit eine wichtige Rolle gespielt. In der Studie wollen wir erfahren, wie sich Strukturwandel im individuellen Lebenslauf niederschlägt, wie die Menschen die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Region beurteilen und welche Rolle sie dabei der Politik zuschreiben.

Im Folgenden wird kurz die Studie methodisch erläutert (Kapitel 2), wobei sich weitere Details im Anhang finden. Kapitel 3 stellt die besonders betrachteten ehemaligen und derzeitigen Kohleregionen vor und vergleicht ihre Wirtschaftssituation. Die Ergebnisdarstellung ist um drei Themen organisiert. Kapitel 4 zeigt, wie sich Strukturwandel in individuellen Berufsbiografien niederschlägt, nämlich in Arbeitsplatzwechsel und Arbeitslosigkeit. Die Dramatik von Arbeitsplatzverlusten, aber auch die vielfach positive Einschätzung des Berufswegs nach einer Arbeitslosigkeit, werden deutlich. Kapitel 5 befasst sich mit der Wahrnehmung der Region insgesamt. Die tiefe Heimatverbundenheit der Menschen schlägt sich in einer besonderen Wertschätzung vieler Aspekte der Region nieder, auch in einer Wertschätzung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Ein Wandel der regionalen Wirtschaft im Strukturwandel ist daher eine Veränderung der Heimat, die oft als schmerzlich erlebt wird. Kapitel 6 geht schließlich auf den Strukturwandel und die Rolle der Politik ein. Die komplexen Gründe für Strukturwandel werden nur begrenzt wahrgenommen. In der Wahrnehmung der Menschen spielt die Politik eine wichtige Rolle und an diese richten sich auch große Erwartungen. Was genau geschehen soll, können die Menschen oft nicht sagen, aber sie setzen und hoffen auf die Politik, um die Region lebenswert zu erhalten. All diese Aspekte werden mit repräsentativen Daten und Eindrücken aus den Tiefeninterviews im Detail dargestellt. Das Fazit (Kapitel 7) fasst Kernbefunde zusammen.

Die vorliegende Studie betrachtet die Veränderungen in Kohleregionen im Vergleich zum restlichen Deutschland. Für die Diskussion um das Strukturstärkungsgesetz kann die Untersuchung wichtige Hinweise bieten. Die Befunde sind in ihrer Relevanz aber keineswegs auf diese spezifische Entscheidung oder nur auf die Kohleregionen beschränkt. Sie informieren grundsätzlicher darüber, wie wirtschaftlicher Wandel erlebt wird, was er für die Menschen bedeutet und welche Rolle Politik dabei spielen soll und kann. In diesem weiteren Sinne können die Befunde auch wichtige Informationen bieten für die Rolle von Politik in jenem Strukturwandel, den die Corona-Pandemie bedeuten wird.

1 Für eine bessere Lesbarkeit wird im Folgenden durchweg das generische Maskulinum verwendet, wobei Frauen selbstverständlich mitgemeint sind.



Die Studie: Vielfältige Vergleiche

Die vorliegende Studie ist als multipler Vergleich angelegt. Vier Regionen, die durch den Kohleabbau geprägt sind, werden genauer in den Blick genommen: das Ruhrgebiet, das Saarland, die Region Chemnitz und die Lausitz. Um die Befunde einordnen zu können, läuft jeweils ein Vergleich mit Ost- und Westdeutschland mit.

Diese Auswahl von Vergleichen ergibt sich aus der Vielfalt bedeutsamer Dimensionen für den Strukturwandel, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus dem Kohleabbau. Der Beschluss zum Ende der Kohleverstromung in Deutschland bedeutet für eine Reihe von Braunkohleabbaugebieten das Ende der Kohleförderung in 18 Jahren. Der Kohlebergbau war aber umfassender in Deutschland und der Ausstieg aus der Steinkohleförderung geht deutlich weiter zurück. Mehrere Regionen in Deutschland sind oder waren durch die Bergbau- und Montanindustrie nachhaltig geprägt und standen bzw. stehen mit dem Ausstieg aus der Kohleförderung vor der Aufgabe eines grundlegenden Strukturwandels. Die vier ausgewählten Regionen sind stark durch den Kohleabbau geprägt und standen zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlicher Weise vor der Aufgabe, mit dem anstehenden Ende der Kohleförderung einen Strukturwandel einzuleiten und zu vollziehen. Deshalb werden sie im Folgenden als „Kohleregionen“ bezeichnet – auch wenn die eigentliche Kohleförderung zum Teil schon länger zurückliegt.

Das Ruhrgebiet ist historisch durch den Kohleabbau geprägt – und durch den Rückgang der Kohleförderung. In der großen Metropolregion gibt es bereits seit rund 60 Jahren einen politisch moderierten Strukturwandel weg von der Kohleförderung. Strukturwandel ist hier eine Aufgabe, die bereits Generationen begleitet.

Demgegenüber ist die Lausitz bis heute wirtschaftlich stark vom Braunkohleabbau abhängig. Mit der Wiedervereinigung und der Transformation von einer Staats- zur Marktwirtschaft fand bereits ein fundamentaler Strukturwandel, auch für die Betriebe der Braunkohleförderung, statt. Der nun beschlossene Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung bedeutet für die Lausitz einen weiteren grundlegenden Wandel. Anders als im Ruhrgebiet ist die Lausitz nicht urban, sondern eher ländlich geprägt. Das führt zu entsprechenden Herausforderungen für den Strukturwandel.

Das Saarland ist die zweite westdeutsche Region, die stark durch die Steinkohle und den Ausstieg aus der Steinkohleförderung in Deutschland betroffen war. Ähnlich wie im Ruhrgebiet gab es einen langen Prozess des subventionierten Ausstiegs, der allerdings 2012 noch einmal kurzfristig beschleunigt wurde. Die Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur des Saarlandes unterscheidet sich aber sehr deutlich vom Ruhrgebiet und resultiert in einem deutlich anderen Strukturwandel.

Mit der Region Chemnitz geht eine zweite ostdeutsche Region in die Studie ein, die historisch durch den Steinkohleabbau geprägt ist.¹ Allerdings endete der Bergbau in der Region bereits 1977. Schon während der DDR und auch heute noch stehen in der

Region Chemnitz der Maschinen- und Autobau im Vordergrund. Wie ganz Ostdeutschland ging auch die Region Chemnitz nach der Wende durch eine schwere Krise. Heute hat sich die Region erholt und steht im ostdeutschen Vergleich überdurchschnittlich gut da.

Die vier ausgewählten Regionen stehen somit für eine Reihe unterschiedlicher Konstellationen, in denen wirtschaftlicher Strukturwandel nach der Kohleförderung stattfindet bzw. bereits stattfand. Die Vielfalt von wirtschaftlicher Veränderung ist damit selbstverständlich nicht abgebildet. Nicht nur der Kohlebergbau und die Montanindustrie wandeln sich oder gehen massiv zurück. Auch andere Branchen, beispielsweise die Werften, die Textilindustrie, die Landwirtschaft oder der Einzelhandel, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend verändert – mit erheblichen Arbeitsplatzverlusten und zum Teil sehr stark betroffenen Regionen. In anderen Regionen prosperiert die Wirtschaft, wobei auch dann permanent Anpassungen und Umstellungen an veränderte Technologien oder Verbrauchergewohnheiten stattfinden. Diese Vielfalt lässt sich mit einer begrenzten Anzahl von Regionalstudien nicht vollständig abdecken.

Die Studie beruht auf standardisierten Telefoninterviews und qualitativen Tiefeninterviews. In den vier Regionen (Ruhrgebiet, Saarland, Region Chemnitz und Lausitz) wurde eine Mindestanzahl von je 500 standardisierten, telefonischen Interviews realisiert. Hinzu kommen 1.803 Interviews aus einer bundesweiten, zufälligen Stichprobe, wobei einige Befragte aus den vier Regionen dabei zufällig mit ausgewählt wurden. Die Daten sind repräsentativ sowohl für die Bevölkerung in den vier Regionen als auch für die Bevölkerung in Deutschland insgesamt und getrennt nach Ost- und Westdeutschland.²

In den vier Regionen wurden zusätzlich jeweils 20 Tiefeninterviews geführt. In einstündigen telefonischen Gesprächen berichteten Menschen entlang eines Leitfadens ihr Erleben und ihre Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Region. Dabei wurden in jeder Region auch Menschen befragt, die beruflich von dem Strukturwandel betroffen sind bzw. waren, also in der Kohle- und Montanindustrie (Ruhrgebiet, Saarland, Lausitz) bzw. der Auto- und Maschinenbauindustrie (Region Chemnitz) beschäftigt sind oder waren. Die übrigen Befragten leben in der Region, arbeiten aber nicht in diesen Branchen.

Weitere Details zur Untersuchungsanlage finden sich im Anhang.

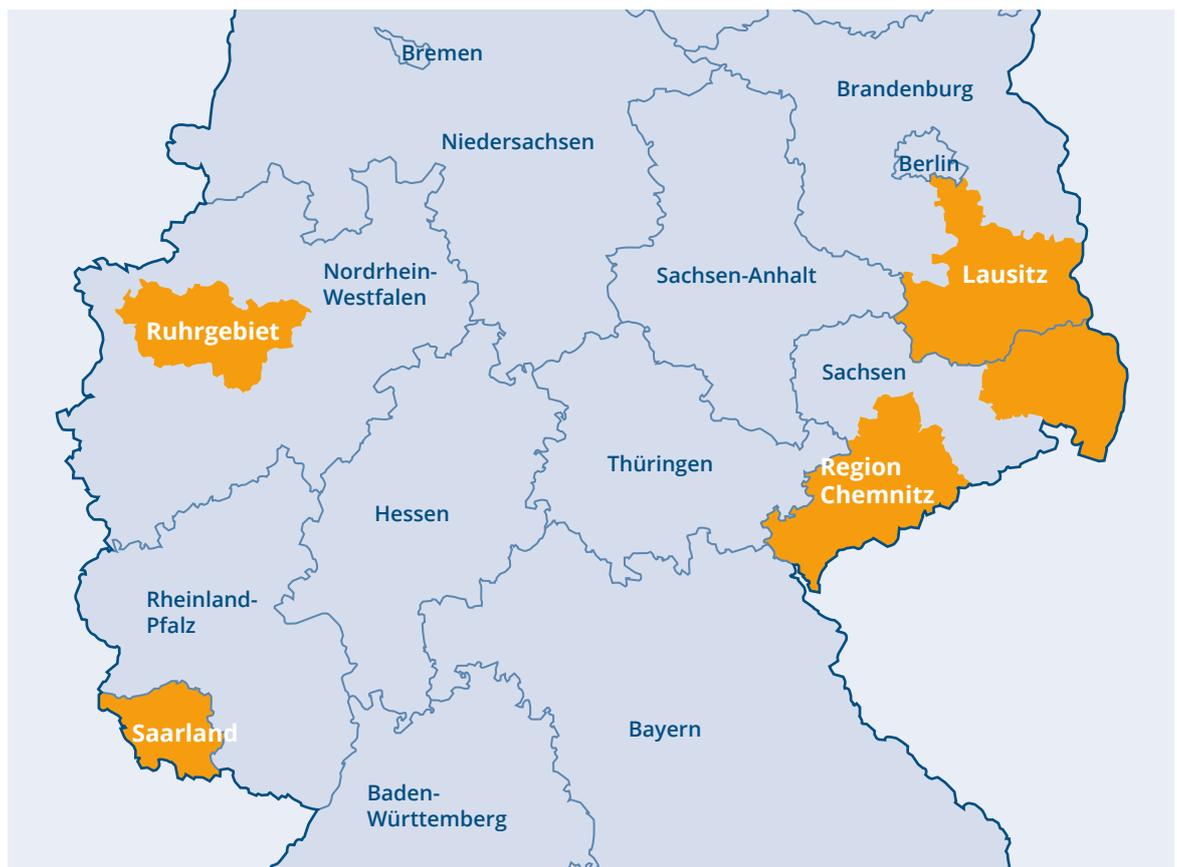
-
- 1 Die Bezeichnung „Region Chemnitz“ ist vom Planungsverband Region Chemnitz übernommen worden und umfasst neben dem Umland der Stadt Chemnitz auch Zwickau und Teile des Erzgebirges. Siehe dazu im Detail den methodischen Anhang (Kapitel 8).
 - 2 Berlin wird in dieser Studie weder Ost- noch Westdeutschland zugerechnet, sondern separat behandelt.

3

Strukturwandelregionen im Vergleich

Wirtschaftliche Veränderungen im Kleinen und umfassender Strukturwandel finden in Regionen mit ihrer je eigenen Struktur und Geschichte statt. Die Ausgangslage ist jeweils unterschiedlich und verschiedene Schwächen oder Potenziale der Region beeinflussen die weitere Entwicklung. Im Folgenden werden die vier hier fokussierten Regionen in ihrer Prägung kurz vorgestellt und anschließend in Hinblick auf einige Makrodaten mit dem Durchschnitt von Ost- und Westdeutschland verglichen.

Abbildung 1: Die Untersuchungsregionen



Quelle: Eigene Darstellung; Karte © istock by Getty images/Rainer Lesniewski

3.1 Ruhrgebiet

Das Ruhrgebiet umfasst den größten urbanen Agglomerationsraum Deutschlands mit insgesamt 5,1 Millionen Einwohnern. Dortmund, Essen und Duisburg sind mit jeweils rund einer halben Million Einwohner die größten Städte. Allerdings zählen auch die Kreise Wesel, Recklinghausen, Unna und Ennepe-Ruhr-Kreis hinzu, die trotz großer Einwohnerzahlen eine geringere Bevölkerungsdichte haben. Die üblicherweise angesetzten geografischen Grenzen des Ruhrgebiets entsprechen dem heutigen Regionalverband Ruhr, der bereits 1920 als Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk gegründet wurde.

Das Ruhrgebiet blickt nicht nur auf eine lange Geschichte der Kohleförderung zurück, sondern auch auf eine lange Geschichte des Ausstiegs aus der Kohleförderung und des politisch beeinflussten Strukturwandels (Goch 2002, Bogumil et al. 2012). Bereits seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das Ruhrgebiet durch den Kohleabbau geprägt, der kontinuierlich an Bedeutung gewann (Czierpka 2019). Verbunden mit einer ebenfalls wachsenden Kohle und Eisen verarbeitenden Industrie, der Montanindustrie, stieg die Einwohnerzahl im Ruhrgebiet gegen Ende des 19. Jahrhunderts schnell an. 1922 waren über eine halbe Million Menschen im Ruhrbergbau beschäftigt (Gebhardt 1957: 493).¹ Mit der Weltwirtschaftskrise ging die Beschäftigtenzahl zwar deutlich zurück, doch nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die Montanindustrie schnell wieder an und beschäftigte Anfang der 1950er Jahre rund 480.000 Menschen (Gebhardt 1957: 493).

1957 ist die erste Wegmarke für den Niedergang der Kohleförderung im Ruhrgebiet. Aufgrund der zunehmenden Konkurrenz durch andere fossile Brennstoffe musste die Förderung reduziert werden. Was zunächst als vorübergehendes Phänomen angesehen wurde, erwies sich als der Beginn eines kontinuierlichen Abbaus der Kohleförderung. „Der Niedergang nahm mit der Kohlenkrise von 1957 seinen Anfang und ließ den Ruhrbergbau in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit stürzen, sodass die Schließung der letzten Zeche im Dezember 2018 ein symbolischer Akt ohne Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft bleibt“ (Czierpka 2019: 13).

Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Kohleförderung und Montanindustrie wurde mit erheblichen Fördermitteln begleitet. Die Sozialdemokratie machte sich zum prominenten Fürsprecher eines mit umfassenden Subventionen und Sozialprogrammen abgefederten, langsamen Ausstiegs aus dem Steinkohleabbau im Ruhrgebiet und auch in anderen Bergbauregionen (Nonn 2001: 311 ff.). Sie wurde damit ab den 1960er Jahren zur dominanten politischen Kraft im Ruhrgebiet (Rohe 1986).

Heute noch aktiv ist der Braunkohletagebau am Rande des Ruhrgebietes, der ebenfalls auf eine lange Tradition zurückblickt und bis heute fortbesteht. Das Ende der Kohleverstromung betrifft daher auch das Ruhrgebiet.

Parallel zum Ausstieg aus der Kohleförderung und dem Rückgang der Montanindustrie insgesamt bemühte sich die Bundes- und Landespolitik um einen wirtschaftlichen Strukturwandel. Kern der Strategie war die Ansiedlung von Universitäten und Forschungseinrichtungen. Mitte der 1960er Jahre wurden Universitäten in Dortmund, Bochum, Duisburg und Essen gegründet, Anfang der 1970er Jahre kamen zahlreiche Fachhochschulen hinzu. Das Ruhrgebiet entwickelte sich von einer Industrie- zu einer Wissensregion (Bogumil et al. 2012: 39 ff., Bogumil/Heinze 2019).



3.2 Saarland

Das Saarland bildet als Bundesland die zweite in den Fokus genommene Untersuchungsregion. An der Grenze zum französischen Bergbaugebiet Lothringen gelegen, wurde das Saarland im Saarstatut des Versailler Vertrages von 1919 als „Saargebiet“ definiert. Während das Bergbaugebiet zwischen Frankreich und Deutschland aufgeteilt wurde und die Nationalstaatsgrenze die Bergbauregion in zwei Teile aufteilte, orientierte sich die Grenzziehung auf deutscher Seite an dem Bemühen, die Wohnregionen der Bergleute in den Verwaltungsbezirk zu integrieren (Hellwig 1992: 328). Neben Saarbrücken mit 330.000 Einwohnern ist die Region durch kleinere Städte und ländliche Regionen gekennzeichnet.

Das Saarland ist, ebenso wie das Ruhrgebiet, historisch durch den Steinkohlebergbau stark geprägt und war entsprechend von den Veränderungen in der Montanindustrie ab Ende der 1950er Jahre betroffen. Auch das Saarland hat einen jahrzehntelangen Strukturwandel weg von der Steinkohleförderung und Montanindustrie hinter sich (Jellonnek 2004: 235 ff., Dörrenbächer 2007, Lerch 2007). Dabei hat das Saarland allerdings deutlich weniger Einwohner und ist nicht durch einen großen urbanen Agglomerationsraum geprägt.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im saarländischen Bergbau ist ähnlich wie im Ruhrgebiet (Haßler 2012). In den 1920er Jahren erreichte die Anzahl der Beschäftigten im Bergbau des Saarlandes ihre Höchstzahl mit über 70.000 Beschäftigten und ging in der Folge der Weltwirtschaftskrise zurück. Nach den Wirren des Zweiten Weltkriegs nahm die Beschäftigung im Bergbau noch einmal deutlich zu, ging dann aber mit der Kohlenkrise von knapp 65.000 (1957) zunächst auf rund 21.000 (1974) zurück. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg begann Mitte der 1980er Jahre noch einmal ein deutlicher Stellenabbau. 1984 waren knapp 25.000 Menschen im Bergbau des Saarlandes beschäftigt. Ihre Zahl ging in den folgenden Jahren kontinuierlich zurück.

2007 einigte sich die Bundesregierung mit den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes auf das sozialverträgliche Auslaufen des subventionierten deutschen Steinkohlebergbaus bis 2018 (vgl. Deutscher Bundestag 2007). Damit war für das Saarland ein Weg zum Ausstieg aus der Steinkohleförderung vorgezeichnet. Allerdings kam es 2008 zu einem starken Erdbeben im Saarland aufgrund von Grubeneinstürzen. Als Reaktion wurden die Grubenschließungen im Saarland vorgezogen, während eine Grube im Norden von Nordrhein-Westfalen eine längere Laufzeit erhielt. Bereits 2012 schloss die letzte Grube im Saarland und das Bergwerk Ibbenbüren in Nordrhein-Westfalen übernahm die Beschäftigten.

Für den Strukturwandel im Saarland ist der Ausbau der Maschinenbau- und Autoindustrie entscheidend, der allein aber nicht den Wegfall von Arbeitsplätzen in der Montanindustrie kompensieren konnte. Das Ford-Werk in Saarlouis und Zulieferunternehmen sind für das Saarland bedeutsam, aber auch einige weitere Unternehmen (Schulz/Dörrenbächer 2007). Dazu wurden die Informationstechnologie (Roscher 2007) und der Dienstleistungssektor ausgebaut (Jellonnek 2004: 236). Die Gründung von Forschungsinstituten mit dem Ziel eines engen Austauschs zwischen Wissenschaft und Wirtschaft macht einen wichtigen Teil der regionalen Wirtschaftsförderung aus (Roscher 2007: 149). Zudem engagiert sich die Region in dem grenzübergreifenden

Zusammenschluss Saar-Lor-Lux mit Regionen aus Frankreich und Luxemburg (Jellonnek 2004: 241 ff; Lorig/Regolot 2016).

Anders als im Ruhrgebiet hat die Sozialdemokratie im Saarland keine dominante Stellung erreicht. Grund dafür ist unter anderem die katholische Prägung der Bevölkerung (Jellonnek 2004: 245 ff.). Allerdings gewann Oskar Lafontaine für die SPD ab 1985 dreimal als Spitzenkandidat die Landtagswahl und führte die Landesregierung. Sein Übertritt zur Partei Die Linke bedeutete für die Saar-SPD daher einen tiefen Einschnitt.

3.3 Lausitz

Die Lausitz erstreckt sich in Ostdeutschland im Süden von Brandenburg und reicht bis nach Sachsen.² Aus Gründen der Datenverfügbarkeit wird die Region kreisscharf abgegrenzt. Damit fallen im Norden auch Teile des Berliner Speckgürtels in die Region, die eher nicht zur Lausitz im engeren Sinne gezählt werden. Die größte Stadt in der Lausitz ist Cottbus mit etwas über 100.000 Einwohnern. Insbesondere der Brandenburger Teil der Lausitz ist recht dünn besiedelt, während die Bevölkerungsdichte in den sächsischen Kreisen Bautzen und Görlitz etwas höher ist.

Der Braunkohleabbau ist für die Lausitz von großer Bedeutung. Mit den Gebietsverlusten nach dem Ersten Weltkrieg hatte Deutschland weniger Zugang zu Steinkohle. Dadurch wurde die Braunkohle zu einem relevanten Energieträger. Mit Beginn der Weimarer Republik nahm die Braunkohleförderung in Deutschland insgesamt und auch in der Lausitz stark zu.

In der DDR war die Braunkohle der zentrale Energieträger für die Stromversorgung. Entsprechend große Bedeutung kam der Braunkohleverstromung und den Braunkohletagebauen der Lausitz zu. Die Beschäftigtenzahl im Lausitzer Braunkohlenbergbau stieg von 45.000 im Jahr 1958 auf 79.000 im Jahr 1988 (Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. 2020).

Die Wende bedeutete auch für die Braunkohleförderung und -verstromung einen tiefen Einschnitt. Die Zahl der Beschäftigten hatte sich bereits 1992 auf rund 39.000 halbiert. Bis 1995 war die Zahl noch einmal auf die Hälfte gesunken (19.000) und fünf Jahre später war die Beschäftigtenzahl auf rund 7.100 zurückgegangen. In den Folgejahren verlangsamte sich der Abbau von Arbeitsplätzen.³

Mit dem Beschluss, die Kohleverstromung in Deutschland zu beenden, geht im Jahr 2038 auch in der Lausitz die Geschichte der Braunkohleförderung zu Ende. Noch einmal werden Arbeitsplätze in erheblichem Umfang wegfallen. Das RWI schätzt für die Lausitz im Jahr 2016 eine Zahl von 13.245 Beschäftigten, die direkt oder indirekt vom Braunkohlesektor abhängen (RWI 2017: 40).

Jenseits der Braunkohleförderung und -verstromung ist das verarbeitende Gewerbe in der Lausitz unter anderem geprägt durch Maschinenbau sowie die Herstellung von Glas und Keramik, Gummi und Kunststoffwaren sowie chemischen Erzeugnissen (Seibert et al. 2018: 27). Eine wichtige Rolle spielt in der Region auch der Tourismus, insbesondere im Spreewald.



In der Lausitz gibt es eine Hochschule für angewandte Wissenschaften mit Standorten in Görlitz und Zittau, die sich auf die Themen Energie und Umwelt sowie Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft konzentriert. Die Forschungs- und Hochschullandschaft ist, nicht zuletzt aufgrund der ländlichen Prägung der Region, weit weniger ausgebaut als in den übrigen hier betrachteten Regionen.

3.4 Region Chemnitz

Der Planungsverband Region Chemnitz fasst fünf Kreise im Südwesten Sachsens zusammen. Er ist einer von vier sächsischen Planungsverbänden mit rund 1,4 Millionen Einwohnern. Chemnitz ist mit 247.000 Einwohnern die größte Stadt der Region, gefolgt von Zwickau mit rund 90.000 Einwohnern. Beide Städte sind deutlich kleiner als die großen Städte der benachbarten Regionen Leipzig, Dresden oder Halle.

Die Region Chemnitz ist, wie die drei anderen Regionen, durch eine über 100jährige Geschichte des Kohlebergbaus gekennzeichnet. Der Abbau von Steinkohle in der Region endete allerdings bereits in den 1970er Jahren. 1971 ging der Steinkohlebergbau in Lugau-Oelsnitz zu Ende und 1978 wurde auch in Zwickau zum letzten Mal Kohle abgebaut (Zukunftsregion Chemnitz-Zwickau 2008: 4). Allerdings wirkt die Geschichte des Steinkohlebergbaus nach. Bereits im 19. Jahrhundert wurde die Region Chemnitz zu einer bedeutenden Industrieregion und erarbeitete sich die Bezeichnung „sächsisches Manchester“ (Rellecke 2004: 257).

Nach starken Kriegszerstörungen erlangte die Region auch zu DDR-Zeiten große Bedeutung für die industrielle Produktion. Sachsen beheimatete den industriellen Kern der DDR-Wirtschaft. Mit der Wende und der Transformation zur Marktwirtschaft waren auch in Sachsen sehr tiefe Einschnitte verbunden (Brezinski/Fritsch 1995). Allerdings hat sich die Wirtschaft der Region relativ schnell wieder erholen können und steht heute im Vergleich zu anderen Teilen Ostdeutschlands gut da (Behr 2016).

Ein Schwerpunkt der Wirtschaft in der Region Chemnitz ist der Autobau. Bereits Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts entstanden in Chemnitz die Firmen Wanderer und DKW, die sich neben anderem mit der Entwicklung von Automobilen beschäftigten. 1932 entstand aus den beiden Firmen zusammen mit den Autoherstellern Horch und Audi aus dem Kölner Raum die Auto Union AG mit Hauptsitz in Zschopau, etwas südlich von Chemnitz, die später in Audi umbenannt wurde (Audi AG o. J.). Während der DDR wurde die Tradition des Autobaus mit der Fertigung des Trabants fortgesetzt. In die VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau gingen auch die sächsischen Werke von Audi ein (Handelsblatt 2007). Heute fertigt VW in Chemnitz und Zwickau, MAN hat in Plauen ein Werk. Dazu kommen zahlreiche Zulieferer. Jenseits der Automobilindustrie gibt es in der Region Chemnitz eine lange Maschinenbautradition, die sich bis heute fortsetzt.

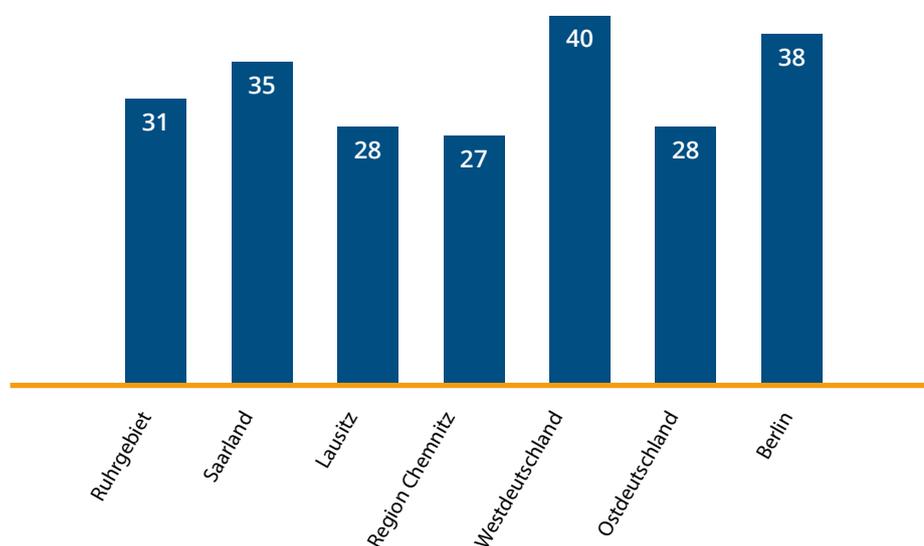
Die Region Chemnitz hat, wie auch die übrigen Teile Sachsens, eine stark ausgebaute Wissenschaftslandschaft, die eng mit der Wirtschaft verbunden ist. In Chemnitz befindet sich eine Technische Universität, in Zwickau ist eine Technische Universität mit dem Schwerpunkt Bergbau angesiedelt. Hinzu kommen zwei Hochschulen für angewandte Wissenschaften und 26 Forschungsinstitute.

Politisch war und ist Sachsen eine Hochburg der CDU. Seit der Wende stellt die Union ununterbrochen in Sachsen den Regierungschef. Mit den Wahlen 2019 (Europawahl und Landtagswahl) hat allerdings die AfD gerade in Sachsen deutlich hinzugewonnen und erreichte in zahlreichen Wahlkreisen fast so hohe Stimmenanteile wie die CDU (Neu 2019). In den Wahlbezirken der Region Chemnitz erreichte die AfD bei den Landtagswahlen 2019 durchweg etwas höhere Stimmenanteile als im Landesdurchschnitt.

3.5 Regionale Wirtschaft: Sieben Regionen im Vergleich

Strukturwandel ist ein permanenter Prozess, der alle Regionen Deutschlands betrifft. Deshalb geht der Blick vergleichend über die vier Regionen hinaus und stellt sie jeweils ins Verhältnis zu dem Landesdurchschnitt. Es wäre aber nicht richtig, bei einer solchen Betrachtung die Transformation Ostdeutschlands von der Staats- zur Marktwirtschaft zu ignorieren. Auch wenn diese Veränderung bereits vor 30 Jahren begonnen hat, sind ihre Folgen bis heute spürbar (IWH 2019, Krause/Ostner 2010). Im Folgenden werden jeweils West- und Ostdeutschland getrennt zum Vergleich herangezogen. Weil Berlin in dieser Unterteilung eine Sonderstellung zukommt und eine Zuordnung zu West- oder Ostdeutschland gleichermaßen problematisch wäre, ist Berlin jeweils separat ausgewiesen, ohne dass dem Vergleich mit Berlin eine grundsätzlichere Rolle in der Studie zukäme.⁴

**Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf
2016 in Tausend Euro**



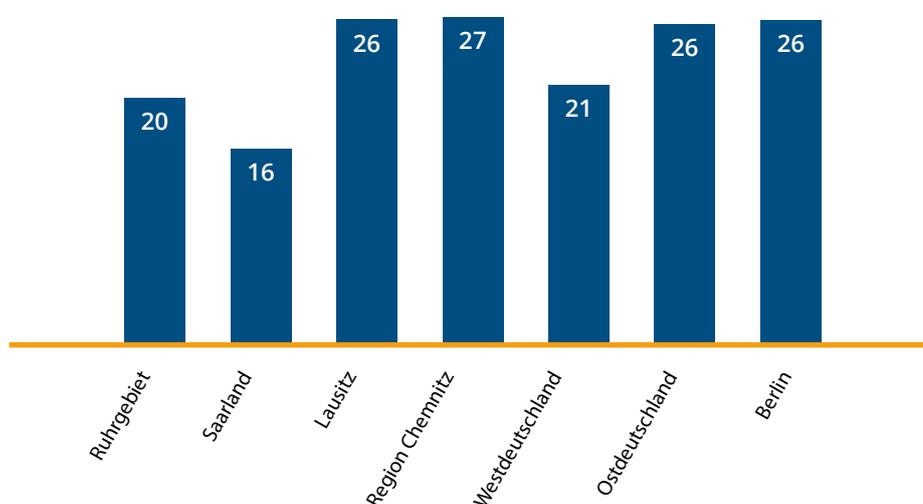
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Alle vier betrachteten Regionen tun sich schwer mit dem Strukturwandel. Ihr Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt jeweils niedriger als im restlichen Teil von Ost- bzw. Westdeutschland. Bei den ostdeutschen Regionen ist der Unterschied sehr gering.⁵ Die Region Chemnitz hat ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 27.200 Euro, in der Lausitz sind es 27.500 Euro. Damit liegen beide Regionen leicht unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 27.700 Euro.



Bei den westdeutschen Regionen ist der Unterschied deutlich größer. Das Ruhrgebiet verzeichnet zwar mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 31.100 Euro einen höheren Wert als die ostdeutschen Regionen, liegt aber deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt von 40.500 Euro. Das Saarland erzielt mit 34.800 Euro ein deutlich höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als das Ruhrgebiet, erreicht aber ebenfalls nicht den Durchschnitt Westdeutschlands.

**Abbildung 3: Veränderung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf
in Prozent, 2006–2016**

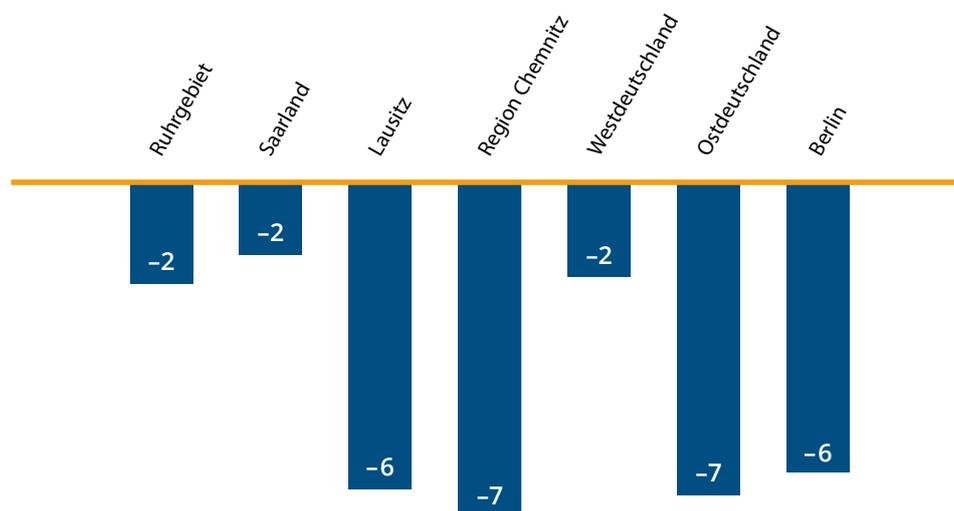


Quelle: Statistisches Bundesamt.

Deutschland blickt auf eine lange Wachstumsphase zurück. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist von 2006 bis 2016 um 23,2 Prozent gestiegen. Dabei waren die Wachstumsraten in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Die hier untersuchten Regionen haben an diesem Wachstum sehr unterschiedlich partizipiert. Die Region Chemnitz erlebte in den zehn Jahren einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf um 26,6 Prozent. Der Anstieg in der Lausitz war mit 26,4 Prozent praktisch gleich hoch. In beiden Regionen war der Zuwachs etwas höher als im ostdeutschen Durchschnitt (26,0 Prozent).

Die westdeutschen Regionen hatten ein etwas geringeres Wachstum. Im Ruhrgebiet wuchs das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im selben Zeitraum um 20,0 Prozent, während im Saarland der Zuwachs mit 15,9 Prozent geringer ausfiel. Damit sind beide Regionen zwischen 2006 und 2016 langsamer gewachsen als der westdeutsche Durchschnitt. Westdeutschland insgesamt hatte einen Zuwachs von 21,1 Prozent.

**Abbildung 4: Veränderung der Arbeitslosenquote
in Prozentpunkten, 2009–2019**



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland zwischen 2009 und 2019 deutlich zurückgegangen. Dies gilt für Deutschland insgesamt und für alle hier unterschiedenen Regionen. Den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnet die Region Chemnitz. Die Arbeitslosenquote ist zwischen 2009 und 2019 um 7,0 Prozentpunkte gefallen. Die Arbeitslosigkeit beträgt 2019 5,6 Prozent. Auch in der Lausitz ist der Rückgang beachtlich mit 6,4 Prozentpunkten. Das Niveau der Arbeitslosigkeit ist in der Lausitz mit 7,0 Prozent etwas höher. Während der Rückgang in der Region Chemnitz stärker ist als im ostdeutschen Durchschnitt, der einen Rückgang von 6,6 Prozentpunkten verzeichnet, gibt es zur Lausitz praktisch keinen Unterschied. Auch das Niveau der Arbeitslosigkeit ist identisch.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland ist deutlich geringer, allerdings handelt es sich um einen Rückgang von einem deutlich niedrigeren Anfangsniveau. Im Ruhrgebiet ist die Arbeitslosigkeit von 2009 bis 2019 um 2,1 Prozentpunkte auf 9,0 Prozent gefallen. Damit ist die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet höher als im ostdeutschen Durchschnitt und deutlich höher als im westdeutschen Durchschnitt. Im Saarland ist die Arbeitslosigkeit mit 1,5 Prozentpunkten in dem Zeitraum etwas weniger zurückgegangen. Das Niveau der Arbeitslosigkeit im Saarland ist allerdings mit 6,2 Prozent niedriger als im Ruhrgebiet und auch niedriger als in Ostdeutschland. Die Arbeitslosenquote im Saarland ist aber höher als im westdeutschen Durchschnitt (4,9 Prozent).

Das Ruhrgebiet und das Saarland sind im westdeutschen Vergleich Regionen mit besonderen Herausforderungen für den Strukturwandel. Ihre Wirtschaftskraft liegt unter dem sonstigen westdeutschen Niveau, die Arbeitslosigkeit ist höher. Allerdings stehen sie bei der Wirtschaftskraft besser da als Ostdeutschland und im Saarland ist die Arbeitslosigkeit niedriger als in Ostdeutschland. Das Ruhrgebiet hat dagegen eine höhere Arbeitslosigkeit als Ostdeutschland.



Die Lausitz und die Region Chemnitz unterscheiden sich dagegen in ihren wirtschaftlichen Basisdaten derzeit nicht wesentlich vom ostdeutschen Durchschnitt. Wirtschaftskraft und Arbeitslosigkeit sind auf jeweils sehr ähnlichem Niveau. Der Aufholprozess in Ostdeutschland insgesamt fand auch in diesen Regionen statt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Wirtschaftskraft waren deutlich stärker als in Westdeutschland.

- 1 Die Angaben über Beschäftigte variieren etwas zwischen den Quellen für die Zeit vor Gründung der Bundesrepublik (Nonn 2001: 387, Abelshäuser 1990: 437, zitiert nach Czierpka 2019: 16, Goch 2002: 110). Die berichtete Entwicklung der Beschäftigtenzahlen ist aber identisch.
- 2 Im Osten reicht die Lausitz nach Polen hinein, im Süden nach Tschechien. Die Gebiete in den Nachbarländern sind nicht Teil dieser Studie.
- 3 Aufgrund einer Umstrukturierung sind die Beschäftigtenzahlen ab 2008 nicht mehr mit den vorhergehenden Zahlen direkt vergleichbar. Bis 2007 war die Zahl der Beschäftigten im Braunkohlebergbau ohne die Beschäftigten in den Braunkohlekraftwerken auf rund 5.500 zurückgegangen. In den Folgejahren stieg die Zahl der Beschäftigten in Braunkohlebergbau und Kraftwerken zusammengefasst um wenige Hundert.
- 4 Bei den Vergleichen mit Berlin ist für die Befragungsergebnisse zudem die relativ geringe Fallzahl von 97 in Berlin zu beachten. Siehe dazu auch die Methodenerläuterung im Anhang.
- 5 Nur für das Saarland stellt die amtliche Statistik direkt Daten bereit. Die übrigen Angaben beruhen auf den Angaben für die Kreise. Die Werte für die Kreise gehen als gewichteter Durchschnitt ein, wobei nach Bevölkerung oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewichtet wird.



Berufsbiografie im Strukturwandel

Die Veränderung von Wirtschaftsstrukturen bedeutet für den Einzelnen Veränderungen am Arbeitsplatz und oft auch den Verlust des Arbeitsplatzes. Was sich in der Arbeitslosenstatistik auf regionaler Ebene als kleine Veränderung zeigt, ist für die Betroffenen von größter Bedeutung. „Arbeitslos zu werden, ist für die meisten Menschen eine der einschneidendsten negativen Erfahrungen mit einer Vielzahl von Folgen für das subjektive Wohlbefinden“ (Frese 2008). Finanzielle Engpässe kommen zusammen mit dem Verlust sozialer Kontakte, Frustrationen bei der Arbeitsplatzsuche, mangelnder empfundener Wertschätzung bis hin zu Depressionen. Allerdings wird Arbeitslosigkeit unterschiedlich erfahren. „So erleben manche Menschen die ersten Wochen der Arbeitslosigkeit geradezu als Urlaub“ (Frese 2008). Einen entscheidenden Einfluss nimmt dabei – wenig überraschend – die Aussicht auf eine folgende Anstellung ein. Damit ist die regionale Arbeitsmarktlage einflussreich, aber auch die individuelle Möglichkeit und Bereitschaft, etwa durch Umzug, Weiterbildung oder Selbstständigkeit die eigenen Chancen auf eine neue Arbeitsstelle zu verbessern.

Im Folgenden betrachten wir vergleichend die Häufigkeit und Dauer von Arbeitslosigkeitserfahrungen, (potenzielle) Wege aus der Arbeitslosigkeit und die Einschätzung der beruflichen Veränderung im Rückblick.

4.1 Arbeitslosigkeitserfahrung

Wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben, liegt im Vergleich der untersuchten Regionen die aktuelle Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet mit 9,0 Prozent am höchsten, gefolgt von der Lausitz. Auch im Saarland ist die Arbeitslosigkeit noch über dem westdeutschen Durchschnitt, während in der Region Chemnitz die Arbeitslosigkeit aktuell etwas unter dem ostdeutschen (aber über dem westdeutschen) Durchschnitt liegt. In der am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Region, dem Ruhrgebiet, sind also andersherum 91 Prozent der zivilen erwerbsfähigen Bevölkerung nicht von Arbeitslosigkeit betroffen. Berücksichtigen wir zusätzlich alle Personen, die in Rente sind oder aus anderen Gründen nicht zur erwerbsfähigen Bevölkerung zählen, so betrifft Arbeitslosigkeit nur eine kleine Minderheit.

Dies ist zunächst die aktuelle Situation. Arbeitslosigkeit ist allerdings vielfach ein so einschneidendes Lebensereignis, dass es über lange Zeit, auch nach dem Ende der Arbeitslosigkeit, die Lebenszufriedenheit senkt (von Scheve/Esche/Schupp 2016). Genauso ist die Sorge vor einer drohenden Arbeitslosigkeit eine wesentliche Beeinträchtigung der Lebenssituation. Entsprechend ist Arbeitslosigkeit als Erfahrung oder wahrgenommene Bedrohung potenziell für einen deutlich größeren Anteil der Bevölkerung relevant.

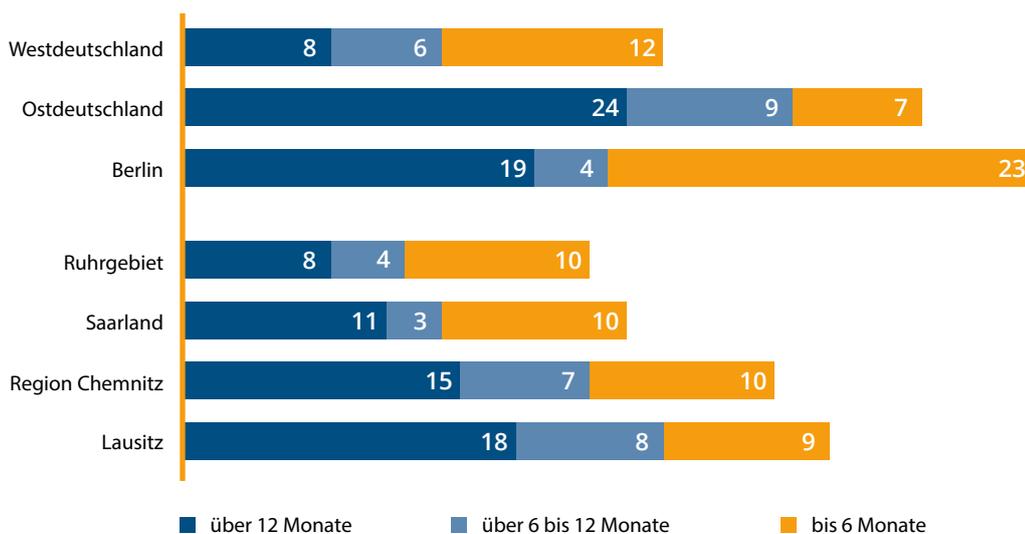
In der Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung geben 31 Prozent der Befragten an, in ihrer Berufsbiografie aktuell oder in der Vergangenheit arbeitslos gewesen zu sein.¹



Der Anteil ist in Westdeutschland mit 26 Prozent deutlich niedriger als in Ostdeutschland mit 40 Prozent (ohne Berlin). Angesichts des Strukturbruchs nach der Wiedervereinigung ist dieser Unterschied wenig verwunderlich.²

Aufgrund des Ausstiegs aus der Kohleförderung wäre zu erwarten, dass in den Kohleregionen die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit weiter verbreitet ist als in den übrigen Landesteilen. Diese Vermutung trifft aber nicht zu. Im Ruhrgebiet geben 22 Prozent der Befragten an, in ihrer Berufsbiografie arbeitslos gewesen zu sein, im Saarland sind es mit 25 Prozent mehr, aber der Wert unterscheidet sich nicht vom Durchschnitt in Westdeutschland (26 Prozent). In den beiden ostdeutschen Regionen ist die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit ebenfalls nicht höher, sondern sogar niedriger als im übrigen Ostdeutschland. In der Region Chemnitz haben 32 Prozent der Befragten Erfahrung mit eigener Arbeitslosigkeit, 35 Prozent sind es in der Lausitz, aber 40 Prozent sind es in Ostdeutschland insgesamt.

Abbildung 5: Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie
Wie lange waren Sie insgesamt in Ihrem Leben arbeitslos?



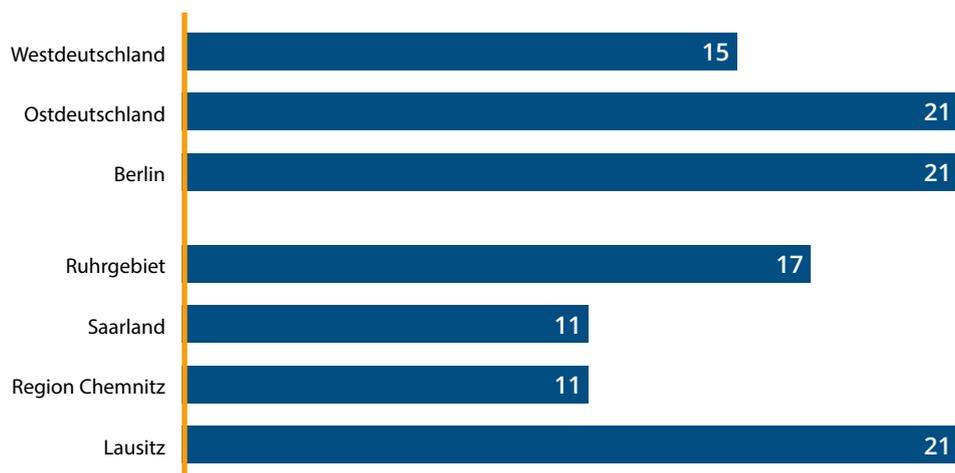
Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: nie arbeitslos, keine Angabe.

Der Vergleich von Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit von mehr als zwölf Monaten fällt tendenziell ähnlich aus. 8 Prozent der Befragten im Ruhrgebiet geben an, in der Summe ihres Berufslebens mehr als zwölf Monate arbeitslos gewesen zu sein. Im Saarland mit 11 Prozent und dem Durchschnitt in Westdeutschland mit 8 Prozent gibt es aber nur geringe Unterschiede. In Ostdeutschland ist die Erfahrung von Arbeitslosigkeit in einer Gesamtdauer von mehr als zwölf Monaten wiederum verbreiteter. In der Region Chemnitz geben 15 Prozent an, in ihrer Berufsbiografie in der Summe mehr als zwölf Monate arbeitslos gewesen zu sein, in der Lausitz sind es 18 Prozent, aber in Ostdeutschland insgesamt (ohne Berlin) sind es 24 Prozent. Eine besondere Betroffenheit der Kohleregionen lässt sich daraus nicht ableiten. Phasen von Arbeitslosigkeit im eigenen Berufsleben berichten die Befragten in allen Teilen Deutschlands.³

Die Sorge vor Arbeitslosigkeit ist ebenfalls in den untersuchten Strukturwandelregionen nicht deutlich ausgeprägter als in den übrigen Landesteilen. Insgesamt hält eine große Mehrheit der Befragten ihren aktuellen Arbeitsplatz für sicher. Zweifel an der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes haben in Ostdeutschland 21 Prozent der Befragten und die Lausitz liegt genau in diesem Durchschnitt. In der Region Chemnitz befürchten dagegen nur 11 Prozent einen Arbeitsplatzverlust. Im Ruhrgebiet halten 17 Prozent der Befragten ihren Arbeitsplatz nicht für sicher und 15 Prozent sind es im westdeutschen Durchschnitt, aber nur 11 Prozent im Saarland. So halten im Saarland und in der Region Chemnitz mehr Menschen ihren Arbeitsplatz für sicher als im jeweiligen Durchschnitt des Landesteils, aber in keiner der Regionen ist die Sorge um den Arbeitsplatz weiter verbreitet als im Durchschnitt des Landesteils.

Abbildung 6: Unsicherer Arbeitsplatz

Glauben Sie, dass Ihr Arbeitsplatz sicher ist? Hier: Nein.



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018/19. Angaben in Prozent. 2.405 Befragte (nur derzeit Berufstätige). Fehlende Werte zu 100 %: Ja, keine Angabe.

Jenseits der eingangs berichteten aktuellen Arbeitslosenquoten lässt sich für die vier betrachteten Regionen derzeit keine überdurchschnittliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit erkennen. Dies gilt sowohl für die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit bzw. langer Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie als auch für die Sorge um den Arbeitsplatz. Arbeitslosigkeit und Sorgen um den Arbeitsplatz scheinen eher allgemeiner Natur zu sein und die Kohleregionen nicht im Besonderen zu betreffen.

Daraus folgt allerdings nicht, dass der Ausstieg aus der Kohleförderung für die betroffenen Menschen unproblematisch war. In den Tiefeninterviews wird deutlich, wie sehr viele an dem Ende der Kohleförderung gelitten haben, selbst wenn sie durch Frühverrentungsprogramme finanziell keine größeren Schwierigkeiten hatten. „Mein früherer Mann (...) hat so arg darunter gelitten, dass er in den Sozialplan musste und mit 50+ praktisch gehen musste. (...) Man wusste, das Ganze hat keine Zukunft mehr. Aber da hatte dem das Herz geblutet. Der war mit Leib und Seele dieser Sache verschrieben. Und bei meinem Vater und Großvater Thema Nummer eins waren arbeitstechnische Dinge. Was war wieder auf der Hütte los? (...) Man war da auch zu Hause“ (Saarland,



61–75, w, nicht Montanindustrie, Linke).⁴ Ein anderer Saarländer berichtet: „Ich hatte insgesamt drei Onkel, die sind alle in den vorzeitigen Ruhestand gegangen damals. Da merkt man, dass das Gleichgewicht aus der Rolle gefallen ist. Zwischen Berufsleben und familiär. Oder Freundeskreis. Es war kein Berufsleben mehr da und da hat schon eine Stütze im Leben gefehlt. Finanziell, was ich so mitbekommen habe damals, war nicht so viel Einschränkungen mit der Rente (...). Aber trotzdem fehlte der Sinn des Lebens“ (Saarland, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU). Ein junger Saarländer, der heute am Rückbau der Kohleförderung arbeitet, sehnt sich nach der schweren Arbeit unter Tage: „Wenn die Grube – die Steinkohle würde wieder aufmachen, würde ich sofort wieder zurückgehen“ (Saarland, 18–30, m, aktuell Montanindustrie, Linke).

In der Lausitz stellt sich die Situation anders dar, weil der Ausstieg aus dem Braunkohleabbau noch bevorsteht. Während der Interviewphase wurde in der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (auch kurz: Kohlekommission) über Zeitpunkt und Modalitäten eines Ausstiegs aus der Kohleverstromung und damit das Ende der Braunkohleförderung verhandelt. Für die Beschäftigten der Braunkohleförderung in der Lausitz war dies selbstverständlich ein drängendes Thema, das mit großer Aufmerksamkeit, aber eben auch mit großer Sorge und Skepsis verfolgt wurde (siehe Kapitel 6.3).

So berichtet eine Mitarbeiterin des Braunkohlebergbaus in der Lausitz über ihre Einschätzung der Region: „Unsicherheit bei vielen Leuten, wie es weitergeht“ (Lausitz, 31–40, w, aktuell Montanindustrie, SPD). Ein anderer meint: „Es droht schlimmer zu werden, wenn die Kohle wegfällt. Es gibt schon seit Jahren Ängste“ (Lausitz, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, Linke). Eine jüngere Befragte berichtet von den Wirkungen der unklaren Zukunftsperspektiven: „Unsicherheiten bestehen. Wird schon überlegt, ob man den nächsten Schritt geht. Ob man sich ein Haus baut oder kauft oder sich die Option offenhält da wegzugehen. Oder nimmt man in Kauf, weitere Strecken zu fahren? Die Ängste und Sorgen sind da und sind jeden Tag präsent“ (Lausitz, 18–30, w, aktuell Montanindustrie, SPD). Diese Sorgen und Unsicherheiten beziehen sich nicht direkt auf die eigene Berufsposition, sondern allgemeiner auf die Entwicklung der Lebensumstände in der Region.

4.2 Wege aus der Arbeitslosigkeit

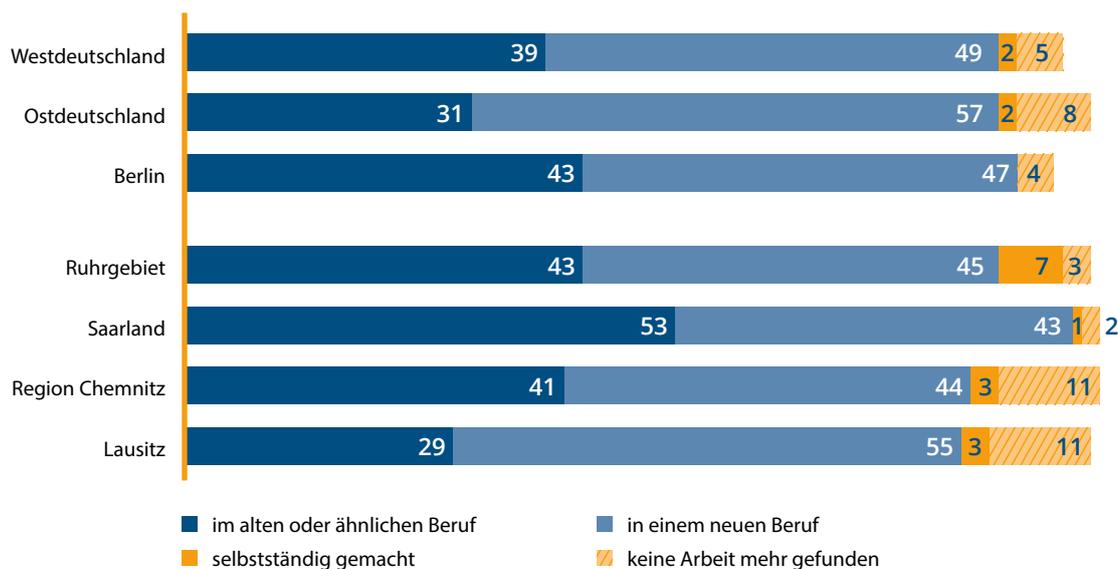
Arbeitslosigkeit ist in der Regel ein vorübergehendes Phänomen. Nur 5 Prozent der von Arbeitslosigkeit Betroffenen geben an, nach ihrer Arbeitslosigkeit keine Arbeit mehr gefunden zu haben. 94 Prozent haben dagegen nach einer kürzeren oder längeren Phase der Arbeitslosigkeit wieder eine Arbeit aufgenommen. Die Wege nach der Arbeitslosigkeit sind aber unterschiedlich und sagen auch etwas aus über die Möglichkeiten, die eine regionale Wirtschaft bietet oder nicht bietet.

37 Prozent der von einer Arbeitslosigkeit Betroffenen arbeiten nach ihrer Arbeitslosigkeit wieder in ihrem alten oder einem ähnlichen Beruf. Dies gilt deutlich häufiger für die Menschen in Westdeutschland (39 Prozent) als für die Menschen in Ostdeutschland (31 Prozent). Zwischen den Regionen zeigen sich dabei noch einmal deutliche Unterschiede. In der Region Chemnitz arbeiten 41 Prozent nach der Arbeitslosigkeit wieder in ihrem alten Beruf. In der Lausitz konnten dagegen nur 29 Prozent wieder eine Anstellung in ihrem alten Beruf finden. Im Ruhrgebiet und im Saarland konnten die

Menschen, ähnlich wie in der Region Chemnitz, zu höheren Anteilen eine Anstellung in ihrem alten oder einem ähnlichen Beruf finden als im westdeutschen Durchschnitt.

Abbildung 7: Art des Arbeitsplatzes nach Arbeitslosigkeit

Haben Sie nach Ihrer Arbeitslosigkeit in Ihrem alten Beruf wieder eine Anstellung gefunden oder haben Sie danach in einem neuen Beruf gearbeitet?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 1.135 Befragte (nur Befragte mit Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie). Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe.

Von den Menschen, die nach der Arbeitslosigkeit eine neue Anstellung angenommen haben, ist nur ein kleiner Teil für die Arbeit umgezogen (ohne Abbildung). 17 Prozent geben an, für die neue Arbeitsstelle den Wohnort gewechselt zu haben. Dies kommt bei Menschen, die heute in Westdeutschland leben, mit 20 Prozent häufiger vor als bei Menschen, die aktuell in Ostdeutschland leben (6 Prozent). Im Ruhrgebiet und im Saarland geben jeweils 11 Prozent der befragten ehemals Arbeitslosen an, für ihre neue Anstellung umgezogen zu sein, während in Westdeutschland insgesamt mit 20 Prozent deutlich mehr Menschen für ihre Anstellung nach der Arbeitslosigkeit umgezogen sind. In der Lausitz sind mit 9 Prozent mehr Menschen nach einer Arbeitslosigkeit für eine neue Anstellung umgezogen als im ostdeutschen Durchschnitt (6 Prozent). In der Region Chemnitz sind es mit 4 Prozent weniger. Insgesamt ist aber ein Umzug für eine neue Stelle nach der Arbeitslosigkeit die Ausnahme.⁵

Recht weit verbreitet sind dagegen Weiterbildungen während der Arbeitslosigkeit. 42 Prozent aller Befragten haben nach ihrer ersten Ausbildung eine Weiterbildung gemacht. Bei Menschen mit Arbeitslosigkeitserfahrung liegt der Anteil mit 47 Prozent etwas höher. Ostdeutsche haben zu höheren Anteilen eine Weiterbildung gemacht als Westdeutsche, aber insbesondere haben sich Ostdeutsche während einer Arbeitslosigkeit weitergebildet. Von den Westdeutschen, die eine Zeit lang arbeitslos waren, haben 18 Prozent während ihrer Arbeitslosigkeit eine Weiterbildung gemacht. Bei den Ost-



deutschen ist der entsprechende Anteil bei 36 Prozent. In den Kohleregionen sind die Anteile von Arbeitslosen, die während der Arbeitslosigkeit eine Weiterbildung machen, allerdings nicht höher als der Durchschnitt des jeweiligen Landesteils.

Nur eine kleine Minderheit entscheidet sich, die Arbeitslosigkeit durch eine Selbstständigkeit zu beenden. Da nur wenige Befragte diese Strategie aus der Arbeitslosigkeit heraus gewählt haben, lassen sich mit den sehr kleinen Fallzahlen keine Unterschiede zwischen den untersuchten Regionen identifizieren. Selbstständigkeit als Berufsform insgesamt unterscheidet sich etwas zwischen Ost- und Westdeutschland. Unter den befragten Berufstätigen gibt es 11 Prozent Selbstständige. In Westdeutschland sind es mit 12 Prozent etwas mehr als in Ostdeutschland mit 8 Prozent. Saarland, Ruhrgebiet, Lausitz und die Region Chemnitz unterscheiden sich nicht von diesem Muster. Ein Trend zur Selbstständigkeit als Reaktion auf einen schwierigen lokalen Arbeitsmarkt lässt sich zumindest in den hier untersuchten Strukturwandelregionen nicht identifizieren.

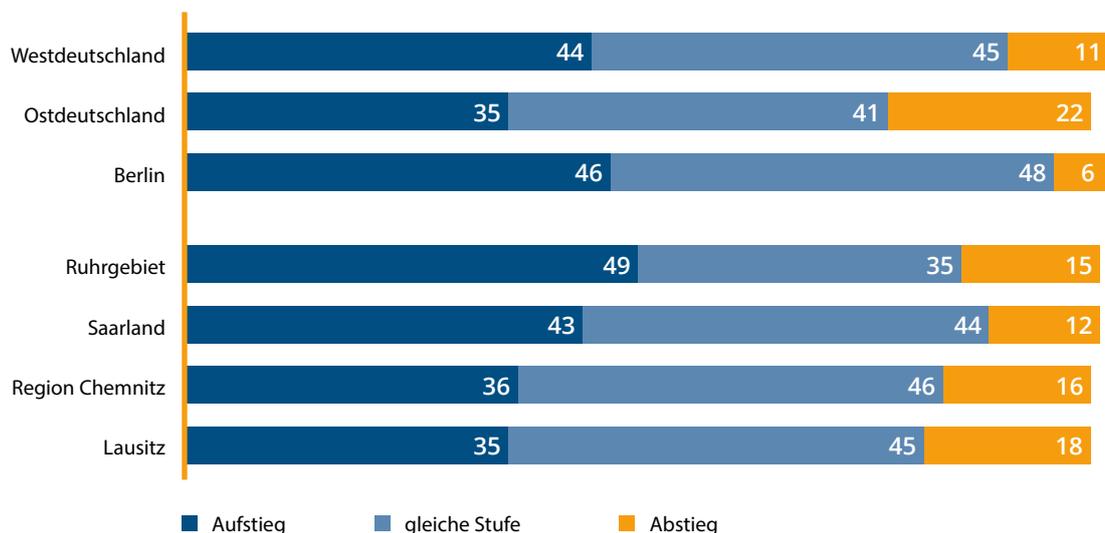
4.3 Nach der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit selbst ist für viele Menschen ein einschneidendes, negatives Erlebnis. Doch kommt die große Mehrheit nach einer gewissen Zeit wieder in Arbeit. Für die Einschätzung dieses Prozesses ist aber entscheidend, wie sich die Arbeitssituation nach der Arbeitslosigkeit darstellt, ob sich also die Menschen beruflich verschlechtert haben, das Niveau ihres Arbeitsplatzes halten oder sich möglicherweise sogar verbessern konnten. Die Befragten mit Arbeitslosigkeit in ihrer beruflichen Laufbahn sollten beurteilen, ob ihre Anstellung nach der Arbeitslosigkeit im Vergleich zur vorherigen Anstellung ein Aufstieg oder ein Abstieg war oder ob sie auf gleicher Stufe eine Anstellung angenommen haben.⁶

Das Ergebnis ist zunächst überraschend. Nur in recht wenigen Fällen ist mit der Anstellung nach der Arbeitslosigkeit ein Abstieg verbunden. 13 Prozent der von Arbeitslosigkeit Betroffenen geben an, ihre Anstellung nach der Arbeitslosigkeit war im Vergleich zur Anstellung vor der Arbeitslosigkeit ein Abstieg. In Ostdeutschland ist ihr Anteil mit 22 Prozent deutlich höher als in Westdeutschland, wo nur 11 Prozent von einem Abstieg reden. Auf der anderen Seite sind 42 Prozent der Ansicht, ihre Anstellung nach der Arbeitslosigkeit sei ein Aufstieg im Vergleich zum vorherigen Arbeitsplatz. In Westdeutschland sind mit 44 Prozent wiederum mehr Befragte der Ansicht, sie seien aufgestiegen, als in Ostdeutschland, wo 35 Prozent dieser Ansicht sind. In beiden Landes-teilen gibt es aber deutlich mehr Aufsteiger als Absteiger.

Abbildung 8: Auf- und Abstieg nach Arbeitslosigkeit

War die Anstellung nach der Arbeitslosigkeit im Vergleich zur vorherigen Anstellung ein Aufstieg, ein Abstieg oder auf der gleichen Stufe?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 942 Befragte (nur Befragte mit Anstellung nach einer Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie). Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe.

Für die vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen ließe sich nun vermuten, dass Aufstiege seltener und Abstiege häufiger sind. Dies ist aber nicht der Fall. Im Saarland entsprechen die Einschätzungen zu Aufstiegen und Abstiegen in der Häufigkeit der Verteilung in Westdeutschland insgesamt. Im Ruhrgebiet zeigt sich dagegen eine leichte Spreizung. Einerseits gibt es etwas mehr Aufstiege, andererseits auch etwas mehr Abstiege.

Die Region Chemnitz und die Lausitz unterscheiden sich bei den Aufstiegen nicht von Ostdeutschland insgesamt. Allerdings sind Abstiege in den beiden Regionen etwas seltener als im ostdeutschen Durchschnitt. In Hinblick auf Aufstiege und Abstiege für die Anstellung nach einer Arbeitslosigkeit zeigen sich keine besonders negativen Effekte in den vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen.

Neben der Frage nach Aufstieg und Abstieg zielt eine zweite Frage auf die Zufriedenheit mit der beruflichen Situation nach der Arbeitslosigkeit im Vergleich zur Situation vor der Arbeitslosigkeit. In der Frage geht es zwar ebenfalls um den Beruf, sie ist aber etwas breiter gefasst und könnte beispielsweise durch Wegzeiten oder das Verhältnis zu Kollegen mit beeinflusst werden.

Eine deutliche Mehrheit der Befragten gibt an, mit der beruflichen Situation nach der Arbeitslosigkeit zufriedener zu sein als mit der Situation bei der Anstellung zuvor. 64 Prozent sagen, sie seien nach der Arbeitslosigkeit zufriedener als mit dem vorherigen Arbeitsplatz. Weitere 23 Prozent sehen keinen Unterschied oder ähnlich viele Vorteile wie Nachteile. Lediglich 12 Prozent sind weniger zufrieden. Befragte in West-

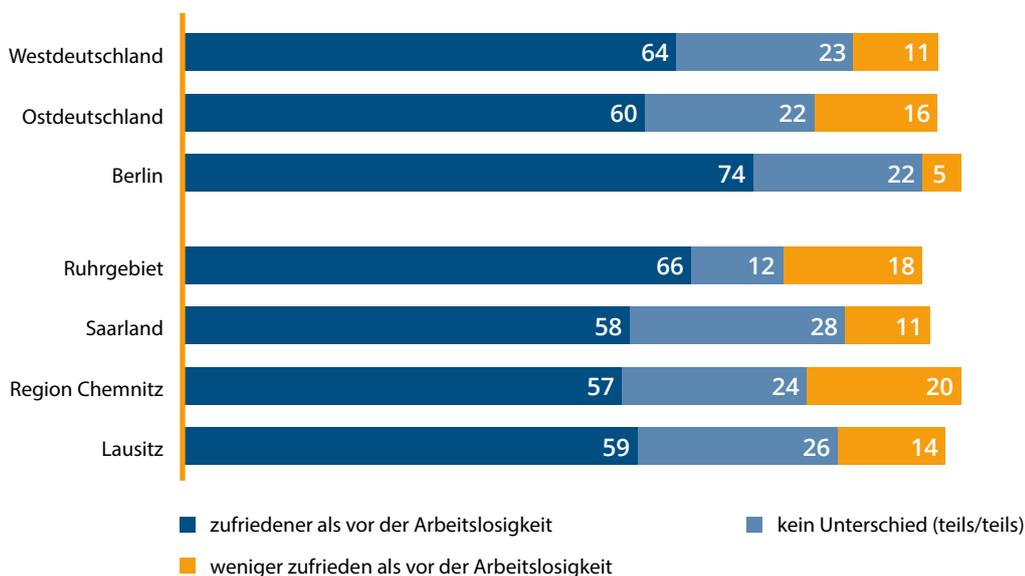


deutschland sind etwas zufriedener als Befragte in Ostdeutschland, allerdings sind die Unterschiede gering. 11 Prozent von Unzufriedenen in Westdeutschland stehen 16 Prozent von Unzufriedenen in Ostdeutschland gegenüber.

Im Ruhrgebiet sehen die Menschen sowohl etwas häufiger eine Verbesserung als auch eine Verschlechterung. Die Mittelkategorie, bei der die Befragten keinen Unterschied erkennen, wird dagegen seltener gewählt als in Westdeutschland insgesamt. Mit dem Arbeitsplatz nach der Arbeitslosigkeit entwickelt sich die berufliche Situation für die Menschen etwas stärker auseinander als sonst in Westdeutschland, was auch schon bei den Auf- und Abstiegen zu sehen war. Im Saarland gibt es etwas weniger Befragte, die mit ihrer beruflichen Situation nach der Arbeitslosigkeit zufriedener sind. Sie sehen etwas häufiger keinen Unterschied, während der Anteil von weniger zufriedenen Befragten im Saarland genauso groß ist wie in Westdeutschland insgesamt. Im Saarland ist der Verlauf für die Menschen nach der Arbeitslosigkeit also etwas ungünstiger als sonst in Westdeutschland. Dennoch gilt für alle westdeutschen Regionen, dass jeweils rund 60 Prozent der Befragten zufriedener sind.

Abbildung 9: Zufriedenheit mit der Berufssituation nach Arbeitslosigkeit

Sind/Waren Sie mit Ihrer beruflichen Situation nach der Arbeitslosigkeit zufriedener oder weniger zufrieden als vor der Arbeitslosigkeit?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 998 Befragte (nur Befragte mit Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie). Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe.

In der Lausitz und der Region Chemnitz sind ähnlich viele Menschen zufriedener mit ihrer beruflichen Situation nach der Arbeitslosigkeit als vorher. In der Region Chemnitz geben 57 Prozent an, zufriedener zu sein, in der Lausitz sind es 59 Prozent. Der Unterschied zum Durchschnitt in Ostdeutschland (60 Prozent) ist gering. Der Anteil von weniger Zufriedenen ist in der Lausitz mit 14 Prozent etwa genauso hoch wie im übrigen Ostdeutschland (16 Prozent), während er in der Region Chemnitz mit 20 Prozent etwas

höher liegt. Bei der Zufriedenheit mit der beruflichen Situation nach einer Arbeitslosigkeit sind die Umstände in der Region Chemnitz etwas ungünstiger als im Durchschnitt des Landesteils, aber eine insgesamt schwierigere Lage in den Strukturwandelregionen lässt sich nicht erkennen.

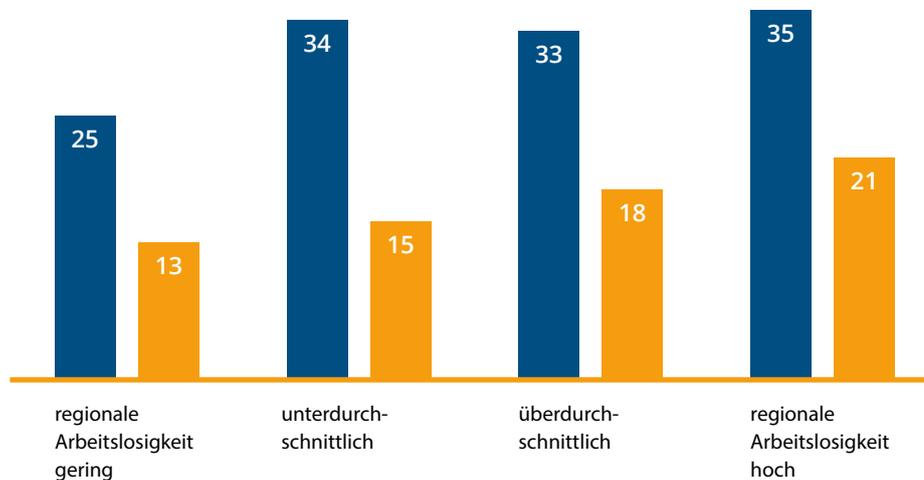
4.4 Berufswege und Strukturwandel

Der Vergleich der Regionen, die in unterschiedlicher Weise durch die Kohleförderung geprägt sind, hat ein weniger eindeutiges Ergebnis erbracht, als zunächst zu erwarten war. So ist die Erfahrung von Arbeitslosigkeit als Teil der Berufsbiografie in den Strukturwandelregionen nicht deutlich häufiger als in den übrigen Teilen des Landes. Ostdeutschland unterscheidet sich sehr deutlich von Westdeutschland, was angesichts der Transformation kaum überrascht. Doch innerhalb Westdeutschlands waren die Menschen im Ruhrgebiet oder im Saarland nicht überdurchschnittlich häufig in ihrem Berufsleben arbeitslos. Im Vergleich der Lausitz und der Region Chemnitz mit dem Rest von Ostdeutschland sieht es ähnlich aus.

Der Ausstieg aus der Kohleförderung scheint in den Regionen weniger einschneidend zu sein, als es zunächst anzunehmen war. Auch in anderen Teilen Deutschlands findet Strukturwandel statt und große Arbeitgeber sind verschwunden. Gleichzeitig ergriff die Politik in den Kohleregionen zahlreiche Maßnahmen, um den Wegfall der Arbeitsplätze zu kompensieren. Diese Maßnahmen scheinen tatsächlich die Folgen des Strukturwandels soweit gedämpft zu haben, dass es keine fundamentalen Unterschiede zu den anderen Landesteilen gibt.

Im Vergleich aller deutschen Kreise ist nur in Kreisen mit besonders niedriger Arbeitslosigkeit die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie seltener verbreitet als in den übrigen Kreisen. Die besonders günstigen regionalen Arbeitsmärkte sind die Ausnahme, nicht die besonders ungünstigen. Das Viertel der Befragten in Deutschland, das in den Kreisen mit der niedrigsten Arbeitslosenquote lebt, hat in seinem Leben seltener Arbeitslosigkeit erlebt als die Befragten in anderen Kreisen. Die Befragten aus den übrigen drei Vierteln der Kreise unterscheiden sich dagegen in dieser Hinsicht nicht. Auch das Erleben einer Arbeitslosigkeit von mehr als sechs Monaten ist nur in dem Viertel der Kreise mit der höchsten Arbeitslosigkeit etwas häufiger, während die Befragten aus den anderen drei Vierteln der Kreise zu jeweils gleichen Anteilen in ihrem Erwerbsleben länger als sechs Monate arbeitslos waren.⁷

Abbildung 10: Erfahrung mit Arbeitslosigkeit und sicherer Arbeitsplatz



- Waren Sie in Ihrem Berufsleben arbeitslos? Hier: Ja.
- Glauben Sie, dass Ihr Arbeitsplatz sicher ist? Hier: Nein.

Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. Arbeitslosigkeit: 3.540 Befragte (nur Befragte mit Erwerbstätigkeit in ihrer Biografie). Arbeitsplatzsicherheit: 2.406 Befragte (nur Befragte in Erwerbstätigkeit).

Die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz ist dagegen in Kreisen mit höherer Arbeitslosigkeit weiter verbreitet als in Kreisen mit geringerer Arbeitslosigkeit. Dieser Befund mag wenig überraschen, hier gibt es aber nicht den Stufeneffekt, der bei der tatsächlichen Erfahrung mit Arbeitslosigkeit zu beobachten ist. Vielmehr nimmt die Sorge um den Arbeitsplatz schrittweise mit einer ungünstigeren regionalen Arbeitsmarktsituation zu.

Der größte Teil von Menschen, die in ihrem Berufsleben arbeitslos wurden, hat danach wieder eine Anstellung gefunden. Die Hälfte der Betroffenen musste dafür ihren Beruf wechseln. In Ostdeutschland mussten mehr Menschen den Beruf wechseln, um wieder eine Anstellung zu finden. Auch Weiterbildungen haben die Ostdeutschen häufiger genutzt, insbesondere um nach einer Arbeitslosigkeit wieder eine Anstellung zu finden. Der Strukturwandel nach der Wende schlägt sich in den Berufsbiografien deutlich nieder.

Zwischen ehemaligen Kohleregionen und anderen Teilen Deutschlands sind dagegen keine deutlichen Unterschiede zu erkennen. Eher sind Berufswechsel etwas seltener als im Durchschnitt der jeweiligen Landesteile. Berufswechsel sind häufiger bei Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen und längerer Arbeitslosigkeit. Regionen mit einer geringeren Arbeitslosigkeit begünstigen einen Berufswechsel. Dies scheinen Regionen zu sein, die Alternativen bieten und deshalb für den Fall der Arbeitslosigkeit in anderen Berufen Alternativen bieten können. Nach einer Arbeitslosigkeit eine Anstellung im selben Beruf zu finden, war dagegen eher für Menschen in Westdeutschland und nach kürzerer Arbeitslosigkeit möglich.⁸

Selbstständigkeit ist in allen Regionen Deutschlands ein selten gewählter Weg aus der Arbeitslosigkeit. Nur ein kleiner Teil der Befragten berichtet, sich aus der Arbeitslosigkeit heraus selbstständig gemacht zu haben.

Die rückblickende Beurteilung des beruflichen Weges nach einer Arbeitslosigkeit überrascht. Die Menschen betrachten zu großen Teilen ihre berufliche Entwicklung nach der Arbeitslosigkeit als einen Aufstieg, viele auch als einen Verbleib auf gleicher Stufe. Dagegen ist es nur eine Minderheit, die ihre Anstellung nach der Arbeitslosigkeit als Abstieg sieht. Einen Abstieg berichten etwas mehr Menschen in der Lausitz als in den übrigen Regionen.

Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Anstellung nach der Arbeitslosigkeit fällt sehr einhellig aus. In allen Regionen ist eine Mehrheit mit der beruflichen Situation nach einer Arbeitslosigkeit zufriedener als mit der Situation vor der Arbeitslosigkeit. Etwas häufiger sind Befragte im Ruhrgebiet und in der Region Chemnitz weniger zufrieden mit ihrer beruflichen Situation nach der Arbeitslosigkeit als zuvor, doch auch in diesen Regionen handelt es sich um eine kleine Minderheit. Diese Zufriedenheit geht durch alle Bevölkerungsgruppen und ist lediglich bei Älteren etwas häufiger anzutreffen als bei Jüngeren.

Die Betrachtung von Berufsbiografien im Kontext von Strukturwandel mittels einer Querschnittsbefragung ist eine spezifische Blickrichtung. Aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen werden durch die Beschäftigungsstatistik oder andere wirtschaftliche Kennzahlen besser abgebildet (vgl. Kapitel 3). Die Bevölkerungsbefragung zeigt dagegen, in welcher Weise die Menschen über ihre Berufsbiografie hinweg mit Brüchen konfrontiert waren und ob sich diese in bestimmten Regionen unterschiedlich darstellen. Aus diesem Blickwinkel wird der fundamentale Umbruch in Ostdeutschland von der staatlich gelenkten Wirtschaft zur Marktwirtschaft mit den heftigen Verwerfungen der Transformation sehr deutlich. Weitere Umbrüche, wie der Ausstieg aus der Kohleförderung, zeigen sich nicht in gleicher Weise in den Berufsbiografien der Menschen, die in den Regionen leben. Dafür dürften zwei Faktoren entscheidend sein. Zum einen laufen permanent wirtschaftliche Strukturveränderungen ab. Somit ist ein erheblicher Teil der Bevölkerung im Laufe des Berufslebens davon betroffen, findet aber sehr oft nach einer Phase der Umstellung auch wieder in das Berufsleben hinein, gegebenenfalls in einer anderen, aber oftmals sogar besseren Konstellation. Zum anderen dürfte räumliche Mobilität eine Rolle spielen. Dieser Aspekt ist deutlich von nachrangiger Bedeutung, denn nur rund jeder Achte gibt an, für eine Arbeit nach der Arbeitslosigkeit den Wohnort gewechselt zu haben. Hinzu kommen Menschen, die angesichts sich ankündigender Arbeitslosigkeit den Wohnort wechseln und nahtlos eine neue Arbeit aufnehmen.⁹ Beide Faktoren zusammen scheinen zu einem regionalen Ausgleich bei der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie zu führen.



- 1 Die in der Befragung festgestellten 31 Prozent der Befragten, die aktuell arbeitslos sind oder es in der Vergangenheit waren, dürften das Phänomen unterschätzen. Arbeitslose haben eine geringere Neigung, an Befragungen teilzunehmen. Außerdem ist in der Befragung nur die wahlberechtigte Bevölkerung erfasst, während bei Ausländern die Arbeitslosigkeit tendenziell etwas höher ist.
- 2 Nicht näher ausgewiesen und diskutiert sind jeweils einzelne Prozent der Befragten, die keine Antwort geben konnten oder wollten. Nur bei Fragen, auf die ein größerer Anteil (über 6 Prozent) keine Antwort gegeben hat, wird darauf eingegangen.
- 3 Die Wahrscheinlichkeit, in der Berufsbiografie arbeitslos und länger arbeitslos gewesen zu sein, ist offensichtlich unter anderem vom Alter abhängig. Unter statistischer Kontrolle des Alters der Befragten bleiben bei der Arbeitslosigkeitserfahrung die Unterschiede zwischen den westdeutschen Regionen (Ruhrgebiet und Saarland) und dem Rest Westdeutschlands signifikant, während es bei den ostdeutschen Regionen keine signifikanten Unterschiede zum Rest Ostdeutschlands gibt.
- 4 Die Information über die befragte Person bedeutet: derzeit wohnhaft im Saarland, 61–75 Jahre alt, weiblich, arbeitet bzw. arbeitete nicht in der Montanindustrie, Wahlabsicht bei einer Bundestagswahl am kommenden Sonntag: Linke. Es handelt sich um Originalzitate aus den Interviews, die wir im Wortlaut wiedergeben, und die daher grammatikalisch nicht immer richtig sind.
- 5 In der Befragung der Konrad-Adenauer-Stiftung gibt es keine Anzeichen, dass Personen weiter pendeln müssen, wenn sie nach der Arbeitslosigkeit in ihrem alten Beruf wieder eine Anstellung gefunden haben. Diese Frage lässt sich allerdings mit dem vorliegenden Material nur sehr eingeschränkt untersuchen.
- 6 Diese Frage zielt bewusst auf eine Selbsteinschätzung. Es ließen sich auch von außen Kriterien für Auf- und Abstieg anlegen, etwa Gehalt oder Qualifikationsstufe der Anstellung. Es hat sich aber gezeigt, dass die Beurteilung von außen und die Selbsteinschätzung durchaus divergieren können (Roose 2017). Vermutlich gehen in die Selbsteinschätzung individuelle Kriterien und eine komplexere Abwägung ein.
- 7 Hinter dem Unterschied zwischen dem Viertel der Kreise mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit und den übrigen Kreisen verbirgt sich auch ein Ost-West-Unterschied. Die Kreise mit der sehr niedrigen Arbeitslosenquote sind ausnahmslos in Westdeutschland, während sich die Kreise mit den höheren Arbeitslosenquoten auf West- und Ostdeutschland verteilen.
- 8 Die Höhe der Arbeitslosigkeit in der Region scheint für die Chance, im selben Beruf nach der Arbeitslosigkeit eine neue Anstellung zu finden, nicht die entscheidende Rolle zu spielen. Wem es gelingt, im selben Beruf wieder eine Anstellung zu finden, bewegt sich offensichtlich in einem Arbeitsmarktsegment, das in der Region nicht durchgängig von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Wer hingegen vor der Arbeitslosigkeit in einem Bereich gearbeitet hat, der in der Region in die Krise gekommen ist und damit auch die Höhe der regionalen Arbeitslosigkeit beeinflusst, hat schlechtere Aussichten, im selben Beruf wieder eine Anstellung zu finden.
- 9 Diese Personen wurden in der Umfrage nicht gesondert erfasst. In der Befragung sind allerdings Zugezogene in den Regionen mit besonders niedriger Arbeitslosigkeit etwas häufiger als in den übrigen Regionen.

5

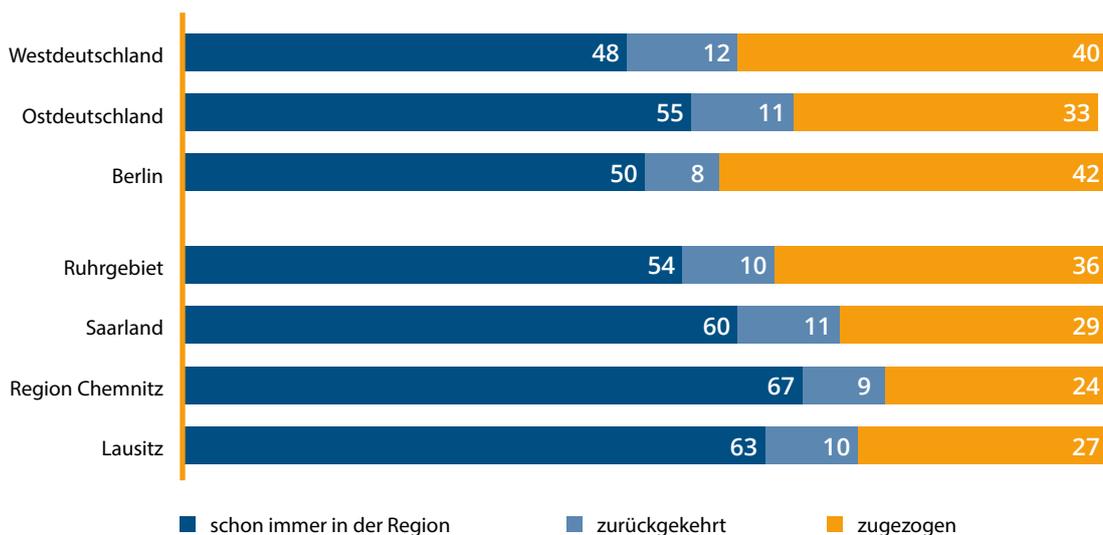
Region und Heimat

Wirtschaftlicher Strukturwandel und Veränderungen auf dem regionalen Arbeitsmarkt werfen für die Menschen zunächst einmal Fragen auf nach der Sicherheit des Arbeitsplatzes oder den Aussichten, aus einer Arbeitslosigkeit heraus einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Doch die Bedeutung geht über das Wirtschaftliche hinaus. Die Menschen leben eben nicht nur in einer wirtschaftlichen Region, sondern in einer Heimat. Dem Thema Strukturwandel nähert sich dieses Kapitel aus einer zweiten Richtung: dem Blick auf die Region als Heimat.

5.1 Heimatverbundenheit

Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland wohnt in der Region, in der sie schon immer gewohnt hat. Rund 60 Prozent leben aktuell in der Region, in der sie schon immer wohnten. Davon hat jeder Fünfte zwischenzeitlich in einer anderen Region gelebt und ist dann wieder zurückgezogen. Dauerhafte Wechsel von einer Region in eine andere sind in Westdeutschland etwas häufiger als in Ostdeutschland.

Abbildung 11: Wohndauer in der Region
Welche Option trifft auf Sie am ehesten zu?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.



In allen vier Kohleregionen sind die Zuzüge unterdurchschnittlich im Vergleich zum jeweiligen Landesteil. Während in Westdeutschland insgesamt 40 Prozent der Befragten aus einer anderen Region zugezogen sind und weitere 12 Prozent zwischenzeitlich in einer anderen Region gelebt haben, aber zurückgekommen sind, finden sich im Ruhrgebiet etwas weniger und im Saarland deutlich weniger Zugezogene bei einem ähnlich hohen Anteil an Rückkehrern. In der Lausitz ist der Anteil an Zugezogenen mit 27 Prozent etwas niedriger als im ostdeutschen Durchschnitt (33 Prozent). In der Region Chemnitz sind anteilig noch weniger Menschen zugezogen (24 Prozent) und auch Rückkehrer gibt es nicht mehr als im ostdeutschen Durchschnitt.

Die Heimatverbundenheit der Menschen zeigt sich auch in der Frage, ob ein Umzug für einen besseren Arbeitsplatz denkbar wäre. Fast zwei Drittel können es sich nicht vorstellen, für einen attraktiveren Arbeitsplatz in eine andere Region zu ziehen.

Abbildung 12: Heimatbindung und Umzugsbereitschaft

Würden Sie für einen attraktiveren Arbeitsplatz aus der Region wegziehen? Hier: Nein.



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: Ja, weiß nicht, keine Angabe.

Dabei sind die Ostdeutschen noch etwas heimatverbundener als die Westdeutschen. In Ostdeutschland geben 75 Prozent an, nicht für einen attraktiveren Arbeitsplatz aus der Region wegziehen zu wollen. In Westdeutschland sind es mit 59 Prozent etwas weniger, doch auch hier will eine Mehrheit die Region nicht verlassen. Menschen, die in eine andere Region gezogen sind, haben eine höhere Bereitschaft, noch einmal für einen attraktiveren Arbeitsplatz umzuziehen. Der Ost-West-Unterschied dürfte auch damit zusammenhängen, dass nach der Wende und den Schwierigkeiten der Transformation bereits viele Ostdeutsche nach Westdeutschland gegangen sind und damit ein höherer Anteil im Osten geblieben ist, die sich einen Umzug aus ihrer Region nicht vorstellen können. Besonders niedrig ist die Umzugsbereitschaft dagegen bei jenen, die zwischenzeitlich in einer anderen Region gelebt haben, aber zurückgekommen sind.

Die Kohleregionen unterscheiden sich nicht deutlich vom jeweiligen Landesdurchschnitt. Im Ruhrgebiet ist die Ablehnung eines Umzugs mit 58 Prozent ebenso groß wie im westdeutschen Durchschnitt, im Saarland ist die Ablehnung mit 64 Prozent nur etwas höher. In der Lausitz lehnen 70 Prozent einen Umzug für einen attraktiveren Arbeitsplatz ab und damit etwas weniger als im ostdeutschen Durchschnitt (75 Prozent). In der Region Chemnitz liegt der Wert mit 76 Prozent auf dem gleichen Niveau wie in Ostdeutschland insgesamt.

Die Identifikation mit der eigenen Region ist weit verbreitet. Bei der Verbundenheit mit der eigenen Stadt oder Gemeinde auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht verbunden) bis 10 (sehr stark verbunden) entscheidet sich knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) für einen Wert von 8 oder höher. Wiederum ist die Identifikation mit der eigenen Stadt oder Gemeinde in Ostdeutschland etwas höher als in Westdeutschland.

Bei der Frage nach dem Stolz auf die eigene Stadt oder Gemeinde zeigt sich ein sehr ähnliches Bild. Hier wählen knapp die Hälfte (45 Prozent) die Werte 8 bis 10, wobei 10 für „sehr stolz“ steht. In Westdeutschland entscheiden sich 43 Prozent für diese hohen Werte, während es in Ostdeutschland mit 53 Prozent etwas mehr sind.

Einen deutlichen Unterschied zwischen den Kohleregionen und dem Rest des jeweiligen Landesteils gibt es weder bei der Verbundenheit mit der eigenen Stadt oder Gemeinde noch beim Stolz. Heimatverbundenheit ist überall in Deutschland verbreitet. Nur rund 5 Prozent geben an, sich kaum oder gar nicht der eigenen Stadt oder Gemeinde verbunden zu fühlen (Skalenwerte 0 bis 2).

In den Tiefeninterviews tritt die Selbstverständlichkeit von Heimatverbundenheit klar zutage. „Man ist gerne woanders, aber man ist auch gerne wieder zurück. Man freut sich wieder darauf, zu Hause zu sein“ (Lausitz, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, Linke). Der Ort der Kindheit spielt dabei eine besondere Rolle: „Wenn man hier groß geworden ist, dann kennt man das Umfeld. So sollte es sein. Wenn man woanders hinfährt, ist es auch woanders schön, aber zuhause ist es immer am Schönsten“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, FDP). „Es ist ideal. Ich möchte nicht woanders leben. (...) Ich bin hier geboren und möchte hier zu Grabe getragen werden“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, CDU).

Für die Verwurzelung in der Heimat spielt die Familie eine große Rolle. „Man ist verbunden mit den Wurzeln. Meine Eltern sind auch hier geboren, haben immer hier gelebt“ (Ruhrgebiet, 41–50, w, ehemals Montanindustrie, AfD). Die Familie ist auch ein Grund, nach einem Wegzug zurückzukehren. Eine Saarländerin berichtet: „Bin in [Ortsname] aufgewachsen und bin auch dort geblieben. Man hat eine Wohnung familiennah gesucht. Habe dann aber schon mehrere Stationen gemacht, je nachdem in welcher Beziehung man war. (...) Und über [anderer Ortsname] wieder zurück hier in die Gegend gezogen. (...) Damit es familiennah ist“ (Saarland, 41–50, w, nicht Montanindustrie, Linke). Eine Befragte aus der Region Chemnitz begründet ihre Rückkehr in die Region ganz ähnlich: „Weil meine Familie hier ist. Ich war ja auch in den alten Bundesländern. Dann ist es nicht schön, dass die Familie so weit weg ist“ (Region Chemnitz, 41–50, w, aktuell Maschinenbau, Nichtwählerin).



Für andere sind es stattdessen oder zusätzlich auch die Freunde. „Die Menschen natürlich. Es ist halt Heimat“ (Region Chemnitz, 31–40, w, nicht Maschinenbau, SPD). „Ich fühle mich hier auch wohl. Hier lebt meine ganze Familie, hier leben meine Freunde“ (Ruhrgebiet, 18–30, m, nicht Montanindustrie, Nichtwähler). Ein anderer Befragter aus dem Ruhrgebiet berichtet, bei welchen Gelegenheiten er den Zusammenhalt in seiner Region spürt: „Wenn man aus dem Haus geht, trifft man immer jemanden, den man kennt. Man kann dann immer miteinander reden. Früher haben wir gemeinsam Fußball gespielt und gefeiert“ (Ruhrgebiet, 61–75, m, ehemals Montanindustrie, SPD).

In den Tiefeninterviews zeigt sich, wie die sozialen Bindungen die Menschen in ihrer Region verwurzeln. Dies zeigt sich besonders deutlich bei jenen, die an dem Ort ihrer Kindheit leben. Doch auch für die Zugezogenen sind Freunde und Familie wichtig. Die Menschen vor Ort sind der wichtigste Ankerpunkt für das Heimatverständnis. Allerdings, wie der nächste Abschnitt zeigt, nicht der einzige.

5.2 Leben in der Region

In den Tiefeninterviews wurden die Befragten gebeten, die Vor- und Nachteile ihrer Region zu beschreiben – eine Aufgabe, die den Befragten leichtfiel. Praktisch alle Befragten verbinden etwas Positives mit der Region, in der sie leben.

Neben der Familie und den Freunden ist das vor allem der angenehme Umgang miteinander. „Die Menschen sind aufgeschlossen und nett“ (Lausitz, 31–40, m, nicht Montanindustrie, AfD). Ein Saarländer beschreibt seine Heimat so: „Nette Leute auf jeden Fall. Man hat doch noch mehr mit den Leuten zu tun im Saarland. (...) Jeder kennt jeden im Saarland. (...) Geht alles immer meistens relativ harmonisch zu“ (Saarland, 18–30, m, nicht Montanindustrie, sonstige Partei). „Am liebsten mag ich hier die Menschen. Die sind freundlich und aufgeschlossen“ (Region Chemnitz, 31–40, w, nicht Maschinenbau, AfD).

Aufgeschlossene, hilfsbereite, verbindliche Menschen finden sich auch in den anderen Regionen. „Wenn man sich was ausleihen muss, dann machen die das sehr gerne, wenn man sich erst mal kennengelernt hat. Das hat was“ (Lausitz, 18–30, w, nicht Montanindustrie, sonstige Partei). „Der Menschenschlag ist super. (...) Man streitet sich nicht drei Jahre um einen Mist. Das wird es auch geben, aber ich kenne keinen“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, CDU). Eine andere mag die Ehrlichkeit der Menschen: „Es sind die Leute, die reden halt so, wie der Schnabel gewachsen ist, die meisten Leute, die aus dem Pott kommen. Das ist mir sehr sympathisch, so bin ich auch“ (Ruhrgebiet, 41–50, w, nicht Montanindustrie, Nichtwählerin). Die positive Einschätzung der regionalen Mentalität findet sich selbst bei Befragten, die sonst sehr negativ in die Zukunft blicken: „Man kann ja nicht nur in der Bude sitzen und aus dem Fenster gucken. Man muss ja auch mal mit anderen Leuten reden können. Das können wir Gott sei Dank in der Siedlung noch“ (Ruhrgebiet, 61–70, m, ehemals Montanindustrie, SPD).

Ähnlich viele Befragte nennen die regionale Landschaft als eine Besonderheit, die sie an ihrer Heimat schätzen. „Es gibt auch so ganz tolle Gegenden hier. Ich bin auch schon mit Leuten durch die Gegend gefahren. Die fanden die Landschaft schön“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, AfD). „Es ist sehr grün hier“, meint eine Befragte aus dem Ruhr-

gebiet (Ruhrgebiet, 51–60, w, nicht Montanindustrie, SPD). Eine Saarländerin sieht es ähnlich für ihre Region: „Landschaftlich gesehen ist es schon auf jeden Fall ein schönes Bundesland“ (Saarland, 18–30, w, nicht Montanindustrie, FDP).

Die Natur wird zum Teil unter praktischen Gesichtspunkten geschätzt, beispielsweise mit Blick auf besonders attraktive Möglichkeiten der Naherholung. „Erholungswert ist ziemlich hoch. Ich muss nicht irgendwohin fahren, wenn ich raus ins Grüne möchte. Ich kann von hier aus direkt loswandern“ (Ruhrgebiet, 51–60, w, nicht Montanindustrie, CDU). „Man ist gleich im Gebirge, man kann Ski fahren, wir haben genug Schnee im Winter. Man hat viel Grün in der näheren Umgebung, viele Wälder“ (Region Chemnitz, 51–60, m, ehemals Maschinenbau, Linke). „Wir haben so viele Erholungsgebiete, können konkurrieren mit dem Schwarzwald“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, CDU).

Die regionale Infrastruktur ist ein weiterer Aspekt, den viele bei der positiven Beschreibung ihrer Heimat hervorheben. „Man hat kurze Strecken und man ist in der Stadt. Da ist alles da“, erklärt eine Saarländerin (Saarland, 41–50, w, aktuell Montanindustrie, SPD). Eine andere verortet sich in einem etwas größeren Rahmen: „Wir sind der Mittelpunkt Europas. Ich brauche eine dreiviertel Stunde nach [Ort in der Umgebung], ich brauche eine Stunde nach Belgien, ich brauche eine halbe Stunde nach Frankreich. Ich bin wirklich so zentral gelegen, innerhalb von drei Stunden bin ich an der Nordsee“ (Saarland, 61–75, w, nicht Montanindustrie, AfD). Eine Befragte in der Lausitz betont die Vorteile für den täglichen Bedarf: „Die Städte sind aber sehr gut ausgebaut. Auch von der Infrastruktur. Auch in den kleineren Städten teilweise Supermärkte, auch von den großen Ketten da. Jeder hat das, was er für den täglichen Bedarf benötigt“ (Lausitz, 31–40, w, nicht Montanindustrie, CDU).

Andere Befragte beschäftigt das kulturelle Angebot in der Region. „Vielfalt und innerhalb kürzester Zeit in anderen Städten zu sein, ohne viel Zeit zu verlieren. Man ist in 15 Minuten in Dortmund. In 20 Minuten ist man in Essen. Man ist schnell in Köln und Düsseldorf. Man hat viele Festivitäten, es gibt viele Museen. Die gibt es mehr wie in anderen Städten“ (Ruhrgebiet, 18–30, m, nicht Montanindustrie, CDU). In der Lausitz ist die Begeisterung für das kulturelle Angebot nicht so häufig, doch auch hier findet ein Befragter besondere Vorteile der Region: „Wir haben einen schönen Tierpark. Wir haben eine Pioniereisenbahn, eine kleine Eisenbahn, die überall langfährt“ (Lausitz, 51–60, w, nicht Montanindustrie, AfD).

Die Befragten sind auch in anderer Hinsicht voll des Lobes für ihre Region. So loben einige die Universitätslandschaft. „Wir haben viele Hochschulen und Universitäten. Da entwickelt sich auch einiges“ (Ruhrgebiet, 61–70, m, ehemals Montanindustrie, SPD). „BTU [Brandenburgische Technische Universität] haben wir auch noch. Die auch viel die Region mit unterstützt und viele Studenten in die Stadt zieht“ (Lausitz, 18–30, w, aktuell Montanindustrie, SPD). Vor allem in den ostdeutschen Regionen freuen sich einige über den regionalen Wohnungsmarkt: „Finde es sehr gut, dass der Mietspiegel nicht so hoch ist. Man kann sich mit Ausbildungsgehalt eine schöne Wohnung leisten“ (Region Chemnitz, 18–30, m, nicht Maschinenbau, Linke). Andere erwähnen das Stadtbild. Im Osten freuen sich Befragte über die positive Entwicklung nach der Wende: „Zwickau hat sich ja sehr zum Positiven verändert. Im Baustil, und was da alles so gemacht worden ist. Gegenüber früher kein Vergleich mehr“ (Region Chemnitz, 61–75, w, ehemals Maschinenbau, Nichtwählerin). Ein anderer aus dem Ruhrgebiet lobt das Stadtbild



über einen Umweg: „Man kann die Schönheit in der Hässlichkeit finden. Es gibt sicherlich schönere Orte. Aber da müsste ich jetzt überlegen“ (Ruhrgebiet, 18–30, m, nicht Montanindustrie, CDU).

Den beschriebenen Vorteilen der jeweiligen Heimatregion stehen durchaus auch Nachteile gegenüber. Eine große Mehrheit der Befragten kommt auch auf Nachteile, allerdings fallen ihnen deutlich weniger Nachteile als Vorteile ein. Am häufigsten genannt wird eine schlechte Infrastruktur. In allen vier Untersuchungsregionen ist dies ein Thema. „Die Gegend ist nicht attraktiv für Menschen, die Anfahrtswege bewältigen müssen. Nicht jeder ist Autofahrer“ beklagt sich eine Befragte in der Region Chemnitz (Region Chemnitz, 51–60, w, nicht Maschinenbau, Nichtwählerin). Eine Befragte aus der Lausitz beklagt die Verkehrsdichte in den Ortschaften: „Straßenverkehr ist Problem mit den vielen LKW im Umfeld. Es wird diskutiert, dass die großen LKW durch Dörfer fahren und Anwohner protestieren“ (Lausitz, 51–60, w, nicht Montanindustrie, AfD). Im Ruhrgebiet ist der schlechte Zustand der Straßen ein Thema: „Wir haben so viele kaputte Straßen. (...) Das fängt mit der Eisenbahn an, dann die Autobahn. Die Brücken“ (Ruhrgebiet, 61–70, m, ehemals Montanindustrie, SPD).

Mit Ausnahme des Ruhrgebiets beklagen Befragte die Abwanderung aus der Region. „Es ist natürlich traurig. Auch die Abwanderungsrate, die es hier gegeben hat. Junge Leute, die einen vernünftigen Beruf gelernt haben, gehen zum größten Teil weg. Meine Kinder sind auch weg. (...) Die werden auch nicht wiederkommen“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, FDP). Besonders für die Familien sei die Abwanderung schwierig: „Und dann wird die Familie auseinandergerissen, und dann gibt es Krach. Das ist schon belastend“ (Region Chemnitz, 61–75, w, ehemals Maschinenbau, Nichtwählerin). Andere sorgen sich um den Verlust von Heimatverbundenheit, der aus den Wegzügen folgt: „Dass die im Saarland eben die Leute auswandern. (...) Dass es immer weniger junge Leute gibt, die wo der Heimat verbunden sind“ (Saarland, 61–75, m, ehemals Montanindustrie, AfD).

Der Eindruck einer besonders angenehmen Umgangsweise miteinander ist nicht ganz einhellig. Einige wenige Befragte nehmen im Gegenteil eine besonders unangenehme Umgangsweise oder allgemeine Stimmung wahr. „Ich finde, das Saarland ist sehr schwer. Sehr schwer da anzukommen. Wenig Anschluss finden können. Obwohl die Saarländer oft von sich behaupten, dass die ein sehr offenes Volk sind, sehr gastfreundlich sein sollen. Das habe ich gar nicht so wahrgenommen“ (Saarland, 18–30, w, nicht Montanindustrie, FDP). In der Lausitz antwortet einer: „Manche Leute sind hier muffig. So maulfaul“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, AfD). Andere beklagen sich über eine generell negative Stimmung. „Viele Leute sind auch ein bisschen negativ, sitzen lieber zu Hause als raus zu gehen“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, ehemals Montanindustrie, CDU). Andere bringen diese Eindrücke zusammen mit wirtschaftlichen Problemen und einem schwierigen Arbeitsmarkt. „Was zeichnet Chemnitz aus? Die Menschen gehen mit gesenkten Köpfen und haben die Nase voll. Wollen wenig von Politik wissen. Die haben eher mit sich zu tun“ (Region Chemnitz, 61–75, m, nicht Maschinenbau, SPD). Eine Befragte aus dem Ruhrgebiet berichtet von den Auswirkungen der Stellenstreichungen bei Opel auf die allgemeine Stimmung: „Einige von Opel haben wir morgens gesehen beim Einkaufen. Die waren ziemlich fertig, haben sich nicht mehr so gepflegt. Manche sind richtig abgesackt, weil die keinen anderen Job mehr bekommen haben. (...) Also ziemlich deprimierend“ (Ruhrgebiet, 51–60, w, nicht Montanindustrie, SPD).

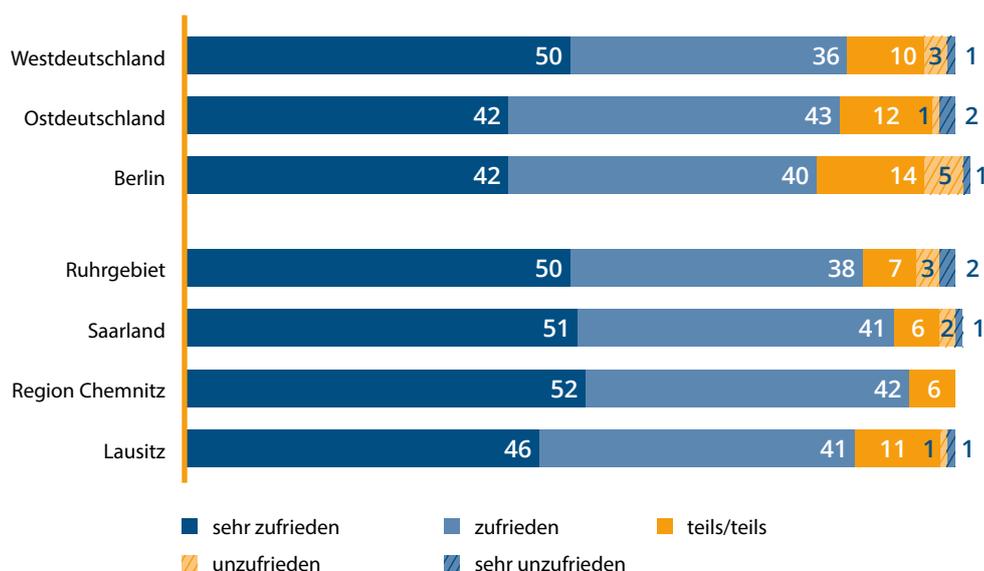
Im Stadtbild sehen auch einige einen Niedergang und Verwahrlosung. „Das bricht halt alles weg. Man hat das Gefühl, dass die Städte und Orte aussterben. Geisterstädte und Geisterdörfer. (...) Trauriges Bild“ (Saarland, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU). Und in der Region Chemnitz beschreibt es ein Befragter: „Aber auch, dass die Stadt sehr grau und trist wirkt. Dass es an jeder Ecke verlassene Häuser gibt, die in sich zusammenfallen“ (Region Chemnitz, 18–30, m, nicht Maschinenbau, Linke).

Diese eher negativen Sichtweisen auf die Heimatregion sind zum Teil Einschränkungen eines ansonsten sehr positiven Bildes, zum kleineren Teil sind es negative Gesamteinschätzungen der Region oder auch Teil einer insgesamt pessimistischen Lebensperspektive. Diese Sichtweisen sind allerdings die Ausnahme. Durchweg zeichnen die Menschen ein positives Bild ihrer eigenen Region. Sie beschreiben eine besonders schöne Natur in ihrer Region, einen besonders angenehmen Menschenschlag, eine besonders ausgeprägte Hilfsbereitschaft oder ein besonders reiches und wertvolles kulturelles Angebot in einer bemerkenswert guten Infrastruktur. Diese ganz besonderen Vorteile sind in allen Befragungsregionen besonders, zumindest in den Augen der Befragten. So wird deutlich, dass die Menschen an ihrer Heimat hängen und sie als etwas besonders Wertvolles schätzen.

Die allgemeine Zufriedenheit mit dem eigenen Wohnumfeld zeigt sich auch in der deutschlandweiten Befragung. Die Hälfte der Deutschen ist mit dem eigenen Wohnumfeld sehr zufrieden. Weitere 37 Prozent sind zufrieden. Nur eine kleine Minderheit antwortet, sie sei unzufrieden (3 Prozent) oder gar sehr unzufrieden (1 Prozent).

Abbildung 13: Zufriedenheit mit der Wohnsituation

Wenn Sie an Ihre Wohnsituation und Ihr Wohnumfeld denken, wie zufrieden sind Sie damit?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.



Die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld ist in den verglichenen Regionen Westdeutschlands sehr ähnlich. In Westdeutschland insgesamt sind 50 Prozent sehr zufrieden mit ihrem Wohnumfeld, im Saarland sind es 51 Prozent und im Ruhrgebiet ebenfalls 50 Prozent. Im ostdeutschen Durchschnitt sind mit 42 Prozent etwas weniger Befragte sehr zufrieden. Der Anteil in der Lausitz ist mit 46 Prozent etwas höher. Die Wohnzufriedenheit in der Region Chemnitz ist mit 52 Prozent deutlich höher als der ostdeutsche Durchschnitt (42 Prozent).

Neben der summarischen Zufriedenheit sollten die Befragten einschätzen, in welchem Maße Kernaspekte der Versorgung für sie zugänglich sind. Konkret ging es um die Einschätzung, in welchem Maße ein Supermarkt und ein Arzt für die Befragten erreichbar sind. Weil es mit Auto und Bus im ländlichen Raum oder Auto, öffentlichem Nahverkehr und auch öffentlichem Regionalverkehr in Deutschland ganz unterschiedliche Konstellationen gibt, sollten die Befragten einschätzen, ob ein Supermarkt bzw. ein Arzt für sie selbst sehr gut oder überhaupt nicht gut erreichbar sei.

60 Prozent der Deutschen sind der Ansicht, eine Einkaufsmöglichkeit sei für sie sehr gut erreichbar. In Ostdeutschland ist der Anteil mit 55 Prozent etwas niedriger. Im Ruhrgebiet ist mit 67 Prozent ein etwas größerer Anteil der Ansicht, eine Einkaufsmöglichkeit sei sehr gut erreichbar. Hier zeigt sich die urbane Struktur des Ruhrgebiets. In der Region Chemnitz sind dagegen nur 46 Prozent dieser Ansicht. Auch im Saarland und in der Lausitz sind nur unterdurchschnittlich viele Menschen der Ansicht eine Einkaufsgelegenheit sei sehr gut erreichbar. Vor allem Menschen in kleineren Ortschaften bis unter 5.000 Einwohner können Einkaufsmöglichkeiten weniger gut oder überhaupt nicht gut erreichen. Allerdings ist auch in diesen Orten eine deutliche Mehrheit der Ansicht, die Einkaufsmöglichkeiten seien eher gut und auch sehr gut erreichbar.

Tabelle 1: Erreichbarkeit einer Einkaufsmöglichkeit

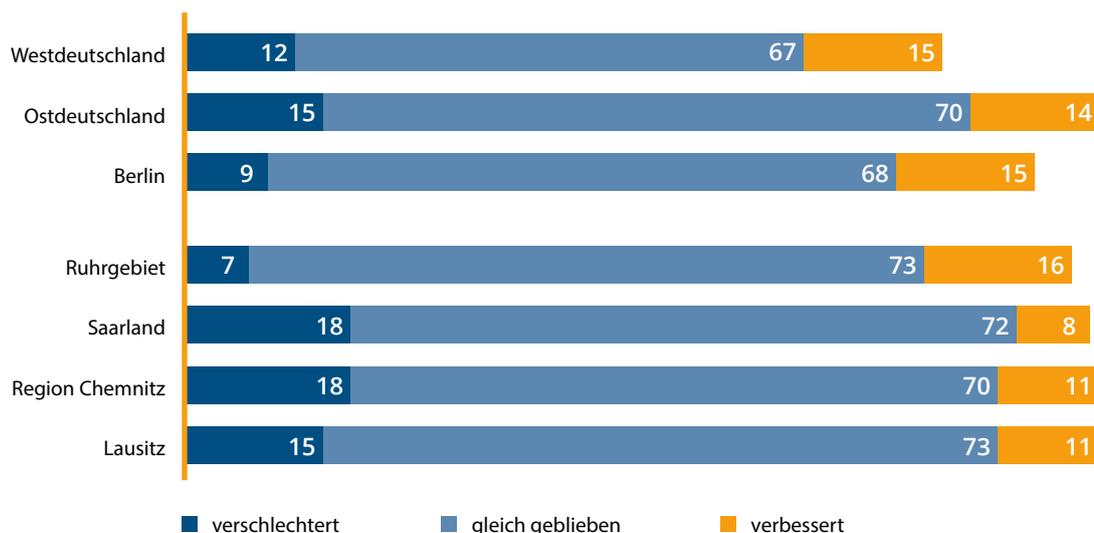
Wie ist das bei Ihnen vor Ort? Ist für Sie eine Einkaufsmöglichkeit ...?

	West- deutschland	Ost- deutschland	Berlin	Ruhrgebiet	Saarland	Region Chemnitz	Lausitz
Sehr gut erreichbar	60	55	78	67	51	46	50
Eher gut erreichbar	30	29	14	26	33	37	29
Weniger gut erreichbar	9	12	8	6	13	11	15
Überhaupt nicht gut erreichbar	2	4	0	1	3	6	5

Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.

Abbildung 14: Veränderung der Einkaufsmöglichkeiten

Vergleich der Fragen: Wie ist das bei Ihnen vor Ort? Ist für Sie eine Einkaufsmöglichkeit sehr gut erreichbar, eher gut erreichbar, weniger gut erreichbar oder überhaupt nicht gut erreichbar? – Und wie war das vor ungefähr zehn Jahren? War vor zehn Jahren eine Einkaufsmöglichkeit für Sie sehr gut erreichbar, eher gut erreichbar, weniger gut erreichbar oder überhaupt nicht gut erreichbar?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: bei einer der beiden Fragen weiß nicht, keine Angabe.

Die übergroße Mehrheit der Befragten kann dabei keine Veränderung in den letzten zehn Jahren erkennen. 67 Prozent der Westdeutschen meinen, die Situation sei heute genauso wie vor zehn Jahren. Ein ähnlich großer Teil sieht eine Verschlechterung (12 Prozent) oder eine Verbesserung (15 Prozent). Die Veränderungen werden in Ostdeutschland etwas negativer gesehen als in Westdeutschland. Etwas mehr Ostdeutsche erkennen eine Verschlechterung (Ost: 15 Prozent, West: 12 Prozent), während es bei der Verbesserung kaum einen Unterschied gibt (Ost: 14 Prozent, West: 15 Prozent).

Im Regionenvergleich finden wir im Saarland und der Region Chemnitz die größten Anteile von Menschen, die eine Verschlechterung der Einkaufsmöglichkeiten feststellen (jeweils 18 Prozent), während im Ruhrgebiet nur 7 Prozent der Ansicht sind, die Einkaufsmöglichkeiten hätten sich verschlechtert.



Tabelle 2: Erreichbarkeit eines Hausarztes
Ist für Sie ein Hausarzt oder eine Hausärztin ...?

	West- deutschland	Ost- deutschland	Berlin	Ruhrgebiet	Saarland	Region Chemnitz	Lausitz
Sehr gut erreichbar	57	52	72	58	53	45	49
Eher gut erreichbar	32	33	20	36	39	40	38
Weniger gut erreichbar	9	11	7	5	6	12	10
Überhaupt nicht gut erreichbar	1	2	0	1	1	3	3

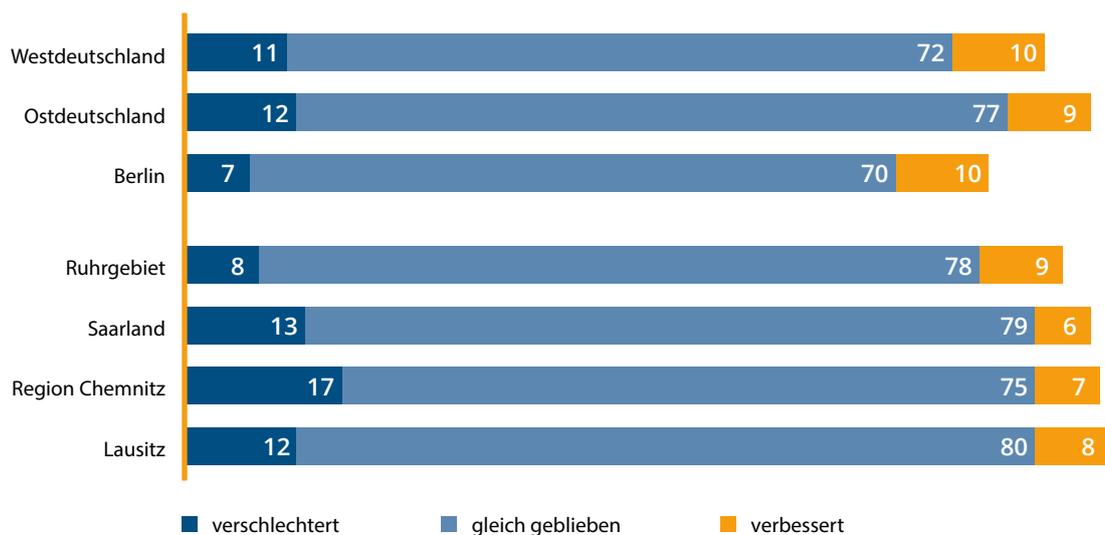
*Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent.
3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.*

Die Erreichbarkeit von Hausärzten wird sehr ähnlich eingeschätzt wie die Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten. Während in Deutschland insgesamt wiederum gut die Hälfte der Ansicht ist, ein Hausarzt sei sehr gut erreichbar (57 Prozent), meinen weitere 32 Prozent, ein Hausarzt sei zumindest eher gut erreichbar. Bei den Einkaufsmöglichkeiten hatten 60 Prozent eine sehr gute Erreichbarkeit angegeben und für eine eher gute Erreichbarkeit hatten sich 29 Prozent entschieden. Sowohl für Einkaufsmöglichkeiten als auch für Hausärzte gehen jeweils 89 Prozent der Bevölkerung von einer sehr guten oder eher guten Erreichbarkeit aus.

Die Muster des Regionenvergleichs sind für die Erreichbarkeit eines Hausarztes und einer Einkaufsmöglichkeit weitgehend identisch. In der Region Chemnitz und der Lausitz sind Einkaufsmöglichkeiten und Hausärzte etwas ungünstiger zu erreichen als im ostdeutschen Durchschnitt, die Menschen im Saarland und im Ruhrgebiet schätzen die Erreichbarkeit des Hausarztes etwas günstiger ein als der westdeutsche Durchschnitt.

Abbildung 15: Veränderung der Erreichbarkeit eines Arztes

Vergleich der Fragen: Ist für Sie ein Hausarzt oder eine Hausärztin sehr gut erreichbar, eher gut erreichbar, weniger gut erreichbar oder überhaupt nicht gut erreichbar? Und war vor zehn Jahren für Sie ein Hausarzt oder eine Hausärztin sehr gut erreichbar, eher gut erreichbar, weniger gut erreichbar oder überhaupt nicht gut erreichbar?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: bei einer der beiden Fragen weiß nicht, keine Angabe.

Auch bei der Erreichbarkeit eines Hausarztes kann eine große Mehrheit keine Veränderung innerhalb der letzten zehn Jahre erkennen. 73 Prozent der Befragten nehmen die aktuelle Situation genauso wahr wie die Situation zehn Jahre früher. Von einer Verschlechterung gehen 11 Prozent aus, eine Verbesserung sehen dagegen 10 Prozent.

Vor allem die Befragten in der Region Chemnitz sind der Ansicht, die Erreichbarkeit eines Hausarztes habe sich verschlechtert, aber auch in dieser Region ist es weniger als jeder Fünfte, der dieser Ansicht ist. Die Saarländer können etwas seltener eine Verbesserung erkennen als die Westdeutschen im Durchschnitt. Wiederum sind die Unterschiede gering.

Die durchweg positive Beschreibung der eigenen Region in den Tiefeninterviews spiegelt sich in der hohen Zufriedenheit mit dem eigenen Wohnumfeld wider. Die Menschen sind auch durchweg der Ansicht, wichtige Orte der Versorgung, wie eine Einkaufsmöglichkeit oder einen Hausarzt, sehr gut oder zumindest gut erreichen zu können. Diese hohe Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld beeinflusst auch die Lebenszufriedenheit. Von den Menschen, die mit ihrem Wohnumfeld sehr zufrieden sind, sind 49 Prozent auch mit ihrem Leben insgesamt sehr zufrieden, während nur 0,3 Prozent mit ihrem Leben unzufrieden sind. Die Menschen, die mit ihrem Wohnumfeld sehr unzufrieden sind, sind dagegen nur 8 Prozent mit ihrem Leben sehr zufrieden und 12 Prozent sehr unzufrieden.¹



5.3 Wirtschaft in der Region

Das Leben in einer Region wird neben anderen Aspekten von der Wirtschaftslage vor Ort geprägt. Im Kontext des Strukturwandels gilt eine besondere Aufmerksamkeit der Frage, wie die Befragten die Wirtschaft in ihrer Region einschätzen und welche Veränderungen sie wahrnehmen.

Zur Beschreibung der Region gehören für einige auch wirtschaftliche Aspekte. Auf die Frage, was kennzeichnend für seine Region sei, antwortet ein Lausitzer: „Die Braunkohle. (...) Die Braunkohle ist der einzige Wirtschaftsfaktor in dieser Region. Einen anderen gibt es nicht“ (Lausitz, 41–50, m, nicht Montanindustrie, AfD). Ein Befragter aus dem Ruhrgebiet verbindet für die summarische Beschreibung seiner Region regionale Kultur mit der prägenden Wirtschaft: „Hier ist man so im Pott. Ruhrpott. (...) Das Kumpelhafte, was vom Pütt kam“ (Ruhrgebiet, 41–45, m, ehemals Montanindustrie, Nichtwähler). So dominant ist der wirtschaftliche Aspekt der Heimat allerdings nur bei wenigen. Geht es dann aber um Vor- und Nachteile der Region, ist schon weit häufiger von der regionalen Wirtschaft die Rede.

Vor allem in der Region Chemnitz wird die Wirtschaftstradition gelobt: „Stadt der Moderne. (...) Das ist schon ein Markenzeichen von Chemnitz. Ist nicht so die Vergnügungsstadt wie vielleicht in Dresden. Es ist die Stadt der Moderne mit dieser Bekräftigung im industriellen Sektor“ (Region Chemnitz, 41–50, w, nicht Maschinenbau, SPD). Auch ein paar Saarländer betonen die wirtschaftliche Tradition: „Das Saarland ist innovativ. Definitiv, macht viel“ (Saarland, 61–75, w, nicht Montanindustrie, AfD).

Einzelne loben den regionalen Arbeitsmarkt als besonderen Vorteil. So erläutert ein Befragter aus dem Ruhrgebiet die Vorteile seiner Region: „Viele Möglichkeiten. Grünflächen, (...) Freizeitmöglichkeiten, (...) Ausbildungsmöglichkeiten gibt es auch viele, da hatte ich auch keine Probleme. Auch nicht, eine Stelle zu finden“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, ehemals Montanindustrie, CDU). Ein Befragter aus der Region Chemnitz nennt bei den Vorzügen seiner Region neben den Einkaufsmöglichkeiten und dem kulturellen Programm: „Arbeit ist vorhanden. Das ist sehr wichtig“ (Region Chemnitz, 51–60, m, aktuell Maschinenbau, CDU).

Weit häufiger ist dagegen der regionale Arbeitsmarkt ein Nachteil, der bei einer allgemeinen Bewertung der Region zur Sprache kommt. „Mit dem Verdienst sieht man in Statistiken, dass das Saarland neben einigen weiteren Regionen eigentlich für mich komplettes Hinterland ist, ziemlich abgehängt in allem“ (Saarland, 61–75, w, nicht Montanindustrie, Linke). „Auch aus den Nachrichten erfährt man das, Herne und Wanne-Eickel haben den höchsten Arbeitslosenanteil“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, ehemals Montanindustrie, CDU). Und auf die Frage nach etwas, das in der Region nicht so gut läuft, sagt eine Befragte aus der Region Chemnitz: „Die Arbeitsmarktsituation. Dass wir von der Region generell weniger verdienen. (...) Dass viele die Arbeit auch verloren haben“ (Region Chemnitz, 41–50, w, nicht Maschinenbau, Nichtwählerin).

Während also einige bereits bei der generellen Einschätzung ihrer Region wirtschaftliche Aspekte nennen, spielt dies für andere keine dominante Rolle. Konkret gefragt nach der wirtschaftlichen Situation vor Ort, können aber praktisch alle Befragten eine Einschätzung abgeben. Dabei haben die meisten eine klare Vorstellung, ob die regionale Wirtschaft insgesamt eher stark oder schwach ist und welche Bereiche gut oder nicht gut dastehen.

Ein Befragter aus der Region Chemnitz meint zur Einschätzung der regionalen Wirtschaft: „Viele starke Bereiche, zum Beispiel Maschinenbau, sind viele Firmen und Zulieferer für Autoindustrie und Maschinen. Chemieanlagen sind wir groß dabei. Forschung und Entwicklung fehlt noch“ (Region Chemnitz, 51–60, m, ehemals Maschinenbau, Linke). Eine andere aus der Region hat eine deutlich negativere Gesamteinschätzung, benennt aber dieselben Wirtschaftszweige als die regionalen Stützen: „Eigentlich die Automobilindustrie, VW-Werk. Das ist der einzige Sektor, wo es noch ein bisschen Arbeit gibt. Schon ziemlich ausgeschöpft. Größtenteils gibt es Zeitarbeitsplätze. Festangestellte eher weniger“ (Region Chemnitz, 51–60, w, nicht Maschinenbau, Grüne). Auch im Saarland nennen die Menschen einige starke Wirtschaftsbereiche: „Auf jeden Fall produzierendes Gewerbe. (...) Auch Stahl – Stahlbranche ... Bosch und so. Die sind auch groß. Digitalbereich: (...) da haben wir nur den großen Player SAP“ (Saarland, 18–30, m, nicht Montanindustrie, sonstige Partei). Im Saarland und im Ruhrgebiet gehört die Montanindustrie nach Meinung einiger zu den wirtschaftlich starken Bereichen: „Ich denke, die Stahlindustrie steht relativ gut und stabil da“ (Saarland, 31–40, m, aktuell Montanindustrie, SPD). „Die Stahlwerke, Krupp, da gibt es viele Arbeitsplätze“ (Ruhrgebiet, 41–50, w, nicht Montanindustrie, Nichtwählerin). Andere nennen neu angesiedelte Unternehmen: „Wir werden hier überschwemmt mit Logistikunternehmen“ (Ruhrgebiet, 61–75, m, ehemals Montanindustrie, SPD). Dabei wird die Stärke, im Gegensatz zur früher sehr stabilen Montanindustrie, nicht unbedingt als dauerhaft wahrgenommen: „Alles, was jetzt nachkommt, ist ja auch gut, die Elektronikbranchen, Medizintechnik, Telekommunikation usw. Da habe ich das Gefühl, wenn man da nicht zu den Topcracks gehört, bietet einem das keine Sicherheit. Es ist alles kurzlebiger geworden“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU). Andere in verschiedenen Regionen nennen das Handwerk oder Einrichtungen der öffentlichen Versorgung. „Etwas Positives ist in Bochum zum Beispiel Altenheime und Krankenhäuser. (...) In Bochum gibt es ja vier Krankenhäuser. Also, ich sehe die Perspektive im Medizinbereich“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, ehemals Montanindustrie, CDU). „Das Einzige, was Wachstum hatte in den letzten Jahren, war das Klinikum, was mittlerweile das größte in Brandenburg sein soll“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, FDP).

Bei Schwächen der regionalen Wirtschaft und insbesondere in Bereichen, die früher einmal stark waren und nun vom Niedergang betroffen sind, fällt den Befragten ebenfalls einiges ein. In der Region Chemnitz denken viele an den Niedergang der Textilindustrie: „Wir waren früher in der Textilindustrie ganz vorne dran. Wir haben nur noch Schiesser und Bruno Banani. So große Firmen, die was herstellen, gibt es nicht mehr“ (Region Chemnitz, 31–40, m, ehemals Maschinenbau, Linke). Im Ruhrgebiet fallen den Menschen bei wirtschaftlichem Niedergang die großen Arbeitgeber ein, die stark geschrumpft oder ganz verschwunden sind: „Das ist der Industriebereich: Opel dicht, Stahlbereich zugemacht, Zeche, die aufhört, die klassischen Sachen“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU). Einem anderen Befragten aus dem Ruhrgebiet fällt ein, „dass jetzt in Bochum nur Opel und Nokia geschlossen haben. Und in Herne haben ganz viele Sachen zugemacht, Stahlwerke, Chemiewerke, kleine Firmen, Zulieferer“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, ehemals Montanindustrie, CDU). Im Saarland denken die Menschen, stärker noch als im Ruhrgebiet, an den Niedergang der Montanindustrie. „Kohle ist ja nicht mehr. Und die Hütten machen auch nicht mehr so lang im Saarland. (...) Sieht nicht so gut aus“ (Saarland, 61–75, m, ehemals Montanindustrie, AfD).

Die Lausitz ist stark geprägt durch die Braunkohle, deren Ende erst noch bevorsteht. Bei wirtschaftlichem Niedergang denken die Menschen daher an den Kohleausstieg.



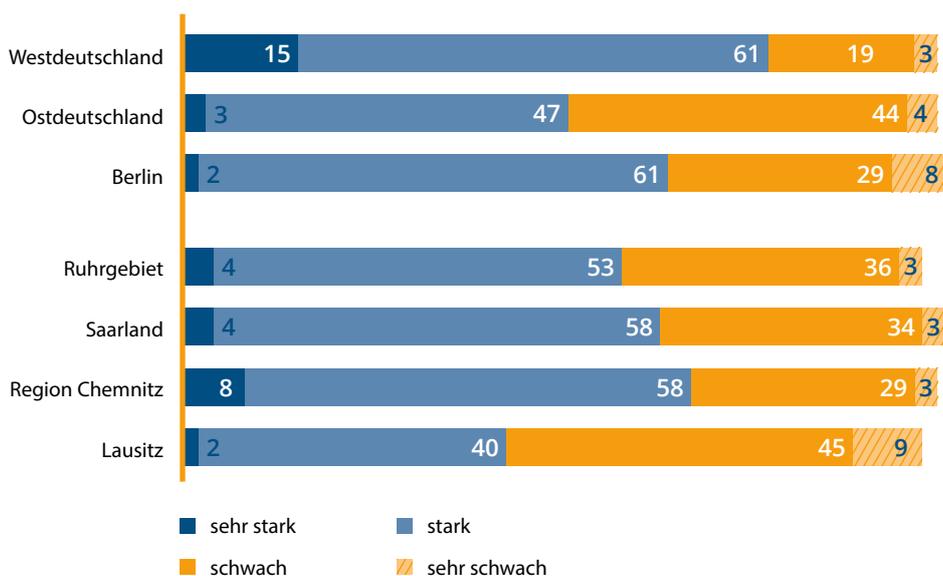
Ein Befragter berichtet aus seinem eigenen Arbeitsumfeld: „Der größte Arbeitgeber, die LEAG, beginnt Ausbildungsplätze zu reduzieren, weil in Zukunft der Bedarf nicht mehr so groß sein wird. Das merke ich schon“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, FDP).

So kommen bei der Frage nach der regionalen Wirtschaftsstruktur vielfältige Beobachtungen und Einschätzungen zum Vorschein. Die Einschätzungen sind nicht einheitlich in den Regionen und widersprechen sich zum Teil auch. Die eigene Beschäftigung der Befragten und ihre persönlichen Kontakte beeinflussen ihre Sicht auf die regionale Wirtschaft. Auffällig ist aber die Verbreitung von Erzählungen über die regionale Wirtschaftsstruktur, auch über eigene Erfahrungen hinaus. Am deutlichsten ist dies bei der Automobilindustrie in der Region Chemnitz. Doch auch im Saarland und im Ruhrgebiet fallen den Menschen die Montanindustrie und die Autoindustrie als erstes ein, meist ergänzt durch große Arbeitgeber in der Nähe, die in anderen Bereichen aktiv sind. Nicht selten sind diese Erzählungen gepaart mit der Sorge über die Stabilität dieser regional prägenden Arbeitgeber. Die Krise der Autoindustrie und die anstehende Umstellung auf Elektromobilität beschäftigen die Menschen genauso wie die schwierige Wettbewerbslage auf dem Stahlmarkt.

Eine dominant positive Sicht auf die regionale Wirtschaft zeigt sich in der repräsentativen Erhebung. 59 Prozent der Befragten sind der Ansicht, die Wirtschaft in ihrer Region sei stark und weitere 12 Prozent schätzen die regionale Wirtschaft als sehr stark ein. Damit sind vier von fünf Befragten der Ansicht, die Wirtschaft in ihrer Umgebung sei stark. Nur eine Minderheit von 4 Prozent ist der Ansicht, in einer Region mit sehr schwacher Wirtschaft zu leben.

Abbildung 16: Stärke der regionalen Wirtschaft

Wenn Sie an die Region denken, in der Sie leben, wie würden Sie die wirtschaftliche Situation einschätzen?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.

In Westdeutschland sind deutlich mehr Menschen der Ansicht in einer wirtschaftlich starken oder sehr starken Region zu wohnen als in Ostdeutschland, was angesichts der objektiven Wirtschaftsdaten kaum verwundern kann. Im Saarland und mehr noch im Ruhrgebiet ist der Anteil von Menschen kleiner, die ihre Region als stark oder sehr stark ansehen. 62 Prozent der Saarländer und 57 Prozent der Menschen im Ruhrgebiet halten ihre Region für wirtschaftlich stark oder sehr stark. Allerdings bleibt die Einschätzung, die Wirtschaft sei sehr schwach, in diesen beiden Regionen die Ausnahme.

In der Region Chemnitz gehen deutlich mehr Menschen von einer wirtschaftlich starken Region aus als im ostdeutschen Durchschnitt. 58 Prozent der Menschen in der Region Chemnitz nennen ihre regionale Wirtschaft stark und weitere 8 Prozent sogar sehr stark. Dies sind deutlich höhere Anteile als im ostdeutschen Durchschnitt. Sogar im Vergleich zu westdeutschen Regionen sind in der Region Chemnitz viele von einer starken Wirtschaft überzeugt. In der Region Chemnitz halten größere Anteile der Menschen ihre Region für stark als im Ruhrgebiet und im Saarland, aber weniger als im westdeutschen Durchschnitt. Deutlich negativer ist die Einschätzung der Menschen in der Lausitz. Weniger als die Hälfte, nämlich 40 Prozent, sind der Ansicht, die Wirtschaft in der Lausitz sei stark, und 2 weitere Prozent nennen sie sehr stark. Dagegen sind 9 Prozent der Ansicht, die regionale Wirtschaft sei sehr schwach, der höchste Wert im Regionenvergleich.²

5.4 Die Bedeutung von Heimat

Die Menschen hängen an ihrer Heimat. Sie sehen in ihrer Heimat eine besondere Qualität, die ihre eigene Region von anderen unterscheidet und besonders lebens- und liebenswert macht. Sie hängen an Familie und Freunden, an der Landschaft, der Umgangsweise miteinander und manch anderen Eigenschaften ihrer Region. Sie sind durchweg verwurzelt in ihrer Heimat, gleich, ob es ihr Geburtsort oder ein anderer Ort ist.

Teil dieser Heimat, so wird in den Interviews deutlich, ist auch die regionale Wirtschaft. Zur Charakterisierung der Region gehören bei vielen neben der Landschaft und den Traditionen auch Wirtschaftsmerkmale. Im Ruhrgebiet, in dem der „Pulsschlag aus Stahl“³ Eingang in die Populärkultur gefunden hat, mag diese wirtschaftliche Prägung des Regionalverständnisses besonders augenfällig sein. Doch auch die Lausitz definiert sich mit über die Braunkohle und ihre damit verbundene energiewirtschaftliche Bedeutung für das Land. Die Region Chemnitz hat die Kohletradition hinter sich gelassen, aber die Automobilindustrie ist hier identitätsprägend und die lange Tradition unterschiedlicher Autoerfinder und -hersteller gehört wie selbstverständlich zur regionalen Geschichtsschreibung. Und im Saarland spielen für das Regionalverständnis ebenfalls die Tradition der Kohleförderung und die Autoindustrie eine wichtige Rolle.

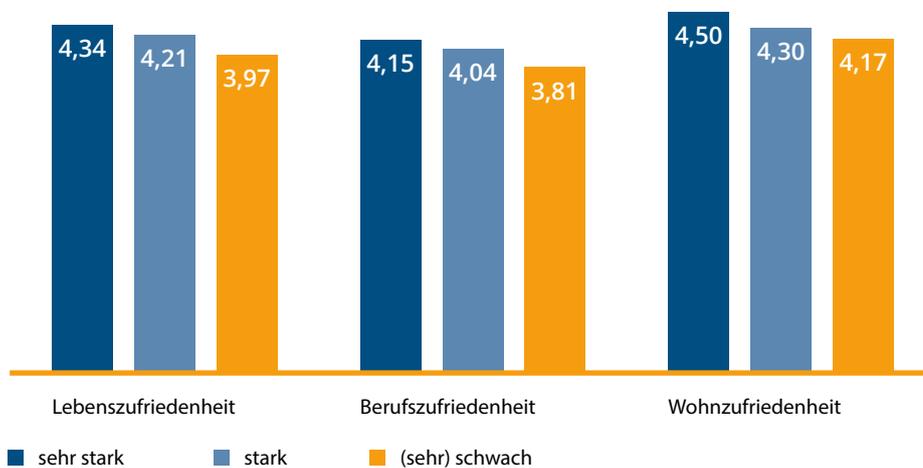
Die eingeschätzte Wirtschaftsstärke der Region hängt deutlich mit der Lebenszufriedenheit, der Berufszufriedenheit und der Wohnzufriedenheit zusammen. Menschen, die ihre Region als wirtschaftlich sehr stark einschätzen, erreichen bei ihrer Lebenszufriedenheit auf einer 5er-Skala von sehr unzufrieden (1) bis sehr zufrieden (5) einen Mittelwert von 4,34. Sind die Menschen dagegen der Ansicht, die Wirtschaft in ihrer Region sei schwach oder sehr schwach, liegt der Mittelwert auf der Skala mit 3,97 deut-



lich niedriger. Auch bei der Zufriedenheit mit der beruflichen Situation und der Wohnzufriedenheit zeigt sich dieses Muster. Jeweils sind Menschen, welche die regionale Wirtschaft für sehr stark halten, deutlich zufriedener als Menschen, welche die regionale Wirtschaft als sehr schwach ansehen.

Abbildung 17: Zufriedenheit und eingeschätzte Wirtschaftsstärke

Wenn Sie jetzt einmal an Ihr Leben insgesamt denken, wie zufrieden sind Sie damit? Und wenn Sie an Ihre berufliche Situation denken, wie zufrieden sind Sie damit? Wenn Sie an Ihre Wohnsituation und Ihr Wohnumfeld denken, wie zufrieden sind Sie damit? Durchschnittswert auf einer 5er-Skala von sehr unzufrieden (1) bis sehr zufrieden (5). Dargestellt nach eingeschätzter Wirtschaftsstärke: Wenn Sie an die Region denken, in der Sie leben, wie würden Sie die wirtschaftliche Situation einschätzen?

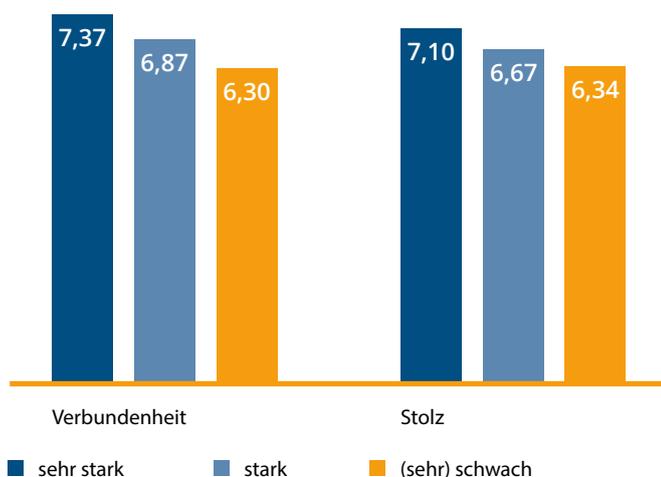


Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Lebens- und Wohnzufriedenheit: 3.817 Befragte, Berufszufriedenheit: 3.548 Befragte.

Die gefühlte Verbundenheit mit der eigenen Stadt bzw. Gemeinde zeigt nach der eingeschätzten Wirtschaftsstärke ein ähnliches Bild. Auf einer Skala von 0 für „überhaupt nicht verbunden“ bis 10 für „sehr stark verbunden“ ist der Mittelwert bei Menschen, die die regionale Wirtschaft als sehr stark ansehen, bei 7,37, während der Mittelwert bei Menschen, die die regionale Wirtschaft als schwach oder sehr schwach ansehen, bei 6,30 liegt. Beim Stolz auf die eigene Region ist der Abstand nicht ganz so groß, das Muster ist aber identisch. Der Mittelwert auf der Skala von 0 für „überhaupt nicht stolz“ bis 10 „sehr stolz“ liegt für Menschen, die die Wirtschaft ihrer Region als sehr stark ansehen, bei 7,10, während Menschen, die die regionale Wirtschaft als schwach oder sehr schwach bezeichnen, auf einen Mittelwert von 6,34 kommen.

Abbildung 18: Verbundenheit mit bzw. Stolz auf die eigene Stadt/Gemeinde und eingeschätzte Wirtschaftsstärke

Wie stark fühlen Sie sich mit der Stadt bzw. Gemeinde, in der Sie leben, verbunden? Wie stolz sind Sie, ein/eine Bürger/in Ihrer Stadt/Gemeinde zu sein? Durchschnittswert auf einer 11er-Skala von „gar nicht verbunden/stolz“ (0) bis „sehr verbunden/stolz“ (10). Dargestellt nach eingeschätzter Wirtschaftsstärke: Wenn Sie an die Region denken, in der Sie leben, wie würden Sie die wirtschaftliche Situation einschätzen?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19.
 Verbundenheit: 3.808 Befragte, Stolz: 3.731 Befragte.

Das Heimatgefühl der Menschen, ihre Verbundenheit mit der Heimat und ihr Heimatstolz werden auch gespeist aus der Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftstradition ihrer Region. Veränderungen werden dann als Verlust erlebt. „Kohle und Stahl ist ja alles nur noch Legende – leider“ (Saarland, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, AfD). „Die Lebensfreude fehlte, weil: Man findet hier in Bochum keine neue Perspektive. Es wird alles dichtgemacht, aber nichts Neues aufgebaut. Die Leute machen sich Gedanken: Was wird mit mir, mit meiner Familie? (...) Das ist ein ganz blödes Gefühl“ (Ruhrgebiet, 51–60, w, nicht Montanindustrie, SPD). Und ein Befragter aus der Lausitz beschreibt einen Niedergang im Strukturwandel, den er erst in der Zukunft kommen sieht: „Wenn da peu à peu das Geld wegbricht, dann bricht die Kaufkraft weg. Die Ausbildung bricht weg. Das ist eine Spirale, die kann man nicht mehr aufhalten. (...) Es wird eine arme Region“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, FDP).

Es ist die Verbundenheit mit der Wirtschaftsstruktur der Heimat, die zu einer Trauer führt, wenn es zum Strukturwandel kommt. So schildert eine Befragte aus dem Ruhrgebiet ganz direkt dieses Leiden an der Veränderung, auch wenn aus ihrer Familie niemand mit seinem Arbeitsplatz betroffen ist: „Die Schließung der letzten Zeche ist sehr traurig, auch die Schließung des Opel-Werks 2015. (...) Es wurde alles abgerissen, man hat diese Ruine gesehen, das war sehr negativ. (...) Zu der Zeit, als Opel geschlossen wurde, hat kein Familienmitglied mehr dort gearbeitet, aber das Gefühl, das Opel-Werk gehört nach Bochum – man war auch stolz darauf. Tante, Onkel, Opa, Oma, Vater haben dort gearbeitet. Es sind persönliche Erinnerungen. Es ist schon traurig, wenn man sieht, es wird abgerissen. Es hat zu Bochum gehört, viele Arbeitsplätze hingen dran. Das war



schon sehr traurig. In meiner Familie waren die Menschen schon Rentner“ (Ruhrgebiet, 41–50, w, nicht Montanindustrie, Nichtwählerin). Eine Saarländerin stellt es ganz ähnlich dar: „Die Leute wohnen in Grubensiedlungen, die wohnen in Grubenwohnungen, also Siedlungswohnungen. Die trauern den ganzen Tag, wenn man mit denen spricht, der guten alten Zeit nach und haben es nicht geschafft, sich anzupassen“ (Saarland, 61–75, w, nicht Montanindustrie, AfD). Und eine andere Saarländerin gibt ebenfalls ihrer Trauer Ausdruck: „Schade, dass die guten Zeiten vorbei sind. Wo es den Menschen noch gut ging. Viel arbeiten musste man auch – aber es war eine gute Wirtschaft im Saarland“ (Saarland, 51–60, w, ehemals Montanindustrie, CDU).

Die großen Wirtschaftszweige und Unternehmen strahlen so aus auf die Wahrnehmung der Region, auch durch die Bewohner selbst. Dies geht über die Beschäftigten und ihre Familien hinaus. Es prägt die Heimatwahrnehmung. Deshalb sind wirtschaftliche Veränderungen auch Veränderungen der Heimat.

- 1 Die Frage der Wirkungsrichtung können diese Zahlen allerdings nicht klären. Zunächst ließe sich vermuten, dass die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld auch zur Lebenszufriedenheit führt. Denkbar wäre aber auch, dass eine allgemein positive Grundhaltung zu einer positiven Sichtweise sowohl auf das Leben insgesamt als auch auf das Wohnumfeld führt.
- 2 Es überrascht nicht, dass die subjektive Einschätzung der regionalen Wirtschaft zusammenhängt mit der Wirtschaftsstärke, wie sie für die Herkunftskreise der Befragten in der amtlichen Statistik abgebildet wird. Der Zusammenhang ist aber keineswegs perfekt. 59 Prozent der Befragten, die der Ansicht sind, die regionale Wirtschaft sei sehr stark, wohnen in dem wirtschaftlich stärksten Viertel der Kreise in Deutschland, bestimmt nach dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (für 2016). Aber immerhin 9 Prozent der Befragten, die von einer sehr starken regionalen Wirtschaft ausgehen, wohnen in dem Viertel der wirtschaftlich schwächsten Kreise Deutschlands. Umgekehrt kommen unabhängig von der Wirtschaftssituation in den Kreisen, wie sie sich in der amtlichen Statistik abbildet, nur wenige zu der Einschätzung, die regionale Wirtschaft sei schwach. Von den Menschen, die ihre regionale Wirtschaft für sehr schwach halten, leben 31 Prozent in dem Viertel der Kreise mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Umgekehrt wohnen aber immerhin 24 Prozent der Befragten, die zu einer Einschätzung der regionalen Wirtschaft als sehr schwach kommen, in dem Viertel der Kreise, die wirtschaftlich am stärksten sind. Ursache für diese Abweichungen zwischen subjektiver Einschätzung und Wirtschaftsstärke nach amtlicher Statistik ist einerseits eine Fehlwahrnehmung bzw. ein anderer Maßstab für Stärke und Schwäche der Wirtschaft und andererseits, dass die Menschen eine Vorstellung von Region haben, die von den Zuschnitten der Kreise abweichen.
- 3 Aus Herbert Grönemeyers Lied „Bochum“, Album 4630 Bochum, EMI, 1984.



Strukturwandel

In der Marktwirtschaft sind wirtschaftliche Strukturveränderungen nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall. Aus einer Vielzahl von Gründen ändern sich die Erfolgchancen von Produkten und Dienstleistungen auf dem Markt, Marktteilnehmer verschwinden, andere kommen hinzu. Mit der Globalisierung und der globalen Vernetzung von Produktions- und Absatzmärkten sind diese Prozesse noch einmal schneller, vielfältiger und komplexer geworden. Entsprechend sind sie für den Einzelnen schwer zu durchschauen. Wenn die Befragten über Strukturwandel reden, wird diese Undurchschaubarkeit sichtbar, aber sie beschreiben auch generelle Wahrnehmungen und Erwartungen an die Politik.

6.1 Wandel der Wirtschaftsstruktur

Strukturwandel wird vielfach als permanenter und normaler Prozess angesehen. So beschreibt eine Befragte aus dem Ruhrgebiet die Entwicklung: „Es gibt immer zu jeder Zeit einen Wandel. Früher haben die Bergwerke geschlossen, da haben auch viele Menschen die Arbeit verloren. Die sind wieder in andere Bereiche gekommen. Andere Firmen siedeln sich hier an. Dadurch findet immer wieder ein Umbruch statt“ (Ruhrgebiet, 61–75, w, nicht Montanindustrie, CDU). „So ein Strukturwandel ist ein ganz normaler Weg“ (Ruhrgebiet, 18–30, m, nicht Montanindustrie, Nichtwähler).

In den Regionen, die von der Kohleförderung geprägt waren und seit kürzerer oder längerer Zeit vom Ausstieg aus der Kohleförderung und -verarbeitung betroffen sind, ist auch für die Befragten der Strukturwandel eng mit den Veränderungen in der Montanindustrie verbunden. Ein Befragter aus dem Ruhrgebiet beschreibt den Strukturwandel seiner Region so: „Der Bergbau, der jetzt wegfällt. Die Leute, die dort gearbeitet haben – viele sind ja noch nicht im Rentenalter – müssen sich andere Jobs suchen, neu angelehrt werden. Viele werden auch negativ beeinflusst, wenn die sich schwertun, einen neuen Job zu finden, die mit diesem Wandel nicht klarkommen. Das ist so der Strukturwandel“ (Ruhrgebiet, 18–30, m, nicht Montanindustrie, Nichtwähler). Strukturwandel als ein sehr schwieriger Prozess, der Regionen fordert, oft auch überfordert, ist dabei eine verbreitete Sichtweise. „Die Region kämpft. Es findet ein Umgestaltungsprozess statt. Ich weiß nicht, ob man das Vakuum füllen kann, wenn man die Industrie verliert“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, Linke).

Dabei ist der Wandel in der Wahrnehmung nicht nur negativ, auch wenn diese Sichtweise überwiegt. Eine Reihe von Befragten streicht auch die positiven Effekte des Ausstiegs aus der Kohleverarbeitung heraus. „Zechen sind geschlossen worden, aber es haben sich andere neue Welten aufgetan“ (Ruhrgebiet, 51–60, w, nicht Montanindustrie, CDU). Dabei steht die Verbesserung der Luftqualität im Vordergrund. „Früher hieß es immer, Ruhrgebiet ist gleichbedeutend mit Ruß und Dreck. Das ist nicht mehr so. (...) Die Luft ist klar. Früher konnte man keine Bettwäsche raushängen, dann war sie voller Ruß“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, CDU).



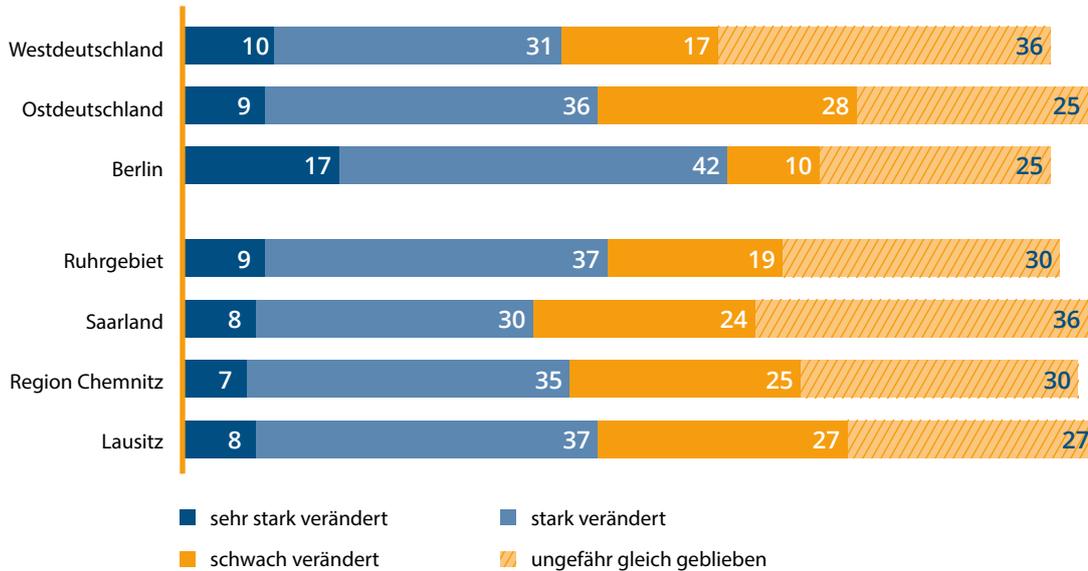
Der Ausstieg aus der Kohleförderung und -nutzung ist allerdings keineswegs der einzige Strukturwandel, der in den Kohleregionen angesprochen wird. Insbesondere die zurückliegenden oder zukünftigen Veränderungen in der Autoindustrie werden erwähnt. „Die Automobilindustrie, die wird runtergefahren, hört man“ (Saarland, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU). Eine Umstellung auf Elektromobilität und die damit zu erwartenden Veränderungen beschäftigen vor allem die Befragten im Saarland und der Region Chemnitz. „Da denke ich mal, wenn für Elektroautos mehr Betriebe gebraucht werden, muss zum Beispiel [Firmenname] gucken, was die so machen. (...) Das in ein paar Jahren richtig hinzubekommen, ist für viele Industrien wie Leben und Tod“ (Saarland, 18–30, m, nicht Montanindustrie, sonstige Partei). Ein Chemnitzer sieht es ähnlich: „Autozulieferindustrie: Die wir momentan haben, die beziehen sich aber auf Autos mit Verbrennungsmotoren. Da stehen wir perspektivisch vor einem Strukturwandel. Weil die Verbrennungsmotoren, die sollen ja alle weg. Das wird noch ein Riesenproblem werden“ (Region Chemnitz, 51–60, m, nicht Maschinenbau, FDP). Ein Saarländer sieht gar das Ende der Autoproduktion als dominanten Wirtschaftszweig: „Es wird nicht die Zukunft sein, dass man Autos baut, das ist vorbei. Die Zulieferer wie Bosch und Ford, werden eher der Vergangenheit angehören. Ein Elektroauto wird nur mit 120 Teilen gebaut, wohingegen ein normaler PKW mit 2500 Teilen gebaut wird“ (Saarland, 51–60, m, nicht Montanindustrie, Nichtwähler).

Die Ostdeutschen denken bei Strukturwandel vielfach an die Wende und die wirtschaftliche Transformation nach der Wiedervereinigung. „Gravierend war nach der Wende das Wegbrechen einer kompletten Industrie. In den Nullerjahren sind ja auch viele Branchen weggebrochen“ (Region Chemnitz, 51–60, m, nicht Maschinenbau, FDP). „Kurz nach der Wende ist viel zusammengeschrumpft. Viele Tagebaue sind geschlossen worden“, erinnert sich ein Befragter aus der Lausitz (Lausitz, 51–60 Jahre, aktuell Montanindustrie, AfD). Dabei ist die Wende für die Ostdeutschen ein umfassender Wandel gewesen: „Natürlich war die Region verändert, aber nicht nur Leute, die in Textil tätig waren, waren auf einmal arbeitslos. Das ging sehr vielen anderen so. Das war ja so eine generelle Phase des Umbruchs (...). Aber ich denke, dass sich der Osten aber wirklich, vor allem Chemnitz, da gut rausgekämpft haben“ (Region Chemnitz, 41–50, m, aktuell Maschinenbau, CDU).

Die Befragten in den Regionen, die stark von der Kohleförderung geprägt sind oder waren, beobachten einen grundlegenden Strukturwandel. Dieser bezieht sich auf die Montanindustrie, die vom Rückgang der Kohleförderung direkt betroffen ist, aber auch auf die Automobilindustrie, die in drei der vier Regionen die Montanindustrie als dominanten Wirtschaftszweig abgelöst oder zumindest ergänzt hat. In Ostdeutschland kommt die Wendeerfahrung mit den grundsätzlichen wirtschaftlichen Veränderungen hinzu. Die Vermutung liegt nahe, dass die betrachteten Regionen aus der Sicht der Bevölkerung in stärkerem Maße von Veränderungen der Wirtschaft betroffen sind als andere Gegenden in Deutschland.

Abbildung 19: Ausmaß wirtschaftlicher Veränderung

Wie stark hat sich die wirtschaftliche Situation in Ihrer Region in den letzten zehn Jahren nach Ihrem Eindruck verändert?

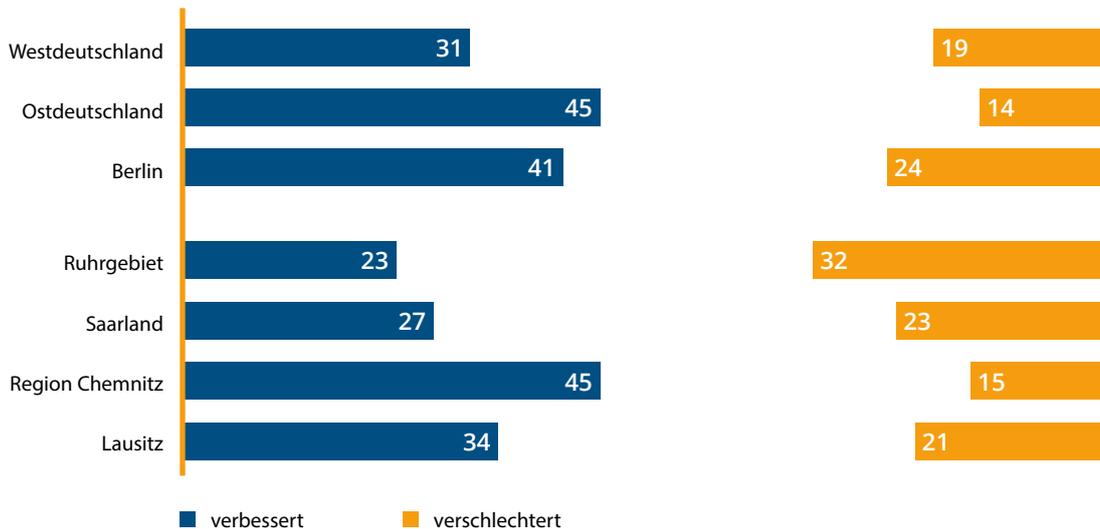


Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.

Die Vermutung, aus Sicht der Bevölkerung sei der Strukturwandel in den vier Kohleregionen stärker als in anderen Gegenden, bestätigt sich so nicht. Ein Drittel der Menschen in Deutschland ist der Ansicht, es sei in den vergangenen zehn Jahren zu starken Veränderungen gekommen, weitere 10 Prozent sehen sehr starke Veränderungen. Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sind nicht sehr groß. Im Ruhrgebiet meinen 46 Prozent der Befragten, die regionale Wirtschaft habe sich in den vergangenen zehn Jahren stark oder sehr stark verändert. Im Saarland ist der Anteil mit 38 Prozent geringer. Einen deutlichen Ost-West-Unterschied gibt es in dieser Frage nicht. In Ostdeutschland sind 45 Prozent der Befragten der Ansicht, die regionale Wirtschaft habe sich im vergangenen Jahrzehnt stark oder sehr stark verändert, in Westdeutschland sind es mit 41 Prozent etwas weniger.

Abbildung 20: Richtung der wirtschaftlichen Veränderung

In welche Richtung hat sich die wirtschaftliche Situation der Region in den letzten zehn Jahren verändert?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Prozent zu 100: ungefähr gleich geblieben, weder besser noch schlechter, weiß nicht, keine Angabe.

Beim Blick auf die Richtung der Verbesserung tut sich allerdings durchaus ein Ost-West-Unterschied auf. In Westdeutschland sehen 31 Prozent der Befragten eine Verbesserung und 19 Prozent eine Verschlechterung. In Ostdeutschland erkennen die Menschen dagegen eine günstigere Entwicklung. Hier sehen 45 Prozent eine Verbesserung, 14 Prozent sind der Ansicht, die regionale Wirtschaft sei heute schlechter als vor zehn Jahren.

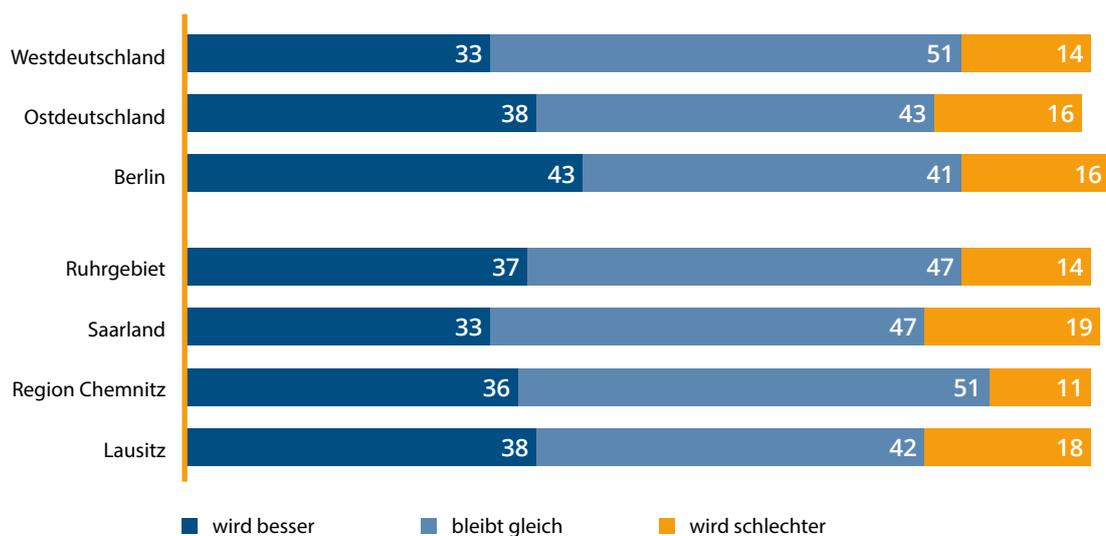
Die Menschen im Saarland schätzen die Wirtschaftsentwicklung etwas negativer ein als der westdeutsche Durchschnitt. Allerdings sehen mit 27 Prozent immer noch etwas mehr Menschen eine Verbesserung als eine Verschlechterung (23 Prozent). Deutlich negativer ist die Einschätzung der Menschen im Ruhrgebiet. Hier können nur 23 Prozent eine Verbesserung erkennen, während fast ein Drittel (32 Prozent) eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in der Region erkennt.

In Ostdeutschland wird die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre durchweg als positiv angesehen. In der Lausitz ist ein Drittel der Befragten der Ansicht, die Wirtschaft der Region habe sich verbessert. Dies ist allerdings ein geringerer Anteil als im ostdeutschen Durchschnitt. Die Menschen in der Region Chemnitz kommen dagegen zu einer ebenso positiven Einschätzung wie der ostdeutsche Durchschnitt. 45 Prozent sind der Ansicht, die regionale Wirtschaft habe sich verbessert. Dem stehen allerdings 15 Prozent gegenüber, die eher eine Verschlechterung wahrnehmen (Ostdeutschland insgesamt 14 Prozent).

Damit ist der Blick auf die regionale Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland deutlich positiver als in Westdeutschland. Allerdings ist dies in Ostdeutschland eine Entwicklung von einem schlechteren Ausgangspunkt. Darin stimmen die Einschätzungen der Menschen und die Wirtschaftsdaten überein. Insgesamt ist der Zusammenhang zwischen der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung und der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht sehr ausgeprägt. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 2007 und 2016 nur in drei deutschen Kreisen bzw. kreisfreien Städten geschrumpft ist, urteilt immerhin ein gutes Viertel der Bevölkerung, die wirtschaftliche Situation habe sich verschlechtert. In dem Drittel der Kreise mit dem relativ höchsten Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum sind 39 Prozent der Ansicht, die regionale Wirtschaft habe sich verbessert, aber selbst in dem Drittel der Kreise mit dem relativ geringsten Wirtschaftswachstum sind immerhin 31 Prozent der Befragten der Ansicht, die regionale Wirtschaft habe sich verbessert. Die tatsächliche wirtschaftliche Situation übersetzt sich offensichtlich nicht direkt in eine entsprechende Wahrnehmung.

Abbildung 21: Erwartete wirtschaftliche Veränderung

Welche wirtschaftliche Veränderung erwarten Sie für Ihre Region?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.

Der Blick in die Zukunft ist überwiegend positiv. Rund die Hälfte der Befragten erwartet eine gleichbleibende wirtschaftliche Entwicklung in der Region, ein Drittel erwartet eine Verbesserung. In den Kohleregionen sind Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Verbesserung in der Region etwas weiter verbreitet. In der Region Chemnitz, der Lausitz und dem Ruhrgebiet sind es zwischen 36 und 38 Prozent, die von einer wirtschaftlichen Verbesserung in der Zukunft ausgehen. Das Saarland liegt mit 33 Prozent nur knapp dahinter. Eine Verschlechterung erwartet nur eine Minderheit. Im Saarland und der Lausitz sind es mit 19 bzw. 18 Prozent etwas mehr als im Ruhrgebiet (14 Prozent) oder der Region Chemnitz (11 Prozent).



Unter allen, die entweder eine Verbesserung oder eine Verschlechterung erwarten, erwartet jeweils eine Mehrheit Konsequenzen für sich selbst (ohne Abbildung). 61 Prozent der Befragten, die von einer sich verbessernden wirtschaftlichen Lage ausgehen, erwarten daraus Vorteile für sich selbst. Andersherum gehen 54 Prozent all jener, die eine Verschlechterung erwarten, von einer Verschlechterung auch der eigenen Situation aus. Die Erwartung persönlicher Vorteile oder Nachteile ist in Westdeutschland etwas häufiger als in Ostdeutschland. Im Regionenvergleich sind die Menschen in der Region Chemnitz etwas häufiger der Ansicht, sie würden von einer verbesserten wirtschaftlichen Lage profitieren (63 Prozent), während in den anderen drei Regionen zwischen 50 Prozent (Saarland) und 54 Prozent der Befragten (Ruhrgebiet, Lausitz) von persönlichen Vorteilen ausgehen. Eine persönliche Betroffenheit von der Verschlechterung erwarten besonders viele im Ruhrgebiet (54 Prozent), während in den anderen Regionen zwischen 46 Prozent (Region Chemnitz) und 48 Prozent (Saarland, Lausitz) davon ausgehen, selbst betroffen zu sein.

6.2 Gründe und Einflüsse auf Strukturwandel

Die Gründe für Veränderungen der Wirtschaftsstruktur sind vielfältig. Sie reichen von individuellen Entscheidungen einflussreicher Unternehmer über Veränderungen bei Technologie oder Kundenpräferenzen bis zu gesellschaftlichen Trends. In der Sozialen Marktwirtschaft tritt neben diese Gesellschafts- und Marktentwicklung das Engagement des Staates, um regulierend einzugreifen und Härten abzufedern. Entsprechend gehen Veränderungen der Wirtschaft auf eine Kombination von gesellschaftlichen Veränderungen, Marktprozessen und politischem Handeln zurück. Welcher Akteur welchen Anteil an einer Entwicklung hat, lässt sich dann nur sehr eingeschränkt benennen. Dessen ungeachtet entwickeln Menschen ein Verständnis davon, wer aus ihrer Sicht vor allem für einen Strukturwandel verantwortlich ist.

Gefragt nach den Ursachen von Strukturwandel, geben die Befragten in den Kohleregionen vielfältige Antworten, wobei oft mehrere Ursachen genannt werden, auch abhängig vom diskutierten Wirtschaftszweig. Eine Reihe von Befragten sieht die Ursachen in der Wirtschaft, bei Managemententscheidungen oder Marktprozessen. Mit Blick auf die Kohleförderung meint eine Befragte aus dem Ruhrgebiet: „Die Kohle zu fördern, das ist zu teuer. Das Geld spielt eine Rolle“ (Ruhrgebiet, 61–75, w, ehemals Montanindustrie, CDU). Ein anderer sieht die Ursache ebenfalls in der Marktsituation: „Wirtschaftlich gesehen ist die Schließung der Zechen sinnvoll und notwendig gewesen“ (Ruhrgebiet, 18–30, m, nicht Montanindustrie, Nichtwähler). Bei anderen Wirtschaftszweigen wird insbesondere die Konkurrenz auf anderen Kontinenten als die entscheidende Marktveränderung gesehen. Mit Blick auf den Niedergang der Textilindustrie in der Region Chemnitz meint ein Befragter: „Weil viele Produzenten und Anbieter aus dem asiatischen Raum mit günstigeren Preisen dort am Start waren. Das hat vieles kaputt gemacht“ (Region Chemnitz, 51–60, m, aktuell Maschinenbau, CDU).

Andere sehen falsche Unternehmensentscheidungen als wesentliche Ursache. „Das hat größtenteils mit Fehlentscheidungen des Managements zu tun“, meint ein Befragter aus dem Ruhrgebiet mit Blick auf die Autoindustrie (Ruhrgebiet, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, CDU). Eine Saarländerin geht in ihrem Urteil weiter und sieht einen grundsätzlichen Werteverfall bei Unternehmern als Ursache: „Unsere Arbeitgeber sind nicht mit uns solidarisch. Es gibt kein soziales Gewissen mehr. (...) Es gibt nur noch Gier“ (Saarland, 61–75, w, nicht Montanindustrie, Linke).

In einem allgemeineren Sinne taucht Kulturwandel ebenfalls unter den Begründungen für wirtschaftlichen Wandel auf. „Andere Prioritäten, anderer Lebenswandel, alles ist so schnelllebig geworden“ (Ruhrgebiet, 41–50, w, ehemals Montanindustrie, AfD). „Es gab Wandel im Denken, dass man nicht zum Arbeiten auf der Welt ist, sondern sich auch auf sich konzentrieren soll“ (Lausitz, 18–30, w, nicht Montanindustrie, sonstige Partei). Nach dieser Vorstellung sind es die Menschen allgemein mit ihren Lebensvorstellungen und Werten, die den Markt und damit letztlich die Wirtschaftsstruktur verändern.

Am häufigsten wird die Ursache für Strukturwandel aber in der Politik gesehen. Oft ist es eine diffuse Zuordnung der Ursache zur Politik, ohne eine konkretere Vorstellung, welche Akteure oder welche Ebene eingegriffen habe. Zum Wandel in der Region meint ein Befragter aus dem Ruhrgebiet: „Mein Eindruck ist, dass es vielleicht nicht ganz ungewollt ist. Ich habe immer den Eindruck, das ist die nächste Stufe, dass den Leuten die alten Grundlagen genommen werden. Das soziale Gefüge verändert sich. (...) Ich denke, die Politik tut sich keinen Gefallen damit“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, Linke). Ein anderer sieht die Rolle der Politik durchaus positiv, aber hat ebenfalls keine konkrete Vorstellung, was genau getan wird: „Im Strukturwandel sind wir relativ gut dabei. Das funktioniert auch von der Politik her. (...) Die kümmern sich, vom Gefühl her, dass da was passiert“ (Saarland, 31–40, m, aktuell Montanindustrie, SPD).

Häufig haben die Befragten aber auch konkretere Gedanken und Beobachtungen zur Rolle der Politik im Strukturwandel. Für die betroffenen Regionen sind die Energiewende und der Kohleausstieg von großer Bedeutung. Darauf wird gesondert im folgenden Abschnitt eingegangen. Andere Eingriffe der Politik sind nach Ansicht der Befragten beispielsweise Anreize zur Unternehmensansiedlung. „Sie bieten Firmen Anreize, ermäßigte Gewerbesteuer für die ersten drei Jahre. Ich weiß nicht, wie es ist, aber ich bin überzeugt davon, dass hinter dem Rücken etwas beschlossen wird“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, CDU). Ein Lausitzer erkennt im Vergleich der Bundesländer deutliche Unterschiede: „Es gibt einen Unterschied, ob ein Land von SPD oder CDU regiert wird. Wenn man Brandenburg mit Sachsen vergleicht, sieht man das. (...) Man hatte den Eindruck, dass in Sachsen mehr passiert. Dass sich dort mehr Leute um Arbeit kümmern, um neue Geschäftsideen. Dort wurden geschickt und sinnvoll Zukunftsindustrien angesiedelt“ (Lausitz, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, Linke).

Manche Befragte nennen die Einrichtung von Universitäten oder Forschungsinstituten, den Ausbau der Infrastruktur oder, vor allem im Saarland, den Aufbau von Industriekultur. „Was ganz aktiv angegangen wird, ist die Erweiterung des Wissenschaftsstandortes. BTU Cottbus. Das weiß ich“ (Lausitz, 18–30, m, aktuell Montanindustrie, SPD). Häufiger allerdings geht es bei diesen Themen um Versäumnisse, die der Politik vorgeworfen werden (siehe Kapitel 6.4).



Zwei Themen, die vor allem in Form von Kritik an der Politik immer wieder auftauchen, sind die Hartz-Reformen (auch unter dem Namen Agenda 2010) und die Flüchtlingspolitik.

Der Einfluss der Politik auf den wirtschaftlichen Strukturwandel zeigt sich aus Sicht einiger in der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen. „Die Politik hat damit zu tun, (...) als die 400 Euro-Stellen eingeführt wurden, seitdem ist es ganz extrem geworden. Wenn man die Zeitung aufschlägt, über die Hälfte sind 400 Euro-Stellen“ (Ruhrgebiet, 41–50, w, nicht Montanindustrie, Nichtwählerin). Ein anderer Befragter nennt es die „Hartz IV-Spirale, sehr, sehr viele Mini-Jobs“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU). Ein Saarländer sieht vor allem in der Zeitarbeit ein Problem. „Seitdem die gefördert werden, machen die mit den Leuten was die wollen. (...) Und wenn du dich da meldest, dass es so nicht geht, dann wirst du entlassen. Das regt mich dermaßen auf“ (Saarland, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, AfD). Diese Beschwerden kommen praktisch ausschließlich aus Westdeutschland, während in Ostdeutschland eher zu hohe oder zu leicht zugängliche Sozialleistungen beklagt werden. „Da sollte man wirklich mal überlegen, was man da machen kann. Und doch mal den einen oder anderen, der meinte ‚Hartz IV und der Tag gehört dir‘, den mal zum Arbeiten schicken“ (Lausitz, 31–40, w, nicht Montanindustrie, CDU). Andere beklagen das geringe Lohnniveau und daher auch den geringen Unterschied zum Arbeitslosengeld II (auch Hartz IV genannt). „Was ich so ungerecht finde: Viele Hartz IV-Empfänger, die haben teilweise mehr als wie eine Friseurin, die arbeitet“ (Region Chemnitz, 51–60, w, ehemals Maschinenbau, Nichtwählerin).

Geht es um Veränderungen in der Region, auch wirtschaftliche Veränderungen, denken zahlreiche Befragte unmittelbar an die Flüchtlingsmigration. „Dass wir seit 2015 sehr viel neue Mitbürger haben. Bedingt, durch die wirtschaftliche Lage. Bedingt durch Kriege oder Präsidenten, die meinten, die müssten ihre Leute aus dem Land schmeißen. Das ist für mich eine sehr starke Veränderung“ (Saarland, 61–75, m, ehemals Montanindustrie, AfD). Dies wird von denen, die es thematisieren, als direkte Konsequenz von politischen Entscheidungen wahrgenommen. „Politik hat Einfluss. Das kann nicht ausbleiben. Die Flüchtlingspolitik, die übertrieben wird. Die Migrationshintergründe haben wirtschaftliche und politische Einflüsse“ (Region Chemnitz, 51–60, w, nicht Maschinenbau, Nichtwählerin). „Ich bin nicht die, die ganz politisch bewandert ist, aber ich finde, man hätte vielleicht die ganze Geschichte, auch mit den Zechenschließungen, der Zuwanderung aufhalten können. Man hat zu wenig getan, abgewartet, was passiert. Dann konnte man es nicht mehr aufhalten“ (Ruhrgebiet, 41–50, w, ehemals Montanindustrie, AfD). Auch die Vorstellung, Bundeskanzlerin Merkel habe allein und in völlig freier Entscheidung über die Aufnahme der Flüchtlinge entschieden, findet sich in den Interviews: „Von der Frau Merkel – Ausländer aus Syrien – die kommen da daher und sind Unruhestifter und kriegen Wohnungen gestellt. Ich kann sowas nicht verstehen. (...) Gefühlt ist man umzingelt von Ausländern. – [Interviewer:] Hat die Frau Merkel die Verantwortung dafür? – [Befragte:] Ja. Würde ich schon sagen. – [Interviewer:] Nur sie oder ... – [Befragte:] Die hat es ja veranlasst. Dafür gesorgt, dass die reinkommen können“ (Saarland, 18–30, w, nicht Montanindustrie, Linke).

In der Vorstellung dieser Befragten gibt es offensichtlich keinerlei Bedingungen, die zu dieser Entscheidung mindestens beigetragen haben, wie der Bürgerkrieg in Syrien, der Migrationsdruck auf die EU insgesamt oder die Hilfe für Österreich oder andere EU-Länder, die bis dahin besonders mit der Aufnahme von Flüchtlingen belastet waren. In der Flüchtlingsthematik wird häufiger eine direkte Verursachung durch die Politik und

insbesondere von Bundeskanzlerin Merkel gesehen. Auch beim Strukturwandel in den Kohleregionen ist die Vorstellung verbreitet, die Politik beeinflusse den Ausstieg aus der Kohle maßgeblich, doch in der Flüchtlingspolitik ist die Vorstellung einer direkten politischen Entscheidung bei den Befragten, die dieses Thema aufbringen, noch stärker. Auch die zuvor zitierte Befragte sieht in keinem anderen Bereich einen direkten Einfluss der Politik. „Nee, eigentlich nicht“, ist ihre Antwort. Dass sie aufgrund ihrer zu geringen Schulbildung die gewünschte Ausbildung als Erzieherin nicht machen darf, kommt ihr als politische Entscheidung nicht in den Sinn.

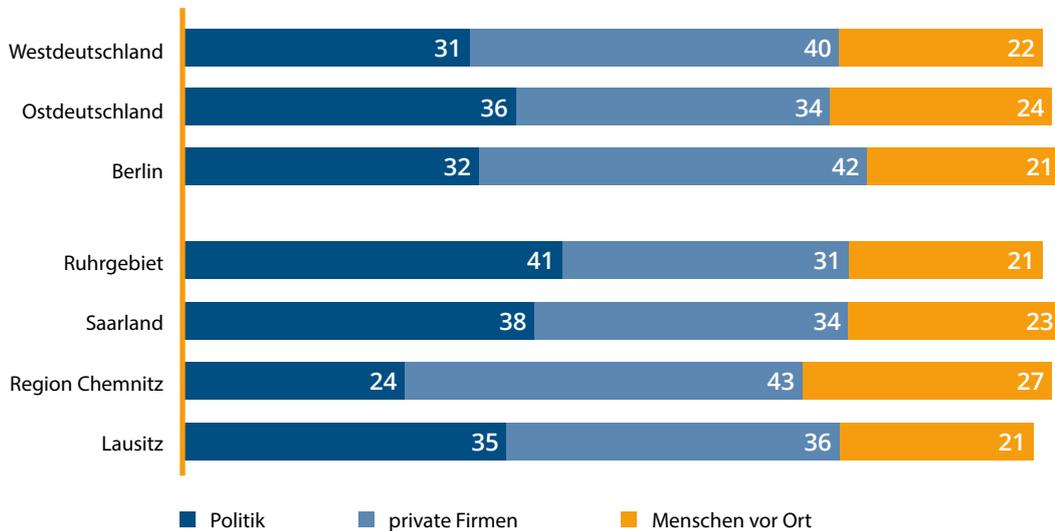
In der repräsentativen Umfrage werden bei der Frage nach den Akteuren mit dem größten Einfluss auf die regionale Wirtschaft am häufigsten private Firmen genannt. 39 Prozent der Befragten entscheiden sich für diese Antwort. Die verbreitete Verantwortungszuschreibung an die Politik zeigt sich aber auch. Zusammengenommen entscheiden sich 32 Prozent der Befragten für politische Akteure. Darunter werden am häufigsten die Politiker vor Ort genannt. Insgesamt sind 16 Prozent aller Befragten der Ansicht, die Politik vor Ort habe den größten Einfluss auf die regionale Wirtschaftssituation. Der nationalen Politik geben 10 Prozent der Befragten die Hauptrolle. Die Europäische Union (EU) ist nur für einen kleinen Teil der Befragten (5 Prozent) der wichtigste Akteur. Für mehr als ein Fünftel der Befragten (22 Prozent) sind die Menschen vor Ort entscheidend. Mit 6 Prozent geben zwar mehr Menschen an, die Frage nicht beantworten zu können oder zu wollen, aber angesichts der Komplexität wirtschaftlicher Entwicklungen und der vielfältigen denkbaren Einflüsse ist dies ein erstaunlich kleiner Anteil.

Private Unternehmen werden im westdeutschen Durchschnitt von 40 Prozent der Befragten als wichtigster Akteur angesehen, der die wirtschaftliche Situation in der Region beeinflusst. In Ostdeutschland und drei der Kohleregionen, nämlich dem Ruhrgebiet, dem Saarland und der Lausitz, ist der Anteil dagegen niedriger. In der Lausitz sind es 36 Prozent, im ostdeutschen Durchschnitt 34 Prozent und auch in den westdeutschen Kohleregionen Saarland und Ruhrgebiet ist der Anteil von Menschen, die in privaten Unternehmen den wichtigsten Akteur für die regionale Wirtschaft sehen, mit 34 Prozent bzw. 31 Prozent niedriger als im westdeutschen Durchschnitt. Hier scheint sich die Erfahrung von grundlegendem, auch politisch beeinflusstem Strukturwandel mit dem Ausstieg aus der Kohleförderung im Westen und vor allem der Transformation nach der Wende in ganz Ostdeutschland niederzuschlagen. Während in Westdeutschland nur 31 Prozent die Politik als wichtigsten Akteur beim Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Region ansehen, sind es im ostdeutschen Durchschnitt mit 36 Prozent etwas mehr und in den westdeutschen Kohleregionen liegt der Anteil noch höher. Im Saarland sind 38 Prozent dieser Ansicht und im Ruhrgebiet mit 41 Prozent erheblich mehr als im westdeutschen Durchschnitt.

Die Ausnahme von diesem Muster bildet die Region Chemnitz. Hier ist mit 43 Prozent der im Vergleich größte Anteil der Menschen der Ansicht, private Firmen hätten den größten Einfluss, während mit 24 Prozent der im Vergleich kleinste Anteil die Politik als entscheidenden Akteur sieht. Die Menschen vor Ort werden mit 27 Prozent in der Region Chemnitz im Vergleich zu den anderen Regionen etwas häufiger als ausschlaggebend für die wirtschaftliche Situation in der Region angesehen, wobei die Unterschiede nicht sehr groß sind.

Abbildung 22: Hauptsächliche Beeinflussung der regionalen Wirtschaft

Wer steuert nach Ihrer Ansicht hauptsächlich die wirtschaftliche Situation in Ihrer Region?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Politik: die EU, der deutsche Staat, Politiker vor Ort. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.

Neben der Rolle der Politik wird also auch die Bedeutung privater Unternehmen und der Menschen vor Ort gesehen. Das zeigt sich auch in den Tiefeninterviews. So meint eine Befragte aus der Lausitz: „Wenn jemand gewählt hat, Unternehmer zu sein, dann ist es auch seine Aufgabe sich darum zu kümmern. Der ist dann nur mittelbar dafür verantwortlich. Kann aber nicht immer den anderen die Schuld in die Schuhe schieben, wenn was schiefgeht“ (Lausitz, 31–40, w, nicht Montanindustrie, CDU). Eine Befragte aus dem Saarland sieht eher eine Mischung des Einflusses von Unternehmern und Politik: „Die Rahmenbedingungen muss die Politik natürlich schaffen. Von der Infrastruktur her, weitere Förderungen, und es damit dann attraktiv machen. Aber die Firmen selber müssen auch mitziehen, und es auch versuchen“ (Saarland, 18–30, w, nicht Montanindustrie, sonstige Partei). Schließlich wird vereinzelt die Initiative der Einzelnen angemahnt (siehe auch das folgende Kapitel 6.3). So verflechten sich in der Einschätzung der Menschen viele Akteure mit ihrem Einfluss auf die wirtschaftliche Situation.

6.3 Der Kohleausstieg und die Kohlekommission

Ein Thema, das den Befragten in den drei betroffenen Regionen – dem Saarland, dem Ruhrgebiet und ganz besonders der Lausitz – unter den Nägeln brennt, ist die Arbeit der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, kurz Kohlekommission, die während der Befragungszeit in der Endphase war und schließlich ihren Bericht vorgelegt hat. Damit wurde ein Ausstieg aus der Braunkohleförderung für das Jahr 2038 vorgeschlagen, flankiert mit zahlreichen Maßnahmen zur Strukturförderung in den deutschen Stein- und Braunkohlerevieren.

Dieser Ausstiegsbeschluss stößt bei einer ganzen Reihe von Befragten, vor allem aus der Lausitz, auf Widerspruch. „Völlig unbegründete politische Entscheidung“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, FDP). „Negativ. Ohne Sinn und Verstand“, urteilt ein anderer (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, SPD). „Ich sage es deutlich und klar. Es ist der größte Blödsinn, der momentan passiert“, ergänzt ein Befragter aus dem Saarland (Saarland, 18–30, m, aktuell Montanindustrie, AfD). Die emotionalsten Reaktionen kommen von Befragten, die derzeit in der Kohleindustrie beschäftigt sind.

An der Kohlekommission wird aus mehreren Gründen Kritik geübt. Mehrere Befragte in der Lausitz betonen die Vorläufigkeit der Beschlüsse und äußern zum Teil Skepsis, ob es wirklich zu einer Umsetzung kommt. „All das, was jetzt angedacht ist mit der Strukturkommission, was die ausgehandelt hat, ist aber erst einmal eine Vorlage für die Politik. Die entscheiden am Ende, ob das so umgesetzt wird. Wenn die Maßnahmen umgesetzt würden, dann wird es wirtschaftlich nach vorne gehen. Aber ob es so kommt, das wissen wir nicht“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, FDP). Ein anderer betont ebenfalls seine Zurückhaltung: „Es ist ja nur eine Empfehlung an die Regierung. Das ist ja nicht das, was dann wirklich kommt. Weil das Gesetz noch fehlt. Man will jetzt mal Taten sehen“ (Lausitz, 31–40, w, aktuell Montanindustrie, SPD). Die Verlässlichkeit der Ankündigungen spielt für die Menschen in der Region eine große Rolle. So räumt ein Beschäftigter in der Braunkohleförderung der Lausitz ein: „Man muss ehrlich sagen, dass die Rahmenbedingungen, die in diesem Papier stehen, erst mal keine schlechten sind.“ Dann fügt er allerdings an: „Und das zusammengefasst [gibt] den Leuten schon eine gewisse Art von Hoffnung. Weil die Kollegen, die im rentenfähigen Alter sind, die werden eben abgefedert. Die müssen nicht fürchten und nicht fliehen, irgendwo in andere Ecken hin. Das ist auch ganz wichtig, dass alle eine gewisse Form von Sicherheit spüren“ (Lausitz, 18–30, m, aktuell Montanindustrie, SPD).

Diskussionen um einen möglicherweise früheren Ausstieg aus der Braunkohleförderung werden von Befragten aus der Lausitz harsch kritisiert. Dies ist verständlich aus der unter ihnen verbreiteten Ansicht, die Beendigung der Förderung sei ein grundsätzlicher Fehler. Es ist aber auch zu verstehen mit Blick auf das Bedürfnis nach einer Berechenbarkeit des Prozesses. Sie verlangen Verlässlichkeit. In den Kommentaren wird dabei die tiefe Ablehnung gegenüber Protestierenden oder auch den Grünen deutlich. „Irgendwelche Freaks wollen es sogar noch schneller haben und schicken ihre Randalierertruppendeile da los. Die da die Tagebau-Bagger besetzen“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, FDP). Ein anderer äußert seine Kritik etwas verhaltener: „Ich bin ein bisschen enttäuscht. (...) Die haben sich geeinigt mit 30 Stimmen dafür und einer Gegenstimme. Da können sie drei Tage später nicht sagen: Wir wollen was anderes als das, was gesagt wurde. Das ist unglaublich“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montan-



industrie, AfD). Die Haltung der Grünen und die Proteste an und in den Tagebauen frustrieren die Braunkohlebeschäftigten in der Lausitz spürbar: „Das sind die Bündnis 90/ Die Grünen, die hier sagen: Nach dem Kohlekompromiss, der da ausgehandelt wurde (...) – was eine Idee eines breiten gesellschaftlichen Konsens sein kann – die sich dann erstens hinstellen und gleich sagen: Nee, mit dem sind wir nicht einverstanden, 38 ist zu spät. Und dann kommen die anderen Organisationen dazu, ... die noch radikaler sind und nach dem Kompromiss schon wieder die Bagger besetzt haben. (...) Aber auch mit am Tisch gesessen haben und den Kompromiss mit auf den Weg gebracht haben“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, Linke). Auch eine andere Befragte vermisst die Kompromissbereitschaft: „Es ist irgendwie kein richtiges Miteinander, sondern es ist nur immer entweder oder. Ich empfinde das als so extrem. (...) Ich [habe] das Gefühl (...), dass (...) jeder so ein bisschen auf seiner Meinung beharrt, auch nicht auf den anderen zugehen will“ (Lausitz, 31–40, w, aktuell Montanindustrie, sonstige Partei).

Das zeitliche Szenario des Braunkohleausstiegs stößt auf Kritik in der Lausitz. Da steht auf der einen Seite die Ansicht, es sei zu spät auf die absehbare Entwicklung reagiert worden. So meint ein Lausitzer, die Politik müsse Arbeitsplätze in der Region schaffen. „Vieles wurde verschlafen, weil sich auf der Braunkohle ausgeruht wurde“ (Lausitz, 41–50, m, nicht Montanindustrie, AfD). Eine andere Befragte aus der Kohleindustrie in der Lausitz sieht das Versäumnis bei den Menschen in der Region. „Ich glaube, dass man einfach zu lange immer noch auf die Braunkohle gesetzt hat. Es ist mein Gefühl, dass man es nicht so richtig wahrhaben wollte, dass es da ein Ende geben wird. (...) Ich glaube, dass auch die Menschen selber, die hier wohnen und leben, so ein bisschen auch die Scheuklappen aufhaben oder hatten“ (Lausitz, 31–40, w, aktuell Montanindustrie, sonstige Partei).

Mehr Befragte sind allerdings der Ansicht, nicht die Anpassung an die Veränderung gehe zu langsam, sondern der Ausstieg aus der Kohleförderung gehe zu schnell. „Man hat die Atomkraft übers Knie gebrochen. Das kann man noch verstehen. Aber dass man jetzt alles übers Knie bricht, das ist nicht gut. Da wird eine Agenda durchgepackt, die den Leuten nicht guttut. Das ist Wahnsinn“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, Linke).

Dabei steht vor allem der Klimaschutz als Ziel oder die Beendigung der Kohleverstromung als Klimaschutzmaßnahme im Mittelpunkt. Mit Blick auf die Einstellung der deutschen Steinkohleförderung argumentiert ein Beschäftigter der Kohleindustrie aus dem Saarland: „Etwas traurig und nicht nachvollziehbar, dass wir unsere eigene Steinkohle geschlossen haben und jetzt auf dem Weltmarkt Kohle kaufen. Dass die Kohle aus China, Australien und Russland zu uns kommt, um unsere Kraftwerke zu betreiben. Das soll dann angeblich umweltfreundlicher sein als hier unsere eigene Kohle zu fördern. Da bin ich nicht so der Meinung der Regierung. Die Schiffe, die da kommen, die laufen mit Schweröl und die tun da mehr CO₂ in die Luft blasen, als wenn wir unsere eigene Kohle fördern“ (Saarland, 41–50, m, aktuell Montanindustrie, SPD).¹ Die Einstellung der Kohleförderung und -verstromung als sinnvollen Beitrag gegen den Klimawandel weisen auch andere zurück. „Der Effekt, dass das Weltklima – das ist ja wohl ein Witz! Was wir da nicht emittieren, das emittieren dann unsere Nachbarländer. Wäre viel mehr gewonnen, würden wir die Technologie, die wir haben – wir sind ja wirklich führend in der Kraftwerkstechnik – wenn wir die exportieren würden“ (Lausitz, 31–40, w, aktuell Montanindustrie, SPD). Auf die geringen Emissionen deutscher Kraftwerke verweist auch ein anderer: „Ich

sage es deutlich und klar: Es ist der größte Blödsinn, der momentan passiert. Wir haben die saubersten Kraftwerke der Welt“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, CDU). Dem schließt er einen grundlegenden Zweifel an den Begründungen insgesamt an: „Es sind auch nur ‚angebliche‘ Gründe.“ Ein anderer meint mit Blick auf die Energiewende: „Das wird nicht funktionieren. Das geht nicht. (...) Man kann doch nicht gegen alle Logik und gegen Wissenschaft und Technik solche politischen Wahnvorstellungen – sind ja Religionen im Endeffekt – verfallen“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, FDP).

Wiederholt wird auf die Problematik der Versorgungssicherheit hingewiesen: „Den Endtermin hat man für 2038 festgelegt. Das hätte man auch mit einem Fragezeichen versehen können. (...) Weil die Techniken – Photovoltaik und Wind – noch nicht so weit sind, um eine stabile Stromversorgung in Deutschland aufrechtzuhalten. (...) Keiner kann sagen, was nach 2038 ist“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, AfD). „Also es wird dann immer nicht gesagt, dass man sozusagen langsam aussteigen muss. (...) Was ist denn, wenn die Sonne nicht scheint und wenn der Wind nicht weht? (...) Ich empfinde das so als extrem“ (Lausitz, 31–40, w, aktuell Montanindustrie, sonstige Partei).

Ähnlich wie beim Kohleausstieg fällt das Urteil über die Energiewende insgesamt bei mehreren Befragten aus den Kohleregionen vernichtend aus: „Diese ideologische Verblendung der Energiewende ist allgegenwärtig“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, AfD). Dabei spielt auch ein grundsätzlicher Zweifel an dem menschenbeeinflussten Klimawandel und der Bedeutung des CO₂-Ausstoßes eine Rolle. Ein Befragter nennt es den „Hokuspokus mit dem CO₂“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, FDP). Ein anderer bestreitet den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel insgesamt. „Wenn die UNO festlegt, wir haben einen Klimawandel, dann ist das so. (...) Es gibt Wissenschaftler, die sagen, wir haben einen Klimawandel, und es gibt Wissenschaftler, die sagen, wir haben keinen Klimawandel. (...) Und andere sagen wieder, es gibt einen Klimawandel, aber einen, der nicht vom Menschen herbeigeführt ist. (...) Ich bin gespalten. Ich bin bei den Wissenschaftlern, die sagen, es gibt einen Klimawandel, der nicht vom Menschen herbeigeführt ist“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, AfD).

Zweifel am menschenbeeinflussten Klimawandel als solchem sind selten. In der deutschen Bevölkerungsmeinung sind dies Positionen von einer kleinen Minderheit. Auch in unserer Befragung finden sich einzelne Befragte, die den Ausstieg aus der Kohleförderung für zu spät und nicht zu früh halten. „Es muss bald passieren und nicht erst in 20 Jahren“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, nicht Montanindustrie, Grüne). Ein anderer meint mit Blick auf die Entwicklungen der Technologien rund um erneuerbare Energien: „Wir sind immer zu langsam und zu unambitioniert“ (Saarland, 18–30, m, nicht Montanindustrie, sonstige Partei). Dass in der Befragung von Menschen in den Kohleregionen und insbesondere unter den derzeitigen Beschäftigten in der Kohleindustrie die Fragen intensiv verfolgt und auch ganz anders diskutiert werden, zeigt noch einmal, wie bedeutend und emotional aufgeladen das Thema für die Menschen ist.

Jenseits der Entscheidung über den Ausstieg aus der Kohleförderung wurden auch die Diskussionen um Strukturhilfen für die betroffenen Regionen genau beobachtet. Neben der oben erwähnten Frage der Verlässlichkeit von Zusagen gibt es vor allem in der Lausitz verbreitet den Eindruck, es fehle ein Konzept für den wirtschaftlichen Strukturwandel. „Geld wird sinnlos reingepumpt. Das gab es immer wieder mal. Man sollte es intelligenter machen. Es fehlt noch ein plausibles Konzept oder eine Leitfigur, der man

das zutrauen könnte“ (Lausitz, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, Linke). „Ich glaube nicht daran, dass hier irgendwelche Industriearbeitsplätze auf dem Level, was wir hier im Bergbau verdienen, angesiedelt werden und dass das hier aufgefangen wird und die Region nicht weiter ausstirbt. (...) Dann soll wieder Geld fließen. Mit Geld kann ich aber nicht alles richten. Ich habe kein großes Vertrauen in die Politik“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, AfD). „Da gibt es Phantasten, die haben da Projekte ins Auge gefasst, wo man sagen muss: Dafür gibt es hier gar keine Basis, weder die Menschen noch die Betriebe“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, SPD). Und so führt auch dieser Zweifel zum Teil zu einer vollständigen Ablehnung des Kohleausstiegs und des anstehenden Strukturwandels: „Man kann doch nichts kaputt machen und aus der Welt schaffen, ohne zu wissen, was danach kommt. Wie es weitergehen soll“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, FDP).

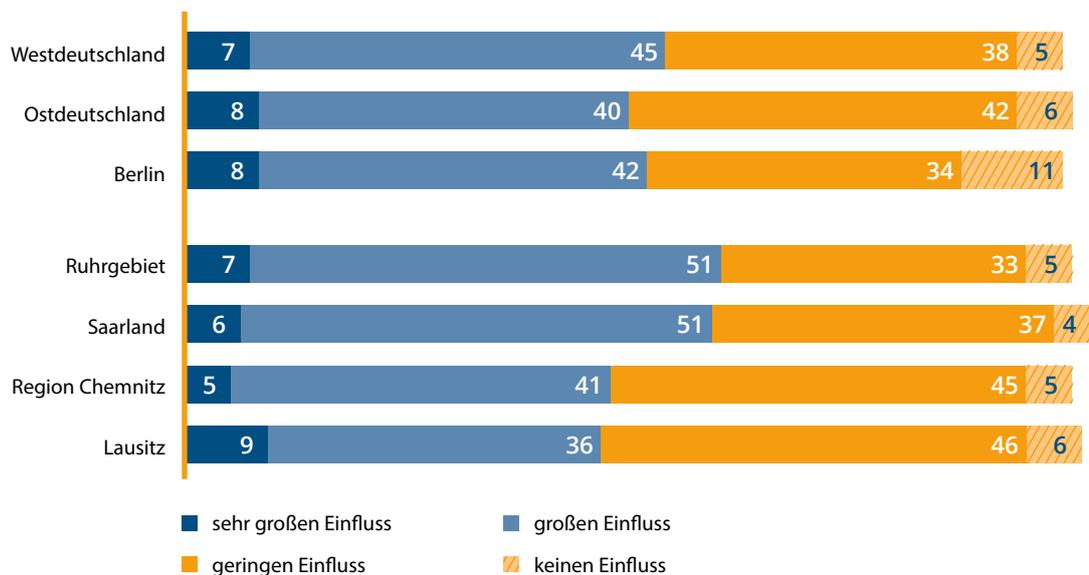
Insbesondere in der Lausitz – und dort noch einmal besonders bei den Beschäftigten in der Braunkohle – wird die Arbeit der Kohlekommission ausgesprochen kritisch gesehen; ihre Vorschläge stoßen vielfach auf Ablehnung. Die Menschen fürchten um ihre Arbeitsplätze und die Zukunft der Region. Vor allem dies scheint ihre Einschätzung der Kommissionsarbeit zu prägen. In den anderen Regionen scheinen sich die Einschätzungen deutlich zu unterscheiden. So meint ein Befragter aus dem Ruhrgebiet: „Ich glaube, die haben schon einen guten Mittelweg gefunden. (...) Diese Woche ist beschlossen worden, dass man noch ein paar Jahre den Kohleabbau mitträgt. Aber jeder weiß, dass aus Umweltaspekten kein Sinn darin besteht, die Kohle weiter zu fördern“ (Ruhrgebiet, 18–30, m, nicht Montanindustrie, Nichtwähler). Ein Saarländer ist wenig emotional bei der Beurteilung: „Weiß ich nicht. Das, was sie gemacht haben, ist in Ordnung. Sie sollten gucken, dass sie von der Kohlekommission noch Geld ins Saarland schaffen“ (Saarland, 31–40, m, aktuell Montanindustrie, SPD). Und ein anderer Saarländer hat auch mit dem Thema abgeschlossen: „Medial bekommt man das schon mit. Aber hier bekommt man es kaum mit. Auch bei Angehörigen wird nicht mehr drüber gesprochen. Es wird halt hingenommen“ (Saarland, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU). Insgesamt wird die Kommissionsarbeit in den westdeutschen Regionen und der Region Chemnitz selten thematisiert.

6.4 Die Politik muss es richten

Konfrontiert mit der Aufgabe eines wirtschaftlichen Strukturwandels richten sich die Blicke auf die Politik. Durchweg ist eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, die Politik hatte großen oder sehr großen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation in der Region. 8 Prozent sind der Ansicht, die Politik hatte sehr großen Einfluss, weitere 44 Prozent sehen einen großen Einfluss der Politik auf die wirtschaftliche Situation in der Region. In Westdeutschland ist die Vermutung eines großen oder sehr großen Einflusses der Politik auf die Wirtschaft weiter verbreitet als in Ostdeutschland. 52 Prozent der Westdeutschen sehen einen großen oder sehr großen Einfluss der Politik auf die Wirtschaft, während in Ostdeutschland diese Ansicht von 48 Prozent der Befragten geteilt wird.

Abbildung 23: Einfluss der Politik auf die wirtschaftliche Situation

Welchen Einfluss hatte die Politik nach Ihrer Ansicht auf die wirtschaftliche Situation in der Region?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.

In den westdeutschen Kohleregionen wird ein (sehr) großer Einfluss der Politik noch etwas häufiger vermutet. 58 Prozent der Menschen im Ruhrgebiet gehen von einem großen oder sehr großen Einfluss der Politik auf die regionale Wirtschaftssituation aus, im Saarland sind es mit 57 Prozent ebenso viele. Beide Regionen liegen über dem westdeutschen Durchschnitt (52 Prozent). Hier zeigen sich zumindest leichte Nachwirkungen der politischen Programme rund um den Strukturwandel.

In Ostdeutschland ist die Einschätzung der politischen Rolle weit zurückhaltender. In der Region Chemnitz und der Lausitz erkennen jeweils 45 Prozent der Befragten einen großen oder sehr großen Einfluss der Politik auf die wirtschaftliche Situation der Region, was etwas unter dem ostdeutschen Durchschnitt (48 Prozent) liegt. Möglicherweise spiegeln sich in der Frage nach der Größe des politischen Einflusses unterschiedliche Vergleichsmaßstäbe in Ost und West, denn im Vergleich zur zentral gelenkten Staatswirtschaft der DDR ist der politische Einfluss auf die Wirtschaft in der Bundesrepublik natürlich eher gering. Die Erinnerung an die Situation in der DDR könnte zu diesem Einschätzungsunterschied zwischen West und Ost beitragen.

Insgesamt wird ein sehr hoher Einfluss der Politik auf die wirtschaftliche Situation in der Region angenommen, denn eine Mehrheit oder zumindest eine annähernde Mehrheit kommt in den verschiedenen Regionen zu dieser Einschätzung. Entsprechend erwarten oder erhoffen sich die Menschen politische Unterstützung beim wirtschaftlichen Wandel, zum Teil auch eine Lenkung des Wandels.



Die Politik „sollte sich mehr engagieren, mehr Geld reinbringen“, meint ein Befragter aus dem Ruhrgebiet (Ruhrgebiet, 31–40, m, ehemals Montanindustrie, CDU). Ein Lausitzer formuliert ebenfalls Erwartungen an die Politik: „Ich sehe da auch in der Region Gestaltungsmöglichkeiten bzw. auch die Politik knallhart in der Pflicht, weiterhin“ (Lausitz, 18–30, m, aktuell Montanindustrie, SPD). Andere formulieren Forderungen nach einem direkten Eingriff der Politik in die Wirtschaft: „So wie mit Opel. Sich hinstellen und sagen: Nein, ihr schließt nicht oder es passiert was! So kleine Drohung“ (Ruhrgebiet, 51–60, w, nicht Montanindustrie, SPD). „Man darf nicht alles aus der Hand geben. Die Politik muss das kontrollieren. Das Staatseigentum ist irgendwo auch Eigentum der Bürger. Das darf man nicht alles verkaufen an private Investoren. Man muss dem Ganzen einen Riegel vorschieben“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, Linke).

Bei der Rolle der Politik im Strukturwandel haben einige auch die bereits laufenden Bemühungen im Blick. „Wir haben ja einen relativ jungen Ministerpräsidenten, Herrn Hans. Der kämpft für das Saarland an allen Fronten. Hoffe, dass er mit seinem Kampf auch Erfolg hat“ (Saarland, 61–75, m, ehemals Montanindustrie, AfD). „Die kümmern sich, vom Gefühl her, dass da was passiert. Auch für Start-ups. (...) Landesregierung, Städte, Gemeinden“ (Saarland, 31–40, m, aktuell Montanindustrie, SPD).

Weit häufiger werden aber Forderungen an die Politik formuliert. Viele vermitteln den Eindruck, dass sie von starken Einflussmöglichkeiten der Politik ausgehen und die Ansiedlung von Unternehmen als eine direkte Folge von politisch gesetzten Rahmenbedingungen betrachten. „Es müssten mehr Firmen angesiedelt werden, damit wieder Arbeitsplätze geschaffen werden. Da sind unsere Politiker gefordert. Da muss schon einiges getan werden“ (Ruhrgebiet, 61–75, w, ehemals Montanindustrie, CDU). „Den Standort attraktiver machen für Gewerbe, dass [Ortsname] auch mal wachsen kann, die Leute nicht gezwungen sind, die Region zu verlassen“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, nicht Montanindustrie, Grüne). Dabei meinen die einen, es gehe vor allem um Industrie-arbeitsplätze: „Man weiß natürlich, dass jeder große Industrie-arbeitsplätze bei sich behalten will. Aber die Politik müsste dafür sorgen, dass in solchen Regionen wie der Lausitz sowas mal aufgebaut wird. So würde ich das sehen“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, FDP). Andere wollen der Ansiedlung kleinerer Unternehmen den Vorrang geben: „Dass es nicht zu große Betriebe sind. Das ist immer stark abhängig vom Großkonzern. Viel Mittelstand müsste angesiedelt werden“ (Lausitz, 61–75, m, aktuell Montanindustrie, AfD).

Eine Variante dieser sehr allgemein gehaltenen Vorstellungen einer Beeinflussung oder Steuerung des Strukturwandels ist die Erwartung, Arbeitsplätze zu schaffen. „Die Arbeitslosigkeit müsste verringert werden“, fordert ein Befragter aus dem Ruhrgebiet, ohne dazu konkretere Vorstellungen zu haben (Ruhrgebiet, 18–30, m, nicht Montanindustrie, Nichtwähler). Eine Saarländerin antwortet auf die Frage nach den Zukunftsaufgaben der Politik: „Dass genug Arbeitsplätze da sind – für jeden“ (Saarland, 61–75, w, nicht Montanindustrie, AfD). In der Lausitz erhofft sich ein Befragter für die Zeit nach dem Auslaufen der Kohleförderung Hilfe bei der Arbeitssuche: „Dass wir Unterstützung bekommen, wenn es so weit ist, wenn wir uns anderweitig orientieren müssen. Dass vernünftig Fortbildungen geführt werden, dass die Leute entsprechend dem Bildungsstand Arbeit finden, vernünftig bezahlte Arbeit“ (Lausitz, 18–30, w, aktuell Montanindustrie, SPD).

Einzelne haben konkrete Ideen oder Vorstellungen über Ansiedlungen. Eine Idee sind IT-Unternehmen. „Ich denke an sich auch, dass die IT-Branche zunehmend gefördert werden wird, hier in Chemnitz. Es fängt ja auch schon an und wird größer werden. Da könnte die Politik mehr machen, aber die erkennen das schon auch. Also es ist schon gut und wird noch besser hier werden“ (Region Chemnitz, 41–50, m, aktuell Maschinenbau, CDU). Der Vorschlag, eine Bundesbehörde in die Region zu verlegen, wurde in der Lausitz genau beobachtet. Angesichts der Ergebnisse aus der Kohlekommission wird das auch als Glaubwürdigkeitsfrage verstanden: „Alles, was sie auf Papier niedergeschrieben haben, in Gesetze zu verankern und selbst auch dafür sorgen, dass eben auch Behörden hier in die Region kommen. Einfach um ein Zeichen zu setzen, zu sagen: Ja, wir glauben an die Lausitz“ (Lausitz, 31–40, m, aktuell Montanindustrie, SPD).

Konkret gefragt nach der Ansiedlung neuer Industrien in der Region, gibt es vielfach erst einmal große Zustimmung: „Man kann sich über jeden freuen, der auf die Idee kommt, hierher zu ziehen“ (Lausitz, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, Linke). „Je mehr, desto besser“ (Ruhrgebiet, 31–40, m, nicht Montanindustrie, Grüne). „Wir heißen jedes Unternehmen herzlich willkommen, was uns Arbeit bringt“ (Lausitz, 18–30, w, aktuell Montanindustrie, SPD).

So ganz ohne Vorbehalt wird dann aber eine Neuansiedlung doch nicht begrüßt. Zwei Kriterien legen die Befragten an. Zum einen soll ein neu entstehender Betrieb dauerhaft in der Region bleiben. „Es soll langfristig sein, was viele Arbeitsplätze bringt“ (Lausitz, 51–60, w, nicht Montanindustrie, AfD). „Dass es eine langfristige Geschichte wird. Für jeden Menschen ist es wichtig, dass es eine Planung gibt. Nicht nur zwei, vier Jahre, sondern ausgelegt auf Jahrzehnte, dass meine Kinder bei mir leben können, dass ich mir Grund und Boden anschaffen kann, etwas vererben kann“ (Lausitz, 41–50, m, nicht Montanindustrie, AfD).

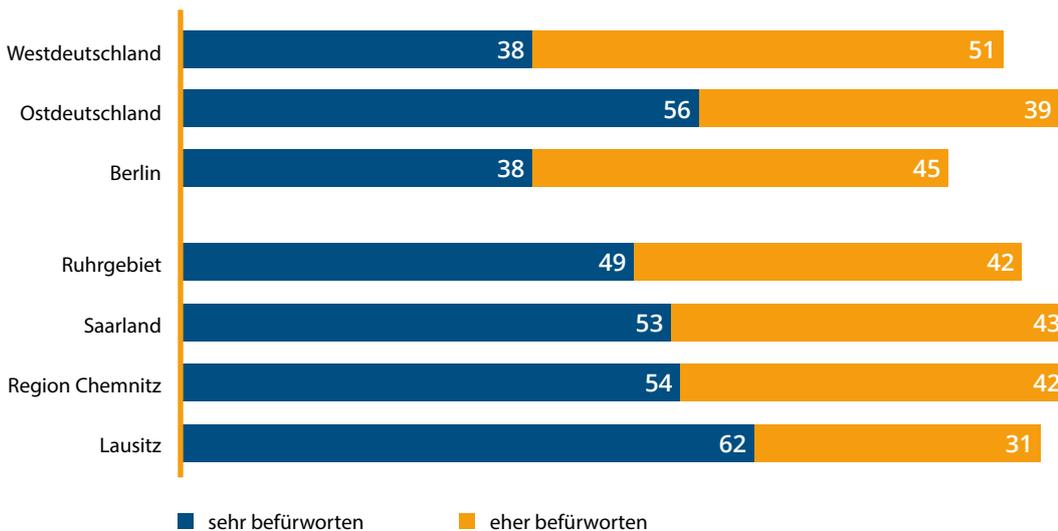
Zum anderen ist es den Befragten wichtig, dass neu entstehende Industrie umweltgerecht ist. „Die Umwelt sollte nicht noch mehr belastet werden. Das muss beachtet werden“ (Lausitz, 51–60, w, nicht Montanindustrie, AfD). „Wenn ein bisschen Dampf herauskommt, das ist okay, aber nichts Krasses“ (Ruhrgebiet, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, CDU). Vielfach halten die Befragten aber auch umweltschädliche Industrieansiedlungen für ohnehin ausgeschlossen oder nicht vermittelbar. „Schmutzig – damit braucht keiner mehr zu kommen. Wir haben uns ja dran gewöhnt, dass wir saubere Luft haben. Da würde das Volk nicht mehr mitmachen“ (Saarland, 51–60, m, ehemals Montanindustrie, AfD). Aber man geht auch davon aus, dass die rechtlichen Regelungen so etwas wie eine schmutzige Industrie ohnehin nicht zulassen: „Laut und dreckig gibt es ja gar nicht mehr. Wer neu baut, hat ja ganz schlimme Normen einzuhalten. Daher gibt es laut und dreckig nicht mehr“ (Region Chemnitz, 51–60, m, nicht Maschinenbau, Nichtwähler).²

Es ist nur eine kleine Minderheit aus unterschiedlichen Regionen, die dem Umweltschutz keine Bedeutung beimisst und auch eine umweltschädliche Industrie begrüßen würde, allein um Arbeitsplätze in die Region zu holen. „Das hatten wir schon immer. Lautstärke und Schmutz, mit Kohle und allem. (...) Das ist für uns Bochumer Nebensache. Damit kann man leben“ (Ruhrgebiet, 51–60, w, nicht Montanindustrie, SPD). Den meisten Befragten ist allerdings die Rücksicht auf den Umweltschutz wichtig bei neuen Industrieansiedlungen.



Die hohe Zustimmung zur Ansiedlung von neuen Unternehmen in der Region zeigt sich auch in der repräsentativen Umfrage. Eine große Mehrheit befürwortet die Ansiedlung neuer Unternehmen, 41 Prozent der Befragten würden dies sogar sehr begrüßen. Dabei gibt es allerdings leichte Unterschiede zwischen den Regionen, die auch widerspiegeln, wie drängend die wirtschaftlichen Probleme sind. In Westdeutschland außerhalb der untersuchten Kohleregionen ist die Zustimmung zur Ansiedlung neuer Unternehmen etwas niedriger als in den übrigen Regionen. In der Lausitz ist der Anteil von Befragten, die Neuansiedlungen sehr befürworten würden, mit 62 Prozent am höchsten. Die Region Chemnitz und das Saarland liegen bei 54 bzw. 53 Prozent starker Befürwortung von Neuansiedlungen und auch im Ruhrgebiet befürwortet die Hälfte (49 Prozent) die Neuansiedlung von Unternehmen sehr. Eine Ablehnung von neuen Unternehmen in der Region ist ausgesprochen selten. Eher ablehnen würden eine Neuansiedlung in Deutschland 6 Prozent, sehr ablehnen 2 Prozent der Befragten.³

Abbildung 24: Zustimmung zur Neuansiedlung von Unternehmen in der Region
Würden Sie die Ansiedlung von neuen Unternehmen in Ihrer Region...?



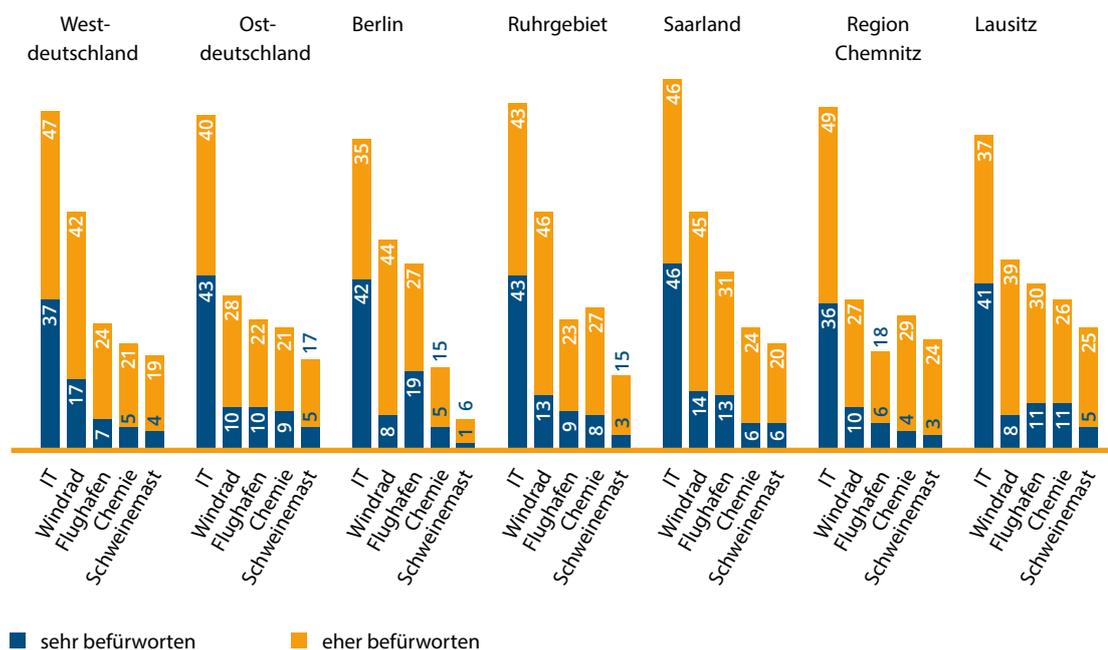
Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: eher ablehnen, sehr ablehnen, weiß nicht, keine Angabe.

Wird aber konkreter für bestimmte Unternehmen abgefragt, ob sie in der Region angesiedelt werden sollten, sinkt die Zustimmung. Dies gilt für alle vorgeschlagenen Unternehmen. Ein IT-Unternehmen hätte noch die höchste Zustimmung, die leicht unter der allgemeinen Zustimmung zu Unternehmensansiedlungen liegt. 38 Prozent aller Befragten in Deutschland würden ein neues IT-Unternehmen in ihrer Region begrüßen. Diese Zustimmung ist im Saarland mit 46 Prozent, die ein IT-Unternehmen sehr begrüßen würden, am höchsten. In der Region Chemnitz liegt die Zustimmung deutlich niedriger. Hier würde ein neues IT-Unternehmen nur von 36 Prozent der Befragten begrüßt werden. Insgesamt ist aber die Zustimmung zu einem IT-Unternehmen ausgesprochen hoch.

Die weiteren abgefragten Neuansiedlungen wurden so ausgewählt, dass sie mit Zumutungen für die Anwohner verbunden sind. So wird deutlich, in welchem Maße die Menschen bereit sind, für die Neuansiedlung von Unternehmen auch Nachteile in Kauf zu nehmen.

Abbildung 25: Zustimmung zur Ansiedlung neuer Unternehmen

Inwieweit würden Sie die folgenden Ansiedlungen in Ihrer Region befürworten oder ablehnen?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.734 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: eher ablehnen, sehr ablehnen, weiß nicht, keine Angabe.

Erwartungsgemäß ist die Zustimmung zur Ansiedlung eines Windrad-Parks, eines Flughafens, einer Chemiefabrik oder einer Schweinemast deutlich geringer. Dies gilt für alle Regionen. In Ostdeutschland ist die Ablehnung der Windkraft deutlich stärker als in Westdeutschland. Davon abgesehen, ist die Zustimmung zu einer Ansiedlung von verschiedenen Unternehmen mit negativen Auswirkungen für die Anwohner in der Lausitz höher als in den übrigen Regionen. 30 Prozent der Befragten in der Lausitz würden die Ansiedlung einer Schweinemast sehr oder eher befürworten. Im ostdeutschen und westdeutschen Durchschnitt ist die Zustimmung nur bei 22 Prozent, wobei im Ruhrgebiet noch etwas weniger Menschen zustimmen (18 Prozent). Bei chemischer Industrie ist das Ergebnis ähnlich. In der Lausitz befürworten 37 Prozent der Befragten eine solche Ansiedlung (sehr oder eher), in der Region Chemnitz sind es 33 Prozent. Der ostdeutsche Durchschnitt liegt mit 30 Prozent deutlich unter der Zustimmung in der Lausitz. Im Ruhrgebiet ist die Zustimmung zu chemischer Industrie mit 35 Prozent (sehr befürworten oder eher befürworten) ebenfalls recht hoch, während im Saarland (30 Prozent) und im westdeutschen Durchschnitt (26 Prozent) die Zustimmung geringer ausfällt.



In Ostdeutschland insgesamt und ganz besonders in der Lausitz scheint die Offenheit für Unternehmensansiedlungen etwas höher zu sein als in den übrigen Regionen. Allerdings sinkt die Befürwortung von neuen Unternehmen in der Region, wenn sie negative Nebeneffekte haben. Die Zustimmung sinkt auch, wenn die mögliche Ansiedlung konkreter wird. Insofern übersetzen sich die hier erhobenen Einstellungen nicht direkt in entsprechende Befürwortung, wenn tatsächlich eine Unternehmensansiedlung ansteht.

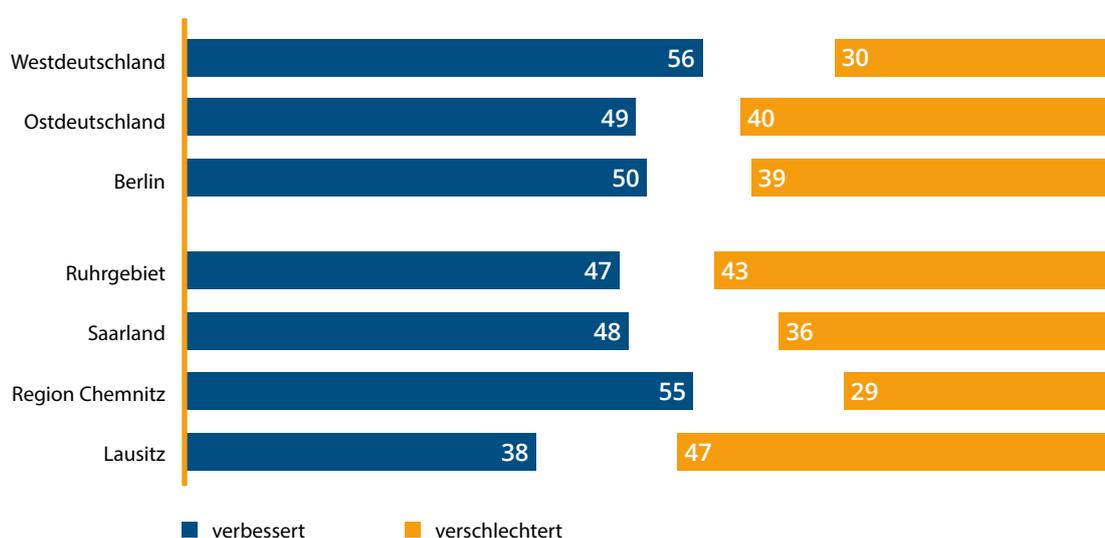
An konkreten Maßnahmen, die eine Unternehmensansiedlung in der Region möglich oder wahrscheinlicher macht, fällt zumindest einem Teil der Befragten in den Kohleregionen etwas ein. Zu den konkreteren Ideen gehören Vorschläge, Unternehmensansiedlungen finanziell zu fördern, durch Fördermittel oder Steuererleichterungen. „Steuererleichterungen zu machen, dass die Unternehmen sich eher hier ansiedeln. Steuererleichterungen für die Unternehmen“ (Ruhrgebiet, 18–30, m, nicht Montanindustrie, Nichtwähler). „Wirtschaftliche Anreize schaffen, sprich: Investitionshilfen. Gibt bestimmt auch viele, die gute Ideen haben und nur das Kapital nicht dafür haben und denen dann Investitionshilfen zu geben“ (Region Chemnitz, 51–60, m, nicht Maschinenbau, FDP). Für die Lausitz schlägt ein Befragter eine Sonderwirtschaftszone vor: „Diese Region wird in der Zukunft gebeutelt sein. Sie braucht einen Sonderstatus. Dass man steuerliche Vorteile gewährt für Firmen, die sich hier ansiedeln“ (Lausitz, 51–60, m, aktuell Montanindustrie, FDP). Ein Saarländer will Förderungen nicht allein auf Neuansiedlungen beschränkt sehen: „Man sollte die Industrie, die man hier hat, fördern und den Menschen Sicherheit geben“ (Saarland, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU). Eine finanzielle Unterstützung für Unternehmen scheint den Befragten eine ganz selbstverständliche Möglichkeit zu sein.

Eine andere Möglichkeit, die Ansiedlung von Unternehmen zu fördern, ist aus Sicht der Befragten ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. „Man muss in Vorleistung gehen, an der Infrastruktur etwas machen. Autobahnanbindung, da sind wir nicht so gut ausgestattet“ (Lausitz, 41–50, m, nicht Montanindustrie, AfD). Der Bedarf an Infrastruktur, der gesehen wird, geht zum Teil auch über Verkehrswege hinaus. Ein Saarländer sieht den Bedarf in einem anderen Bereich: „Dafür ist natürlich auch wichtig, dass die Infrastruktur stimmt. Dass es schnelles Internet gibt. Dass es mit 5G ausgebaut wird. Dass wir die Digitalisierung schaffen“ (Saarland, 18–30, m, nicht Montanindustrie, sonstige Partei). Ein anderer sieht als Infrastrukturbedarf die Erschließung von Natur und Naherholungsgebieten: „An den Grünflächen einfach eine Infrastruktur machen, dass es auch für jeden erreichbar ist. Mit Gastronomie und Einkaufsmöglichkeiten. Dass man das Grüne mit dem Wirtschaftlichen verbindet“ (Saarland, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU). Bemerkenswert ist schließlich die Einschätzung eines Befragten aus der Region Chemnitz. Er sieht keinen weiteren Ausbaubedarf, sondern will das Potenzial, insbesondere der Infrastruktur, zur Naherholung besser ausschöpfen: „Wir haben ja eine sehr gute Infrastruktur im Osten. Das sollte man besser ausnutzen“ (Region Chemnitz, 51–60, m, nicht Maschinenbau, FDP).

An weiteren Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung fallen den Befragten Gewerbegebiete, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie eine Vereinfachung bürokratischer Prozesse ein. Trotz dieser recht langen Liste an Vorschlägen und Ideen sind die Vorstellungen über eine politische Gestaltung des Strukturwandels allenfalls vage und meist sogar ausgesprochen diffus. Es gibt vor allem die Erwartung an die Politik, für eine wirtschaftliche Zukunft der Region zu sorgen, in welcher Weise auch immer.

Mit einer Einschätzung der bisherigen politischen Leistungen in Hinblick auf den Strukturwandel tun sich die Befragten nicht leicht. 13 Prozent der Befragten sehen sich nicht in der Lage, hier eine Einschätzung abzugeben. Wird aber die Leistung der Politik beurteilt, ist das Ergebnis eher positiv. 55 Prozent der Befragten meinen, die Politik habe die wirtschaftliche Situation in der Region verbessert, 32 Prozent sehen dagegen eine Verschlechterung.

Abbildung 26: Richtung des politischen Einflusses auf die regionale Wirtschaft
Wenn Sie zurückblicken, wie hat die Politik nach Ihrer Ansicht die wirtschaftliche Situation in der Region beeinflusst?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.466 Befragte (nur Befragte, die einen Einfluss der Politik sehen). Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.

In Westdeutschland sind mit 56 Prozent etwas mehr Menschen der Ansicht, die Politik habe die regionale Wirtschaft verbessert, als in Ostdeutschland, wo 49 Prozent eine Verbesserung sehen. Im Saarland und im Ruhrgebiet ist der Anteil derer, die eine Verbesserung durch die Politik sehen, etwas geringer als im westdeutschen Durchschnitt. 48 Prozent der Saarländer und 47 Prozent der Menschen im Ruhrgebiet sehen eine Verbesserung der regionalen Wirtschaft durch die Politik. Im Ruhrgebiet äußern 43 Prozent der Menschen die Ansicht, die Politik habe die Situation verschlechtert. Damit ist die Ansicht über die Leistung der Politik im Ruhrgebiet gespalten und negativer als im westdeutschen Durchschnitt. Während im Saarland der Anteil derer, die eine Verbesserung durch die Politik sehen, größer ist als der Anteil derer, die von einer Verschlechterung durch die Politik ausgehen.

Die beiden ostdeutschen Regionen fallen auseinander. In der Region Chemnitz zeigt sich in der repräsentativen Umfrage eine recht positive Einschätzung des politischen Einflusses. 55 Prozent sehen eine Verbesserung durch die Politik. Die Menschen in der Region beurteilen den Einfluss der Politik deutlich positiver als der ostdeutsche Durchschnitt. In der Lausitz sind die Menschen dagegen deutlich skeptischer. 38 Pro-



zent sind dort der Ansicht, die Politik habe die wirtschaftliche Situation in der Region verbessert, während mit 47 Prozent deutlich mehr der Meinung sind, die Politik habe die Situation verschlechtert.

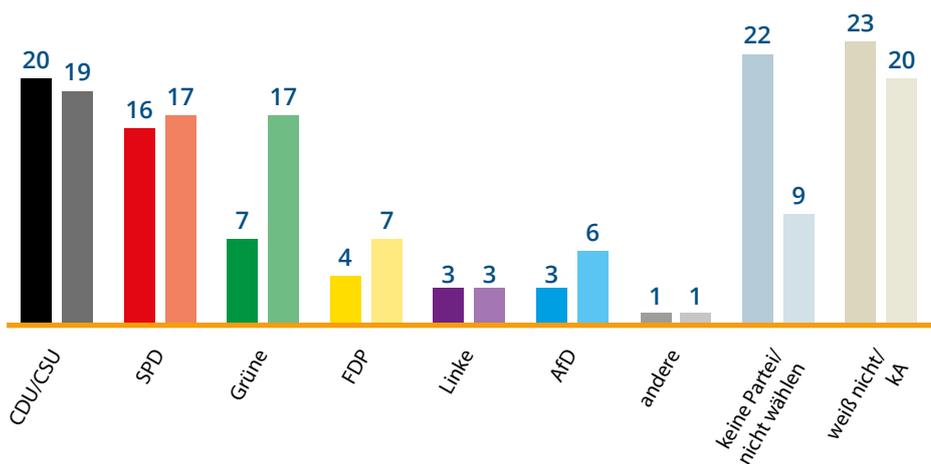
Die Erwartungen an die Politik – auch die Hoffnungen auf eine positive Gestaltung der regionalen Wirtschaft durch die politischen Entscheidungsträger – sind groß. Vor allem die lokale Politik soll den Strukturwandel leiten, schlüssige Konzepte präsentieren und damit für Arbeitsplätze und eine Perspektive für die Region sorgen. Wie genau dies aussehen kann, darüber haben die Befragten nur begrenzte Vorstellungen und auch nicht jede Neuansiedlung von Unternehmen wird begrüßt. Deswegen ungeachtet – vielleicht aber auch gerade deshalb – sind die Augen auf die Politik gerichtet.

6.5 Politische Präferenzen und Strukturwandel

Die Erwartungen an die Politik, den Strukturwandel zu gestalten oder gar zu steuern, übersetzen sich nicht in jedem Fall in eine präferierte Partei. Auf die Frage, welche Partei der Region bei ihrer wirtschaftlichen Situation am besten helfen könne, weiß knapp die Hälfte der Befragten (46 Prozent) keine Antwort oder ist überzeugt, keine Partei könne dies. Diese Antwort ist verbreiteter bei Menschen, die sich wenig für Politik interessieren und mit der Demokratie in Deutschland eher unzufrieden sind. Dies überrascht ebenso wenig wie der Befund, dass die Überzeugung, die Politik habe keinen Einfluss, einhergeht mit der Ansicht, keine Partei könne die Region wirtschaftlich voranbringen. Interessant ist aber, dass unter jenen, die der Politik einen sehr großen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Region zuschreiben, mit 27 Prozent ein recht hoher Anteil der Ansicht ist, keine Partei könne der Region in wirtschaftlicher Hinsicht helfen. Unter allen, die einen großen Einfluss der Politik sehen, sind dagegen nur 17 Prozent der Ansicht, keine Partei sei geeignet. Die besonders großen Erwartungen führen zu größeren Zweifeln bei der Umsetzbarkeit.

**Abbildung 27: Partei, die die regionale Wirtschaft unterstützt (dunkel) –
Parteipräferenz bei einer Bundestagswahl (hell) Ruhrgebiet**

Welche Partei könnte der Region bei ihrer wirtschaftlichen Situation nach Ihrer Einschätzung am besten helfen? – Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 573 Befragte.

Ein Fünftel der Befragten im Ruhrgebiet sieht die höchste Kompetenz zur Verbesserung der regionalen Wirtschaft bei der CDU/CSU (20 Prozent). Die SPD sehen 16 Prozent der Befragten als die kompetenteste Partei, um die regionale Wirtschaft zu unterstützen. Wie im deutschen Durchschnitt ist auch im Ruhrgebiet rund die Hälfte der Befragten der Ansicht, keine Partei sei dazu in der Lage (22 Prozent) oder sieht sich nicht in der Lage, die Frage zu beantworten (23 Prozent). Nur wenige halten die Grünen oder eine andere Partei für die politische Kraft, die am ehesten die wirtschaftliche Situation der Region verbessern kann.

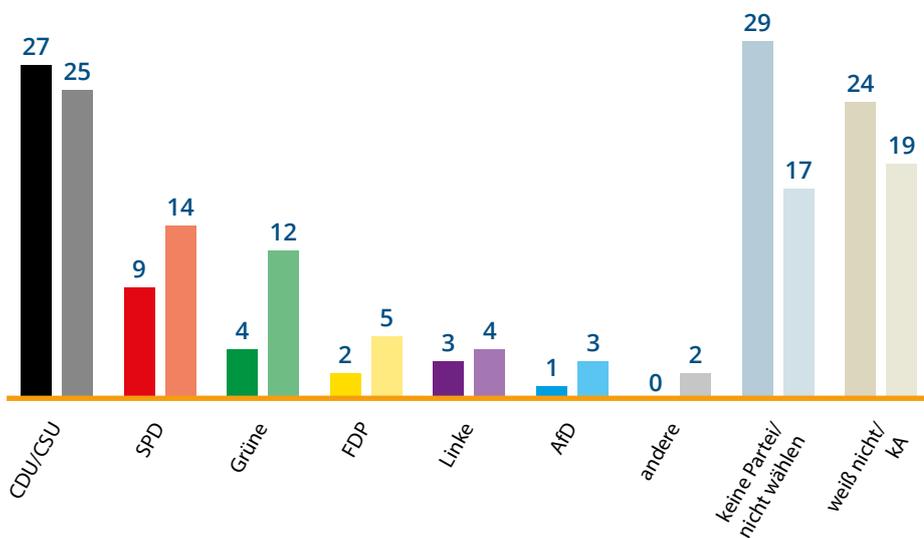
Die Wahlpräferenz für eine unterstellte Bundestagswahl am nächsten Sonntag zeigt vor allem eine deutliche Verschiebung: Es entscheiden sich wesentlich mehr Menschen für die Grünen und erheblich weniger Menschen können sich für keine Partei entscheiden. Bemerkenswert ist auch eine hohe Deckung bei der Präferenz für die Wahl einer Partei und der Zurechnung von Kompetenz in regionalen Wirtschaftsfragen. Jeweils über 70 Prozent der Befragten, die sich für die CDU/CSU bzw. für die SPD entscheiden, sehen bei ebendieser Partei auch die höchste Kompetenz, die Wirtschaft in der Region zu verbessern. Bei den übrigen Parteien liegen diese Werte um die 50 Prozent oder niedriger.

Das Ruhrgebiet nimmt im Vergleich mit den anderen betrachteten Regionen eine besondere Stellung ein: Es ist die einzige Region, in der neben der Union noch eine weitere Partei, die SPD, von mehr als 10 Prozent der Befragten für die kompetenteste Partei zur Verbesserung der regionalen Wirtschaft angesehen wird. In allen übrigen Regionen wird der Union von ungefähr einem Viertel der Befragten die Kompetenz zugeschrieben, die wirtschaftliche Situation in der Region zu verbessern, während sich für eine andere Partei nur jeweils weniger als 10 Prozent der Befragten entscheiden.

Im Ruhrgebiet schlägt sich die traditionelle Nähe zur SPD nieder, die sich aus dem Einsatz für eine subventionsgestützte Fortführung der Kohleförderung und später einen sehr allmählichen Ausstieg ergeben hat. In allen übrigen Regionen kommt in dieser Frage die Wirtschaftskompetenz der Union zum Ausdruck.

Abbildung 28: Partei, die die regionale Wirtschaft unterstützt (dunkel) – Parteipräferenz bei einer Bundestagswahl (hell) Saarland

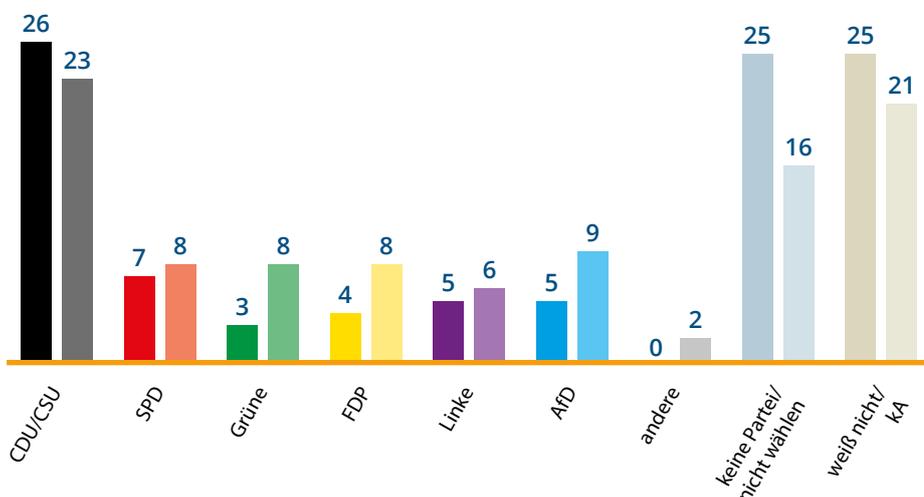
Welche Partei könnte der Region bei ihrer wirtschaftlichen Situation nach Ihrer Einschätzung am besten helfen? – Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 520 Befragte.

Abbildung 29: Partei, die die regionale Wirtschaft unterstützt (dunkel) – Parteipräferenz bei einer Bundestagswahl (hell) Region Chemnitz

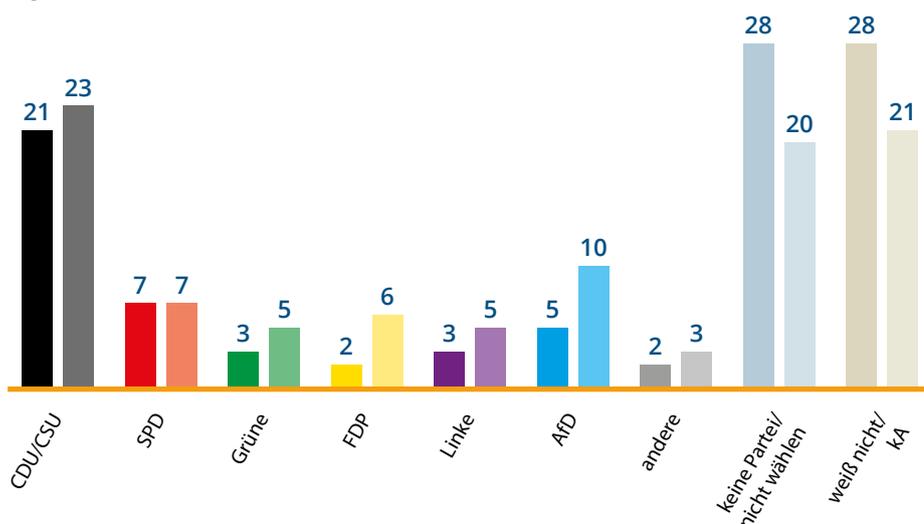
Welche Partei könnte der Region bei ihrer wirtschaftlichen Situation nach Ihrer Einschätzung am besten helfen? – Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 553 Befragte.

Abbildung 30: Partei, die die regionale Wirtschaft unterstützt (dunkel) –
Parteipräferenz bei einer Bundestagswahl (hell) Lausitz

Welche Partei könnte der Region bei ihrer wirtschaftlichen Situation nach Ihrer Einschätzung am besten helfen? – Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



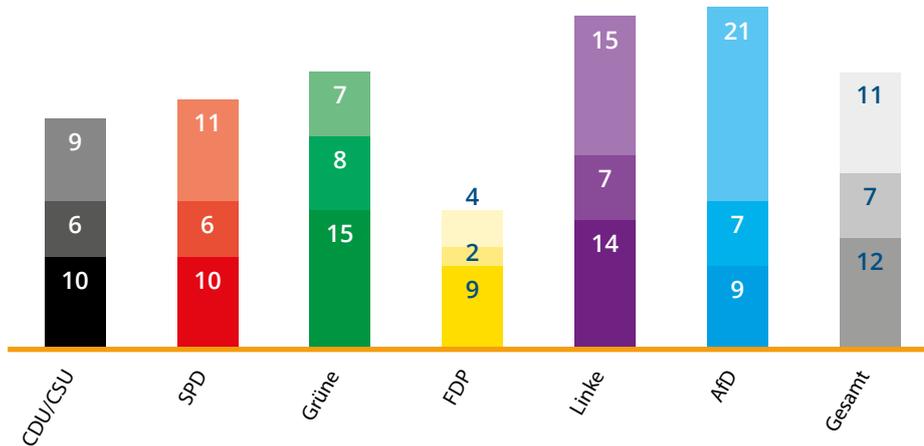
Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 509 Befragte.

Bei den Entscheidungen zur Wahl einer Partei bei einer Bundestagswahl spielt die Erwägung der Kompetenz zur Gestaltung des Strukturwandels nur eine begrenzte Rolle. Selbstverständlich sind auch andere politische Themen relevant, genauso wie gewachsene Bindungen an Parteien oder Kandidaten.

Die Entscheidungen der Befragten für eine Partei weisen eine Reihe von bekannten Mustern auf. So sind Wähler der Grünen tendenziell höher gebildet, favorisieren eine liberale Migrationspolitik und haben eine hohe Demokratiezufriedenheit, während Wähler der AfD andersherum eine geringe Demokratiezufriedenheit haben, eine restriktive Migrationspolitik wollen und sich große Sorgen machen um die Zukunft Deutschlands (vgl. auch Bergmann/Diermeier/Niehues 2017, Lengfeld/Dilger 2018, Pokorny 2020). Interessant im Kontext dieser Studie ist die Frage, wie sich die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit, die Einschätzung der regionalen Wirtschaft und die Heimatverbundenheit in das Bild einfügen.

Abbildung 31: Arbeitslosigkeitserfahrung in der Berufsbiografie

Wie lange waren Sie insgesamt in Ihrem Leben arbeitslos? – Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



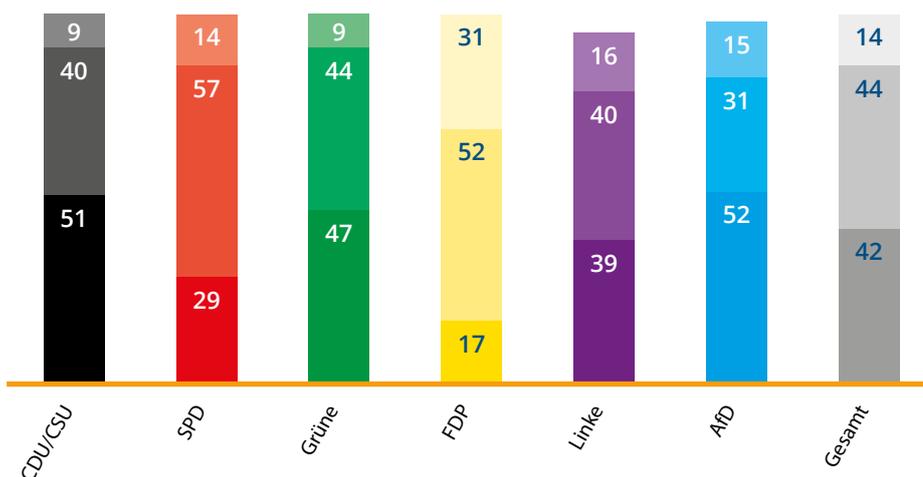
von unten: bis 6 Monate; über 6 bis 12 Monate; über 12 Monate

Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: nie arbeitslos, weiß nicht, keine Angabe. Bei FDP-Anhängern sechs Prozent keine Angabe.

Die Arbeitslosigkeitserfahrung von Wählern der CDU/CSU, der SPD und der Grünen entspricht weitgehend dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Die Wähler der FDP geben dagegen seltener an, in ihrer Berufsbiografie arbeitslos gewesen zu sein. Allerdings fällt bei den FDP-Wählern ein vergleichsweise hoher Anteil auf, der keine Angabe macht (6 Prozent der FDP-Wähler). Wähler der Linken und der AfD berichten längere Zeiten von Arbeitslosigkeit in ihrer Berufsbiografie als der Durchschnitt. 15 Prozent der Linke-Wähler waren länger als zwölf Monate in ihrer Berufsbiografie arbeitslos, unter den Wählern der AfD ist der Anteil mit 21 Prozent noch einmal etwas größer (deutscher Durchschnitt: 11 Prozent). Während sich Häufigkeit und Länge von Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland deutlich unterscheiden (vgl. Kapitel 4.1), sind die Unterschiede zwischen den Wählern der Parteien innerhalb von Westdeutschland und Ostdeutschland jeweils identisch.⁴

Abbildung 32: Beruflicher Auf- oder Abstieg nach Arbeitslosigkeit

War die Anstellung nach der Arbeitslosigkeit im Vergleich zur vorherigen Anstellung ein Aufstieg, ein Abstieg oder auf der gleichen Stufe? – Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



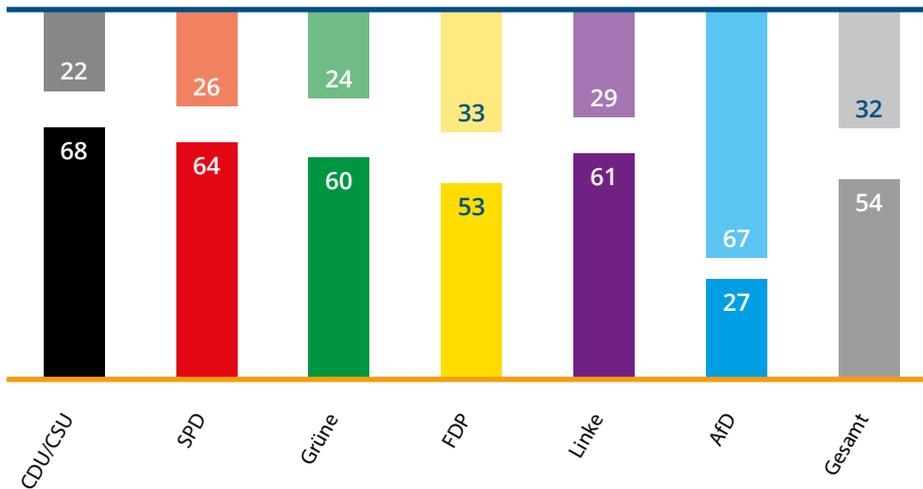
von unten: Aufstieg; gleiche Stufe; Abstieg

Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 981 Befragte (nur Befragte mit Anstellung nach einer Arbeitslosigkeit). Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.

Die Arbeitsstelle nach einer Arbeitslosigkeit wird von den Wählern der Parteien etwas unterschiedlich bewertet. Die Wähler der CDU/CSU, der Grünen und der AfD sind zu rund der Hälfte der Ansicht, ihre Arbeitsstelle nach der Arbeitslosigkeit sei ein Aufstieg gewesen. Bei den Wählern der Linken sind mit 39 Prozent etwas weniger dieser Ansicht. Die Wähler der SPD können in ihrer Arbeitsstelle nach der Arbeitslosigkeit nur zu 29 Prozent einen Aufstieg erkennen und unter den Wählern der FDP sind es sogar nur 17 Prozent, die der Ansicht sind, sie hätten sich nach der Arbeitslosigkeit verbessert. Bei den FDP-Wählern sind auf der anderen Seite 31 Prozent der Ansicht, sie hätten sich nach der Arbeitslosigkeit mit der neuen Stelle verschlechtert, während bei den anderen Parteien nur um die 10 bis 15 Prozent dieser Ansicht sind.

Der Blick auf die Region und ihre wirtschaftliche Entwicklung weist ebenfalls einige Unterschiede zwischen den Parteianhängern auf. Die Wähler von CDU/CSU nehmen am häufigsten für die vergangenen zehn Jahre eine Verbesserung der regionalen Wirtschaft wahr, doch auch Wähler der SPD und der Linken kommen etwas häufiger zu dieser Ansicht als andere (ohne Abbildung). Bei Wählern der AfD und im Osten auch bei Wählern der FDP gibt es im Vergleich zu den anderen Wählern höhere Anteile, die eine Verschlechterung wahrnehmen.

Abbildung 33: Einfluss der Politik auf die regionale Wirtschaft nach Parteianhängerschaft
Wie hat die Politik nach Ihrer Ansicht die wirtschaftliche Situation in Ihrer Region verändert? – Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



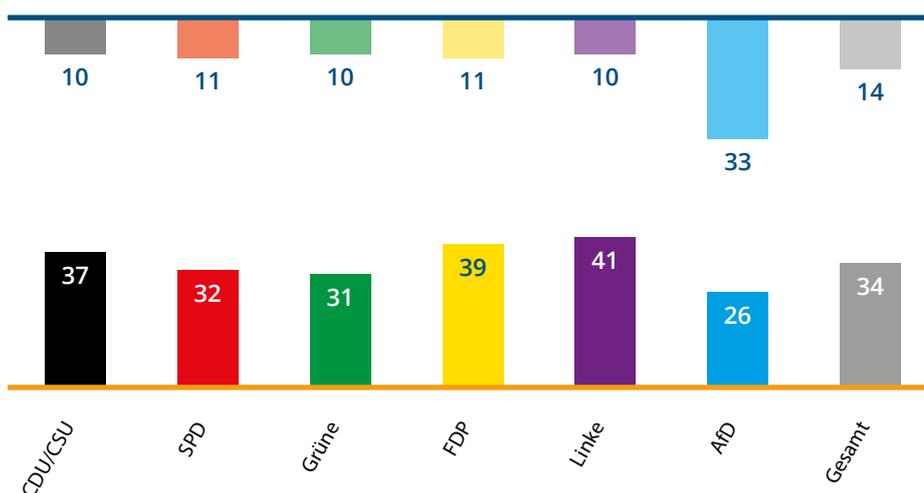
unten: verbessert; oben: verschlechtert

Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.466 Befragte (nur Befragte, die einen Einfluss der Politik sehen). Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe.

Die Rolle der Politik für die Entwicklung wird bei den Parteianhängern etwas unterschiedlich bewertet. Wähler der CDU/CSU sind zu hohen Teilen der Ansicht, die Politik habe die wirtschaftliche Situation in ihrer Region eher verbessert. 68 Prozent sind dieser Ansicht. Auch die Wähler der SPD, der Grünen und der Linken sind zu 60 Prozent und mehr dieser Ansicht. Die Wähler der AfD und im Osten auch die Wähler der FDP sehen dagegen häufiger als Wähler anderer Parteien eine Verschlechterung durch die Politik. Bei den Anhängern der AfD ist dies eine deutliche Mehrheitsmeinung, denn 67 Prozent der AfD-Wähler meinen, die Politik habe die Lage der Wirtschaft in der Region verschlechtert.

Abbildung 34: Erwartete Veränderung der regionalen Wirtschaft nach Parteianhängerschaft

Welche wirtschaftliche Veränderung erwarten Sie für Ihre Region? – Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

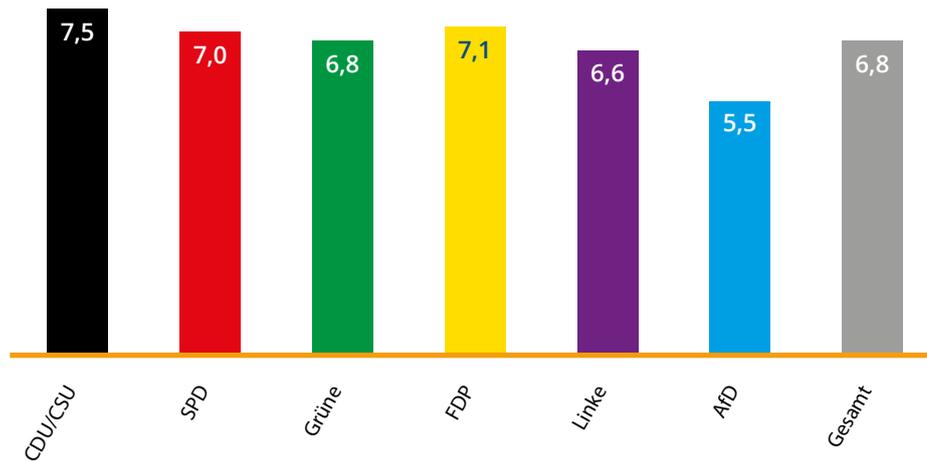


unten: wird besser; oben: wird schlechter

Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Werte zu 100 %: bleibt gleich, weiß nicht, keine Angabe.

Die erwartete Entwicklung der regionalen Wirtschaft zeigt ein ähnliches Bild. Insgesamt sind die Wähler zu einem guten Drittel der Ansicht, dass eine Verbesserung zu erwarten ist und die Hälfte erwartet keine Veränderung. Im Westen erwarten Wähler der Union, der FDP und der Linken etwas häufiger eine Verbesserung, im Osten sind es Wähler von Union und SPD. Eine Verschlechterung erwarten im Westen AfD-Wähler deutlich häufiger als Wähler anderer Parteien. 41 Prozent der AfD-Wähler im Westen sind der Ansicht, die regionale Wirtschaft werde sich verschlechtern, während die Wähler anderer Parteien im Westen zu 10 Prozent oder weniger dieser Ansicht sind. Im Osten dagegen unterscheiden sich die Wähler der AfD in dieser Frage nicht von anderen Wählern. 16 Prozent der AfD-Wähler im Osten erwarten eine Verschlechterung der Wirtschaft in ihrer Region, von den CDU-Wählern im Osten sind es 15 Prozent, von den Linke-Wählern 16 Prozent. Dagegen sind die FDP-Wähler im Osten deutlich pessimistischer. Sie sind zu 37 Prozent der Ansicht, die regionale Wirtschaft werde sich verschlechtern.

Abbildung 35: Verbundenheit mit der Stadt/Gemeinde nach Parteianhängerchaft
*Wie stark fühlen Sie sich mit der Stadt bzw. Gemeinde, in der Sie leben, verbunden?
Mittelwert von 0 (gar nicht verbunden) bis 10 (sehr verbunden) – Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?*

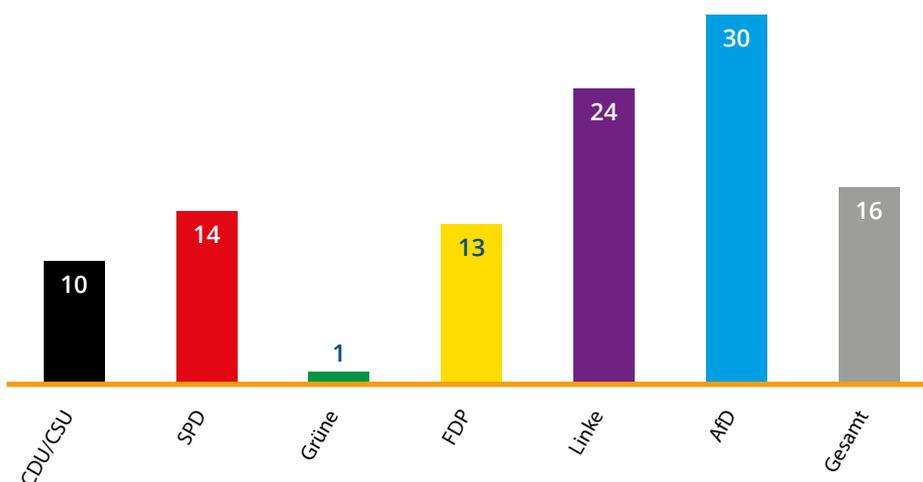


Quelle: Umfrage 2019-01 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. 3.817 Befragte.

Die Verbundenheit mit der Heimatregion unterscheidet sich nicht sehr zwischen den Parteien. Auf einer Skala von 0 für „gar nicht verbunden“ bis 10 „sehr verbunden“ liegen die Wähler der CDU/CSU bei 7,5 und damit etwas über dem Durchschnitt von 6,8. Die Wähler von SPD, FDP, Grünen und Linken liegen in etwa gleich auf. Dagegen fühlen sich die Wähler der AfD mit 5,5 ihrer Heimatregion etwas weniger verbunden als die Wähler anderer Parteien. Dabei ist die Heimatverbundenheit der ostdeutschen AfD-Wähler auf dem gleichen Niveau wie der ostdeutsche Durchschnitt. Es sind die westdeutschen AfD-Wähler, die deutlich weniger heimatverbunden sind. Bei den FDP-Wählern ist das Muster umgekehrt. In Westdeutschland sind die FDP-Wähler mit einem Wert von 7,4 heimatverbundener als der westdeutsche Durchschnitt (6,7), aber die ostdeutschen FDP-Wähler liegen mit einem Wert von 5,4 deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 7,0.

Abbildung 36: Unzufriedenheit mit dem Leben nach Parteianhängerschaft

Wenn Sie jetzt einmal an Ihr Leben insgesamt denken, wie zufrieden sind Sie damit? Hier: (sehr) unzufrieden oder teils/teils bei Lebenszufriedenheit – Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018/19. Angaben in Prozent. 3.817 Befragte. Fehlende Prozent zu 100: sehr zufrieden, zufrieden, keine Angabe.

Die Lebenszufriedenheit insgesamt ist ausgesprochen hoch. 34 Prozent der Deutschen sind sehr zufrieden mit ihrem Leben, weitere 50 Prozent sind zufrieden (vgl. auch Pokorny 2020: 19). Hier dargestellt ist der Anteil von Menschen, die angegeben haben nur teils-teils oder unzufrieden bzw. sehr unzufrieden zu sein. Dieser Anteil ist recht klein und unterscheidet sich zwischen den Parteianhängern.

Die Wähler der Grünen sind die zufriedensten. Nur 1 Prozent von ihnen ist weder sehr zufrieden noch zufrieden. Doch auch unter den Wählern der CDU/CSU, der SPD und der FDP sind sehr viele zufrieden oder sehr zufrieden. Zwischen 10 und 14 Prozent von ihnen sind nur teils-teils zufrieden oder unzufrieden bzw. sehr unzufrieden. Bei den Wählern der Linke ist der Teil der Nichtzufriedenen deutlich größer mit 24 Prozent. Deutlich am größten ist aber der Anteil von Nichtzufriedenen bei den Wählern der AfD. 30 Prozent von ihnen geben an, nur teils-teils zufrieden, unzufrieden oder sehr unzufrieden zu sein.

Wie die Menschen Strukturwandel erleben und beurteilen, unterscheidet sich nicht nur zwischen West- und Ostdeutschland, sondern auch zwischen den Wählern der Parteien. Dabei fallen insbesondere die Wähler der AfD auf, zum Teil aber auch die Wähler der Linken oder der FDP.



- 1 Unberücksichtigt bleibt bei diesem Argument, dass die Steinkohleförderung, anders als die Braunkohleförderung, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt wurde. Nicht zuletzt aufgrund der geologischen Verhältnisse ist der Abbau von Steinkohle in Deutschland deutlich aufwändiger und teurer als in anderen Ländern.
- 2 Während die Haltung zu „schmutziger“ oder „lauter“ Industrie direkt abgefragt wurde, kam mehrfach ungefragt eine Ablehnung von Atomenergieanlagen. So meint ein Saarländer auf die Frage, welche Industrieansiedlung er gar nicht haben möchte: „Alles, was Atom betrifft. Aber ansonsten gibt es nichts“ (Saarland, 31–40, m, nicht Montanindustrie, CDU).
- 3 Allein in Berlin ist die Ablehnung bei dieser Frage etwas höher. 12 Prozent der Berliner geben an, eine Neuan siedlung von Unternehmen in der Region eher abzulehnen, 1 weiteres Prozent würde es sehr ablehnen.
- 4 Auch im Vergleich der Kohleregionen ist das Muster ähnlich, mit einzelnen Abweichungen. Im Ruhrgebiet sind Wähler der Linken nicht überdurchschnittlich lange arbeitslos. In der Region Chemnitz unterscheiden sich die Wähler von Linken und AfD nicht vom Durchschnitt. In der Lausitz berichten die Wähler der Linken, aber nicht der AfD, von längeren Arbeitslosigkeitsphasen in ihrem Berufsleben.



Fazit

Strukturwandel ist zunächst ein wirtschaftlicher Prozess, der vor allem in der Gesamtschau sichtbar wird. Insbesondere im Rückblick wird deutlich, wie sehr sich manch ein Wirtschaftszweig verändert, an Bedeutung zu- oder abgenommen hat und welche Auswirkungen dies insgesamt auf die nationale oder regionale Wirtschaft hatte. Für die Menschen sind vor allem die Einzelaspekte eines Strukturwandels sichtbar und spürbar: die Umstrukturierung oder Schließung eines Betriebes, das Verschwinden von Produkten oder Auftauchen neuer, Arbeitslosigkeit bei Bekannten oder bei einem selbst. Erst in der Gesamtschau von einer Vielzahl solcher Einzelereignisse wird Strukturwandel erkennbar.

Mit dieser Studie ist die Konrad-Adenauer-Stiftung den Spuren von Strukturwandel im Leben der Menschen nachgegangen. Anlass dafür ist der Ausstieg aus der Kohleförderung in Deutschland und die Diskussion um Strukturwandel in diesem Zusammenhang. Mit diesem Prozess sind nicht nur Regionen in den Blick gekommen, die aktuell von der Beendigung der Kohleförderung betroffen sind und dementsprechend vor einem Strukturwandel stehen, wie beispielsweise die Lausitz. Die Studie nimmt auch Regionen in den Blick, die bereits seit längerer Zeit einen Strukturwandel nach der Kohleförderung durchleben, wie das Ruhrgebiet oder das Saarland, und diesen in Teilen oder weitgehend bewältigt haben, wie zum Beispiel die Region Chemnitz, aber dann vor neuen Aufgaben eines weiteren Strukturwandels stehen.

Das erste überraschende Ergebnis ist, dass sich die berufsbiografischen Einschnitte bei Menschen in den Kohleregionen nicht wesentlich von den Menschen in anderen Regionen Deutschlands unterscheiden. Erfahrung mit Arbeitslosigkeit haben in Ostdeutschland mehr Menschen gemacht als in Westdeutschland, aber das Ruhrgebiet und das Saarland unterscheiden sich nicht deutlich vom westdeutschen Durchschnitt. Ebenso finden sich keine deutlichen Unterschiede zwischen der Region Chemnitz oder der Lausitz und dem ostdeutschen Durchschnitt. Auch die Sorge um die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist in den Regionen ähnlich weit verbreitet wie in den jeweiligen Landesteilen, also in Ost- bzw. Westdeutschland. Die neue Arbeitsstelle nach einer Arbeitslosigkeit empfinden mehr Menschen im Westen als im Osten als Aufstieg, aber die Kohleregionen unterscheiden sich auch hier nicht vom Landesdurchschnitt. Arbeitslosigkeit wird vielfach als einschneidendes, negatives Lebensereignis gesehen und hat für die Menschen eine große Bedeutung. Diese Erfahrung findet sich aber in vielen Regionen Ost- und Westdeutschlands.

Jenseits der individuellen beruflichen Betroffenheit zeigt sich in der Studie eine kollektive Betroffenheit durch den wirtschaftlichen Wandel der Region. Die Menschen hängen an ihrer Region und sie verbinden mit ihrer Heimat zahlreiche Charakteristika, die sie schätzen und stolz machen. Dazu gehört neben der Familie und den Freunden, dem Umgang der Menschen und der regionalen Natur auch die Wirtschaft der Region. Die Wirtschaftsstruktur gehört neben manchem anderen zur Heimat. Wenn Menschen

die regionale Wirtschaft als stark ansehen, haben sie tendenziell eine höhere Lebenszufriedenheit. Ein Strukturwandel ist damit ein Stück Heimatverlust, an dem die Menschen leiden.

Die Erwartungen an die Politik sind groß. Sie soll den Strukturwandel moderieren und wirtschaftliche Alternativen aufbauen. Die Vorstellungen, wie dies geschehen könnte, sind diffus. Es sollen Arbeitsplätze geschaffen und Unternehmen angesiedelt werden, aber was zu einer solchen Ansiedlung führen könnte, ist oft nicht klar. Die Hoffnungen richten sich auf die Politik, hier Vorstellungen, Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln. Insbesondere die CDU/CSU wird als politische Kraft gesehen, die in der Region die Wirtschaft fördern könnte. Viele sehen allerdings auch keine Partei dazu in der Lage. In den Strukturwandelregionen wird öfters eine kohärente Vorstellung über den Wandel vermisst, ein Konzept oder Leitbild für den Strukturwandel. Dies scheint auch als Anker für die Identifikation wichtig. In der Region Chemnitz wird deutlich, dass viele Menschen Mut gefasst haben und die wirtschaftliche Entwicklung auf einem guten Weg sehen. In anderen Regionen gibt es verbreitet Sorgen. Gerade in der Lausitz, die nach der Wende noch ein zweites Mal am Beginn eines grundlegenden Strukturwandels steht, vermissen viele ein Leitbild für die Zukunft.

Im Strukturwandel ist die Politik gefordert. Es entstehen neue Probleme und die Erwartungen an eine Problemlösung durch die Politik sind hoch. Dabei gibt es drei miteinander verwobene Aufgaben zu bewältigen. Erstens gilt es, beim Rückgang von Wirtschaftskraft in der Region Alternativen anzuziehen, zu ermöglichen und zu unterstützen. Für die Menschen ist es von großer Bedeutung, in der Region bleiben zu können und dort neue Arbeit zu finden. Selbstverständlich ziehen Menschen auch immer wieder für ihre Arbeitsstelle um und folgen den Arbeitsplätzen; eine Mehrheit würde aber gerne bleiben. Zweitens wünschen sich die Menschen eine wirtschaftliche Perspektive für ihre Region, ein Leitbild für die weitere Entwicklung. Selbst wenn sie nicht mehr selbst in ihrer Berufsbiografie betroffen sind, treibt sie die wirtschaftliche Lage der Region um. Ob ihre Kinder eine Perspektive haben werden, ob die Region weiter lebendig bleibt, ist für viele ein wichtiges Thema, und zwar auch dann, wenn der eigene Arbeitsplatz nicht betroffen ist. Der dritte Aspekt betrifft den Abschied von zurückgehenden Wirtschaftszweigen. Weil die Wirtschaftsstruktur Teil der Vorstellung von Heimat ist, bedeutet Strukturwandel auch den Abschied von einem Teil dieser Heimat. Das macht die Menschen traurig. Ein Gedenken auch an wirtschaftliche Charakteristika, beispielsweise an die Industriegeschichte der Region, kann den identikativen Bezugspunkt erhalten. Industriekultur kann hier eine wichtige Rolle spielen.

Alle drei Aufgaben werden an die Politik gerichtet. „Die [Politik] muss es schaffen die Wertschätzung zu erhalten. Dass es lebenswert bleibt, nicht ausblutet. Dass junge und alte Leute hier leben können“ (Lausitz, 31–40, w, aktuell Montanindustrie, SPD). Und eine Befragte aus dem Ruhrgebiet formuliert es ganz ähnlich: „Dass auch für uns etwas getan wird, dass wir nicht vergessen werden. Andere Perspektiven zur Verfügung stellen. (...) Es ist meine Heimat, es soll meine Heimat bleiben“ (Ruhrgebiet, 41–50, w, nicht Montanindustrie, Nichtwählerin).



Anhang: Zur Methode der Studie

Die Studie verfolgt einen sogenannten Mixed-Methods-Ansatz (Small 2011), bei der standardisiert und unstandardisiert erhobene Daten miteinander kombiniert werden, um einen möglichst facettenreichen Blick auf den Strukturwandel zu ermöglichen.

Für die Studie wurden vier Regionen ausgewählt: das Ruhrgebiet, das Saarland, die Lausitz und die Region Chemnitz. Die Gründe für die Auswahl wurden im Kapitel 2 dargelegt. Die Abgrenzung der Regionen muss aus Gründen der praktischen Umsetzung entlang von Kreisen und kreisfreien Städten erfolgen. Sie orientiert sich an bestehenden Verwaltungseinheiten und der Definition durch die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung.

Das **Ruhrgebiet** entspricht dem Regionalverband Ruhr mit den Kreisen bzw. kreisfreien Städten Duisburg Stadt (statistische Kennziffer 5112), Essen Stadt (5113), Mülheim an der Ruhr Stadt (5117), Oberhausen Stadt (5119), Wesel (5170), Bottrop Stadt (5512), Gelsenkirchen Stadt (5513), Recklinghausen (5562), Bochum Stadt (5911), Dortmund Stadt (5913), Hagen Stadt (5914), Hamm Stadt (5915), Herne Stadt (5916), Ennepe-Ruhr-Kreis (5954) und Unna (5978).

Das **Saarland** entspricht dem Bundesland Saarland, dessen Grenzen sich bei seiner Gründung bereits an der Bergbauregion orientierten (Hellwig 1992: 328). Zum Saarland gehören die Kreise Regionalverband Saarbrücken (10041), Merzig-Wadern (10042), Neunkirchen (10043), Saarlouis (10044), Saarpfalz-Kreis (10045) und St. Wendel (10046).

Die **Lausitz** besteht so nicht als Verwaltungseinheit. Hier wurde die Definition der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung übernommen (RWI 2017: 19). Demnach gehören zur Lausitz die Kreise Dahme-Spreewald (12061), Elbe-Elster (12062), Oberspreewald-Lausitz (12066), Spree-Neiße (12071) sowie Cottbus Stadt (12052) in Brandenburg und Bautzen (14625) sowie Görlitz (14626) in Sachsen.

Die **Region Chemnitz** ist definiert nach dem Direktionsbezirk Chemnitz, der dem Planungsverband Region Chemnitz entspricht. Um deutlich zu machen, dass die betrachtete Region deutlich über die Stadt Chemnitz hinausgeht, wird hier jeweils die Bezeichnung Region Chemnitz verwendet. Die Region Chemnitz besteht aus den Kreisen Erzgebirgskreis (14521), Mittelsachsen (14522), Vogtlandkreis (14523) und Zwickau (14524) sowie Chemnitz Stadt (14511).

In einer repräsentativen Erhebung wurde in den vier Regionen eine Mindestanzahl von je 500 standardisierten, telefonischen Interviews realisiert. Basierend auf einer Festnetzstichprobe wurden die Befragten zufällig für eine repräsentative Stichprobe ausgewählt. Hinzu kommen 1.803 Interviews aus einer bundesweiten, zufälligen Stichprobe mit Mobil- und Festnetztelefonnummern. Unter diesen Befragten befinden sich zufallsbedingt ebenfalls Befragte aus den vier fokussierten Regionen.



Während die beschriebenen ehemaligen oder aktuellen Kohleregionen in der standardisierten Befragung gesondert berücksichtigt wurden und mit überproportional vielen Fällen abgebildet sind, gilt dies nicht für Berlin. Entsprechend ist die Anzahl von Befragten für Berlin mit 97 nicht sehr groß und insbesondere bei differenzierenden Analysen und der Unterscheidung mehrerer Untergruppen können die Ergebnisse unzuverlässig werden. Deshalb werden die Ergebnisse für Berlin zwar in Abbildungen und Tabellen ausgewiesen, aber nicht diskutiert.

Für die repräsentative Befragung ergibt sich so eine Gesamtzahl von 3.817 Interviews, die in die Auswertung eingehen. Bei einzelnen Fragen können oder wollen allerdings manche keine Auskunft geben. Dies sind in der Regel 1 oder 2 Prozent der Befragten, manchmal bis zu 5 Prozent. Diese Befragten gehen in die Prozentuierung ein, von den 100 Prozent sind also immer einzelne Prozent darunter, die nicht geantwortet haben. Dies wird aber nicht durch eigene Balken oder Ähnliches ausgewiesen. Allein in Fällen, in denen ein größerer Anteil der Befragten keine Antwort geben konnte oder wollte, wird darauf in der Interpretation eingegangen.

Für die unstandardisierten Tiefeninterviews wurden in jeder der vier Regionen je 20 Personen ausgewählt. In den Regionen, die aktuell oder bis in die jüngste Vergangenheit durch Kohleförderung und Montanindustrie geprägt sind bzw. waren, sollten unter den ausgewählten Personen jeweils möglichst zu 40 Prozent Personen sein, die in der Kohle- und Montanindustrie beschäftigt sind oder waren. Dies gilt für das Ruhrgebiet, das Saarland und die Lausitz. Da in der Region Chemnitz die Kohleförderung bereits Ende der 1970er Jahre eingestellt wurde, galt dieses Auswahlkriterium in der Region Chemnitz für Beschäftigte der Maschinenbauindustrie.

In der Region Chemnitz wurden zehn Frauen und zehn Männer befragt, davon zwei in der Altersgruppe 18 bis 30 Jahre, vier in der Altersgruppe 31 bis 40 Jahre, vier in der Altersgruppe 41 bis 50 Jahre, acht in der Altersgruppe 51 bis 60 Jahre und zwei in der Altersgruppe 61 bis 75 Jahre. Unter den Befragten wollten bei einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag drei CDU wählen, drei SPD, zwei die Grünen, drei die Linke, drei die AfD, eine Person die FDP und fünf keine Partei. Von den Befragten waren zwölf nicht im Maschinenbau tätig, vier arbeiten aktuell in der Branche und vier früher.

In der Lausitz wurden acht Frauen und zwölf Männer befragt, davon drei in der Altersgruppe 18 bis 30 Jahre, fünf in der Altersgruppe 31 bis 40 Jahre, eine Person in der Altersgruppe 41 bis 50 Jahre, sieben in der Altersgruppe 51 bis 60 Jahre und vier in der Altersgruppe 61 bis 75 Jahre. Unter den Befragten wollten bei einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag zwei CDU wählen, sechs SPD, eine Person die Grünen, zwei die Linke, fünf die AfD, zwei die FDP und zwei sonstige Parteien. Von den Befragten waren sieben nicht in der Kohle- und Montanindustrie tätig, zwölf arbeiten aktuell in der Branche und eine Person früher.

Im Ruhrgebiet wurden acht Frauen und zwölf Männer befragt, davon vier in der Altersgruppe 18 bis 30 Jahre, fünf in der Altersgruppe 31 bis 40 Jahre, drei in der Altersgruppe 41 bis 50 Jahre, vier in der Altersgruppe 51 bis 60 Jahre und vier in der Altersgruppe 61 bis 75 Jahre. Unter den Befragten wollten bei einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag acht CDU wählen, drei SPD, eine Person die Grünen, zwei die Linke, eine Person AfD und fünf wollten nicht wählen. Von den Befragten waren zwölf nicht in der Kohle- und Montanindustrie tätig, zwei arbeiten aktuell in der Branche und sechs früher.

Im Saarland wurden acht Frauen und zwölf Männer befragt, davon sechs in der Altersgruppe 18 bis 30 Jahre, drei in der Altersgruppe 31 bis 40 Jahre, drei in der Altersgruppe 41 bis 50 Jahre, drei in der Altersgruppe 51 bis 60 Jahre und fünf in der Altersgruppe 61 bis 75 Jahre. Unter den Befragten wollten bei einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag drei CDU wählen, zwei SPD, zwei die Grünen, vier die Linke, sechs AfD und je eine Person FDP, sonstige Partei und nicht wählen. Von den Befragten waren zwölf nicht in der Kohle- und Montanindustrie tätig, vier arbeiten aktuell in der Branche und vier früher.

Die standardisierte Befragung und die Tiefeninterviews wurden vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH, Berlin, unter der Federführung von Dr. Hans-Jürgen Frieß und Dr. Robert Grimm durchgeführt.

Literatur

- A Abelshauer, Werner, 1990:** Wirtschaft, Staat und Arbeitsmarkt 1914–1945. In: Köllmann, Werner (Hrsg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf: Schwann Verlag KG, 435–489.
- Audi AG, o.J.:** Die Geschichte der vier Ringe. Ingolstadt: Audi AG, online auf www.audi-mediacenter.com (zuletzt abgerufen: 09.04.2020).
- B Behr, Michael, 2016:** Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland: Herausforderungen, Probleme und Strategien für Sachsen. Ordnungspolitische Diskurse 2016-4. Ordnungspolitisches Portal. Kiel/Hamburg: ZBW, Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, <https://www.econstor.eu/handle/10419/128473/> (zuletzt abgerufen: 09.04.2020).
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith, 2017:** Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? Zeitschrift für Parlamentsfragen 48(1): 57–75.
- BMWi, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019:** Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Abschlussbericht, Berlin. www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.html (zuletzt abgerufen: 09.04.2020).
- Bogumil, Jörg/Heinze, Rolf G./Lehner, Franz/Strohmeier, Klaus Peter, 2012:** Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet. Essen: Klartext Verlag.
- Bogumil, Jörg/Heinze, Rolf G., 2019:** Von der Industrieregion zur Wissensregion. Strukturwandel im Ruhrgebiet. Aus Politik und Zeitgeschichte 69 (APUZ 1–3): 39–46, Bonn: bpb, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.).
- Brezinski, Horst/Fritsch, Michael, 1995:** Transformation: The Shocking German Way. *Moc-Most* 5(4): 1–25. <https://link.springer.com/journal/11039/5/4> (zuletzt abgerufen: 16.04.2020).
- C Czierpka, Juliane, 2019:** Der Ruhrbergbau. Von der Industrialisierung bis zur Kohlenkrise. Aus Politik und Zeitgeschichte 69 (APUZ 1–3): 13–19, Bonn: bpb, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.).
- D Deutscher Bundestag, 2007:** Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung der Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus zum Jahr 2018 (Steinkohlefinanzierungsgesetz). Bundestagsdrucksache 16/6384.

Dörrenbächer, H. Peter, 2007: 50 Jahre Saarland – 50 Jahre Kohlekrise: Die Entwicklung des saarländischen Steinkohlebergbaus. In: Dörrenbächer, H. Peter/Kühne, Olaf/Wagner, Juan Manuel (Hrsg.): 50 Jahre Saarland im Wandel. Saarbrücken: Institut für Landeskunde im Saarland e. V., 101–112.

F Frese, Michael, 2008: Arbeitslosigkeit: Was wir aus psychologischer Perspektive wissen und was wir tun können. Aus Politik und Zeitgeschichte 58 (APUZ 40–41): 22–25, Bonn: bpb, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.).

G Gebhardt, Gerhard, 1957: Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen. Essen: Verlag Glückauf.

Goch, Stefan, 2002: Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet. Essen: Klartext Verlag.

H Handelsblatt, 2007: Die Geschichte der Trabant-Produktion. Handelsblatt 07.11.2007.

Haßler, Reiner, 2012: Zum Ende der Bergbau-Ära im Saarland am 30. Juni 2012. Ein statistischer Rückblick. Statistisches Quartalsheft Saarland. III.2012. Statistisches Amt des Saarlandes.

Hellwig, Fritz, 1992: Montanindustrie und Stadtentwicklung im Saarland. In: Opll, Ferdinand (Hrsg.): Stadt und Eisen. Linz: Österreichischer Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung.

I IWH, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 2019: Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle.

J Jellonnek, Burkhard 2004: Das Saarland. In: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Die deutschen Länder. Geschichte, Wirtschaft, Politik. 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 231–252.

K Krause, Peter/Ostner, Ilona (Hrsg.) 2010: Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag GmbH.

L Lengfeld, Holger/Dilger, Clara, 2018: Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. Zeitschrift für Soziologie 47(3): 181–199.

Lerch, Wolfgang 2007: Strukturwandel und regionale Wirtschaftspolitik im Saarland von 1970 bis heute. In: Dörrenbächer, H. Peter/Kühne, Olaf/Wagner, Juan Manuel (Hrsg.): 50 Jahre Saarland im Wandel. Saarbrücken: Institut für Landeskunde im Saarland e. V., 121–132.

Lorig, Wolfgang H./Regolot, Sascha (Hrsg.) 2016: Die Großregion SaarLorLux: Anspruch, Wirklichkeiten, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS.

- N Neu, Viola 2019:** Landtagswahl in Sachsen am 1. September 2019. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- Nonn, Christoph 2001:** Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- P Pokorny, Sabine, 2020:** Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- R Rellecke, Werner, 2004:** Freistaat Sachsen. In: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Die deutschen Länder. Geschichte, Wirtschaft, Politik. 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 253–270.
- Rohe, Karl, 1986:** Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, Politische Kultur. Essen: Reimar Hobbing.
- Roose, Jochen 2017:** Aufstieg heute – mehr als Arbeit und Einkommen. Studie zur Selbstwahrnehmung der sozialen Mobilität im Vergleich der Generationen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- Roscher, Roland, 2007:** Die Entstehung neuer Industrien im Saarland am Beispiel von Informationstechnologie sowie Nano- und Biotechnologie. In: Dörrenbächer, H. Peter/Kühne, Olaf/Wagner, Juan Manuel (Hrsg.): 50 Jahre Saarland im Wandel. Saarbrücken: Institut für Landeskunde im Saarland e. V., 147–154.
- RWI, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, 2017:** Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen. Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Endbericht. Essen: RWI.
- S von Scheve, Christian/Esche, Frederike/Schupp, Jürgen, 2016:** The Emotional Timeline of Unemployment: Anticipation, Reaction, and Adaptation. *Journal of Happiness Studies* 18(4), 1–24. Doi: 10.1007/s10902-016-9773-6 (zuletzt abgerufen: 14.03.2020).
- Schulz, Christian/Dörrenbächer, H. Peter, 2007:** Automobilregion Saarland. In: Dörrenbächer, H. Peter/Kühne, Olaf/Wagner, Juan Manuel (Hrsg.): 50 Jahre Saarland im Wandel. Saarbrücken: Institut für Landeskunde im Saarland e. V., 139–154.
- Seibert, Holger et al., 2018:** Die Lausitz. Eine Region im Wandel. IAB-Regional. IAB Berlin-Brandenburg 3/2018. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Small, Mario Luis, 2011:** How to Conduct a Mixed Methods Study. *Recent Trends in a Rapidly Growing Literature. Annual Review of Sociology* 37, 57–86.
- Statistik der Kohlenwirtschaft e. V., 2020:** Beschäftigte im Braunkohlenbergbau. Insgesamt nach Revieren. Essen/Bergheim: kohlenstatistik.de. Online auf <https://kohlenstatistik.de/downloads/braunkohle/> (zuletzt abgerufen: 14.03.2020).

Statistisches Bundesamt, 2020: Gewerbeanmeldung, Gewerbeabmeldung, Gewerbeanzeigen. Online auf www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Gewerbemeldungen-Insolvenzen/Tabellen/list-gewerbemeldungen.html (zuletzt abgerufen: 14.03.2020).

- Z Zukunftsregion Chemnitz-Zwickau, 2008:** Abschlussbericht zum Projekt „Umsetzung von ausgewählten Schlüsselprojekten der Entwicklungsstrategie Steinkohleregion Lugau – Oelsnitz – Zwickau“. Online auf www.floez-sachsen.de (zuletzt abgerufen: 14.03.2020).

Der Autor

PD Dr. Jochen Roose studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie. Nach einer Promotion als Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und einer Station an der Universität Leipzig habilitierte er an der FU Berlin in Soziologie. Als Professor war er an der Universität Hamburg, der FU Berlin und der Universität Wrocław (Breslau) beschäftigt, bevor er 2018 als Koordinator für Umfragen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung zur Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, wechselte und seit Januar 2020 ist er zuständig für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Jochen Roose

Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3798
jochen.roose@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
10907 Berlin



Der Ausstieg aus der Kohleförderung in Deutschland markiert einen weiteren Schritt in dem langen Strukturwandel von Regionen, die durch Kohleförderung und Montanindustrie geprägt sind. In einer repräsentativen und qualitativen Studie geht die Konrad-Adenauer-Stiftung der Frage nach, wie Menschen diesen Strukturwandel erleben, welche Befürchtungen und Hoffnungen sie damit verbinden und welche Rolle Politik in diesem Prozess spielen soll. Im Zentrum stehen das Ruhrgebiet, das Saarland, die Lausitz und die Region Chemnitz, die mit den übrigen Regionen Deutschlands verglichen werden.

Die Berufsbiografien der Menschen erleben mit dem Strukturwandel Brüche, wobei dies in ähnlicher Weise auch für Menschen in anderen Regionen gilt. Dazu gehen mit dem Strukturwandel wirtschaftliche Identitätsanker verloren. Die Menschen leiden unter dem Verlust eines Aspekts von Heimat, denn Wirtschaft ist Heimat.